

MEMORIAL

**Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg**

**MEMORIAL**

**Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg**

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 716**8 juillet 2003****SOMMAIRE**

Alden S.A., Luxembourg	34367	Heisa, S.à r.l.	34333
Arteva Technologies, S.à r.l., Luxembourg	34334	Holdor S.A.H., Luxembourg	34362
Arteva Technologies, S.à r.l., Luxembourg	34336	Hysope Investment S.A., Luxembourg	34368
Cami Holding S.A., Luxembourg	34365	Igma S.A.H., Luxembourg	34364
Carrifin S.A.H., Luxembourg	34365	Insinger Trust (Luxembourg) S.A., Luxembourg .	34340
Cassis Holding S.A., Luxembourg	34365	International Lab Group S.A., Luxembourg	34358
Deutsche Morgan Grenfell Development Capital Luxembourg S.A., Luxembourg	34341	International Lab Group S.A., Luxembourg	34358
Dexia Quant, Sicav, Luxembourg	34361	KBC Institutional Cash, Sicav, Luxembourg	34363
Discovery S.A.H., Luxembourg	34363	Key (Luxembourg) S.A., Luxembourg	34341
Domaine Alice Hartmann S.A., Luxembourg	34366	Larissa S.A.H., Luxembourg	34363
DWS Euro-Corp High Yield	34333	Leading Edge Participations S.A., Luxembourg ..	34368
Euricas Partners S.A., Luxembourg	34333	Le Caré Holding S.A., Luxembourg	34364
Euroclass Multimedia Holding S.A., Luxembourg .	34367	Leyla S.A., Luxembourg	34361
Eurokobuild S.A., Contern	34360	Marigny S.A.H., Luxembourg	34363
Financial Overseas Investment S.A.H., Luxem- bourg	34362	Nativa S.A.H., Luxembourg	34362
Financière 3000 S.A.H., Luxembourg	34366	Paolo Gugel et Louis Paschini, S.à r.l.	34333
First Business International, S.à r.l., Luxembourg .	34337	Parfinlux S.A.H., Luxembourg	34361
Frankfurt-Trust Invest Luxemburg AG, Luxem- bourg	34322	Redalco S.A., Luxembourg	34361
Grissin S.A., Luxembourg	34364	Sevigne-Saltel S.A., Luxembourg	34367
Gudo-Produkte für Gesundheitspflege, S.à r.l.	34333	Socgen International Sicav, Luxembourg	34321
Hansped, S.à r.l.	34333	Société de Gestion de l'Euro Global Investment Fund S.A., Luxembourg	34336
Hapeha Internationale Transporte S.A.	34333	(Les) Terrasses S.A.H., Luxembourg	34366
		World Investments Holding S.A., Senningerberg .	34359
		World Investments Holding S.A., Senningerberg .	34360

SOCGEN INTERNATIONAL SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2420 Luxembourg, 11-13, avenue Emile Reuter.
R. C. Luxembourg B 55.838.

Le bilan au 28 février 2003, enregistré à Luxembourg, le 20 juin 2003, réf. LSO-AF05360, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 juin 2003.

SOCIETE GENERALE BANK & TRUST

Signature

(032764.3//12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

FRANKFURT-TRUST INVEST LUXEMBURG AG, Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: Luxemburg.
H. R. Luxemburg B 29.891.

VERWALTUNGSREGLEMENT

FT Europazins, FT Optirent 6/2006, FT Rendite Plus, FT EuroCorporates, FT ABS-Plus, FT Protected Growth Fund,
FT TecLeaders, FT HumanCare

*Allgemeiner Teil***§ 1 Grundlagen**

1. Der Fonds ist ein rechtlich unselbständiges Sondervermögen (fonds commun de placement) nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg, das sich aus Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten zusammensetzt und von der FRANKFURT-TRUST INVEST LUXEMBURG AG, einer Gesellschaft nach Luxemburger Recht (nachstehend «Verwaltungsgesellschaft» genannt), im eigenen Namen für gemeinschaftliche Rechnung der Einleger (nachstehend «Anteilhaber» genannt) verwaltet wird. Die Anteilhaber sind an dem Fondsvermögen in Höhe ihrer Anteile beteiligt.

2. Die Verwaltungsgesellschaft legt das Fondsvermögen nach dem Grundsatz der Risikomischung gesondert von ihrem eigenen Vermögen an. Über die sich hieraus ergebenden Rechte werden den Anteilhabern Anteilzertifikate oder Anteilbestätigungen gemäß § 14 dieses Verwaltungsreglements (beide nachstehend «Anteilscheine» genannt) ausgestellt.

3. Mit dem Anteilerwerb erkennt der Anteilhaber das Verwaltungsreglement sowie alle genehmigten und veröffentlichten Änderungen desselben an. Die jeweils gültige Fassung sowie sämtliche Änderungen des Verwaltungsreglements werden im «Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations», dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg (nachstehend «Mémorial» genannt), veröffentlicht.

§ 2 Depotbank

1. Die Verwaltungsgesellschaft ernennt die Depotbank. Die Funktion der Depotbank richtet sich nach dem Gesetz und diesem Verwaltungsreglement. Die Depotbank handelt unabhängig von der Verwaltungsgesellschaft und ausschließlich im Interesse der Anteilhaber.

2. Die Depotbank verwahrt alle Wertpapiere und anderen Vermögenswerte des Fonds in gesperrten Konten oder Depots, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Depotbank kann unter ihrer Verantwortung und mit Einverständnis der Verwaltungsgesellschaft Vermögenswerte des Fonds bei anderen Banken oder bei Wertpapiersammelstellen in Verwahrung geben.

3. Die Depotbank zahlt an die Verwaltungsgesellschaft aus den gesperrten Konten des Fonds nur das in diesem Verwaltungsreglement festgesetzte Entgelt und entnimmt, nur nach Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft, für sich das ihr gemäß diesem Verwaltungsreglement zustehende Entgelt. Die Belastung des Fondsvermögens mit sonstigen Kosten und Gebühren gemäß § 18 bleibt unberührt.

4. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Depotbank berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen

- Ansprüche der Anteilhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Depotbank geltend zu machen;
- gegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn in das Fondsvermögen wegen eines Anspruchs vollstreckt wird, für den das Fondsvermögen nicht haftet.

5. Die Depotbank und die Verwaltungsgesellschaft sind berechtigt, die Depotbankbestellung jederzeit schriftlich unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zu kündigen. Die Kündigung wird dann wirksam, wenn eine Bank, die die Bedingungen des Gesetzes über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen vom 30. März 1988 erfüllt, die Pflichten und Funktionen als Depotbank gemäß dem Verwaltungsreglement übernimmt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die bisherige Depotbank zum Schutz der Interessen der Anteilhaber ihren Pflichten und Funktionen gemäß Art. 17 des o.g. Gesetzes als Depotbank in vollem Umfang nachkommen.

§ 3 Fondsverwaltung

1. Die Verwaltungsgesellschaft handelt unabhängig von der Depotbank und ausschließlich im Interesse der Anteilhaber. Sie kann unter eigener Verantwortung und auf ihre Kosten Anlageberater hinzuziehen sowie sich des Rats eines Anlageausschusses bedienen.

2. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, für den Fonds gemäß den Bestimmungen dieses Verwaltungsreglements mit den von den Anteilhabern eingelegten Geldern Vermögenswerte zu erwerben, sie wieder zu veräußern und den Erlös anderweitig anzulegen. Sie ist ferner zu allen sonstigen Rechtshandlungen ermächtigt, die sich aus der Verwaltung der Vermögenswerte des Fonds ergeben.

§ 4 Börsen und Geregelte Märkte

Das Fondsvermögen wird grundsätzlich in Wertpapieren angelegt, die

- an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt (ein «Geregelter Markt») eines OECD-Mitgliedstaats gehandelt werden, der anerkannt und für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist;
- aus Neuemissionen stammen, deren Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Börse oder an einem anderen Geregelten Markt im Sinne des vorstehenden Absatzes zu beantragen, und deren Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

§ 5 Nicht notierte Wertpapiere und verbriefte Rechte

In nicht an einer Börse amtlich notierten oder an einem Geregelten Markt gehandelten Wertpapieren und verbrieften Rechten, die ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleich gestellt sind, dürfen zusammen höchstens 10% des Nettofondsvermögens angelegt werden.

§ 6 Investmentanteile

1. Bis zu 5% des Nettofondsvermögens dürfen in Anteilen anderer Investmentfonds angelegt werden, sofern es sich hierbei um Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren im Sinne der EU-Richtlinie (85/611/EWG) vom 20. Dezember 1985 handelt und sofern deren Anlagepolitik mit der des Fonds übereinstimmt oder ihr zumindest ähnlich ist.

2. Der Erwerb von Anteilen eines Investmentfonds oder einer Investmentgesellschaft, die von der Verwaltungsgesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, ist nur im Falle eines Investmentfonds oder einer Investmentgesellschaft zulässig, die sich gemäß deren Vertragsbedingungen bzw. deren Statuten auf die Anlage in einem bestimmten geographischen oder wirtschaftlichen Bereich spezialisiert hat; in diesem Fall darf die Verwaltungsgesellschaft auf diese Anteile keine Gebühren oder Kosten berechnen.

§ 7 Risikobegrenzung

1. Für den Fonds dürfen Wertpapiere eines Emittenten erworben werden, wenn zur Zeit des Erwerbs ihr Wert zusammen mit dem Wert der bereits im Fonds befindlichen Wertpapiere desselben Emittenten 10% des Nettofondsvermögens nicht übersteigt. Der Gesamtwert der im Fondsvermögen befindlichen Wertpapiere von Emittenten, in deren Wertpapiere des Fonds jeweils mehr als 5% seines Nettofondsvermögens angelegt hat, darf 40% des Nettofondsvermögens nicht übersteigen.

2. Falls die erworbenen Wertpapiere von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften oder von Mitgliedstaaten der OECD oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, ausgegeben oder garantiert werden, so erhöht sich die Beschränkung in Abs. 1 von 10% auf 35% des Nettofondsvermögens; für diese Fälle gilt die in Abs. 1 festgelegte Beschränkung auf 40% nicht.

3. Für Schuldverschreibungen, die von Kreditinstituten mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat ausgegeben werden und deren Emittenten aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Inhaber solcher Schuldverschreibungen einer besonderen öffentlichen Aufsicht unterliegen, erhöhen sich die in Abs. 1 genannten Beschränkungen von 10% auf 25%, bzw. von 40% auf 80%, vorausgesetzt, die Kreditinstitute legen die Emissionserlöse gemäß den gesetzlichen Vorschriften in Vermögenswerten an, welche die Verbindlichkeiten aus Schuldverschreibungen über deren gesamte Laufzeit ausreichend decken und vorrangig für die bei Ausfällen des Emittenten fällig werdenden Rückzahlungen von Kapital und Zinsen bestimmt sind.

4. Die Anlagegrenzen in Abs. 1 bis 3 gelten nicht kumulativ, so dass Anlagen in Wertpapieren desselben Emittenten 35% des Nettofondsvermögens nicht übersteigen dürfen.

5. Für keinen der von ihr verwalteten Investmentfonds darf die Verwaltungsgesellschaft stimmberechtigte Aktien erwerben, die mit einem Stimmrecht verbunden sind, das es ihr erlaubt, einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftspolitik des Emittenten auszuüben. Sie darf für den Fonds höchstens 10% der von einem Emittenten ausgegebenen stimmrechtslosen Aktien, Schuldverschreibungen oder Investmentanteile erwerben. Diese Grenze entfällt für Schuldverschreibungen und Investmentanteile, wenn sich das Gesamtemissionsvolumen bzw. der Nettobetrag der ausgegebenen Anteile nicht berechnen lässt. Sie ist auch insoweit nicht anzuwenden, als diese Wertpapiere von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften sowie von einem OECD-Mitgliedstaat begeben werden oder garantiert sind oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, begeben werden.

§ 8 Einhaltung der Erwerbsgrenzen

Die in den §§ 5 bis 7 genannten Beschränkungen beziehen sich auf den Zeitpunkt des Erwerbs. Werden die Prozentsätze nachträglich durch Kursentwicklungen oder aus anderen Gründen als durch Zukäufe überschritten, so wird die Verwaltungsgesellschaft unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber unverzüglich eine Rückführung in den vorgegebenen Rahmen anstreben.

§ 9 Techniken und Instrumente

1. Für den Fonds dürfen nach Maßgabe der Anlagebeschränkungen Techniken und Instrumente genutzt werden, die Wertpapiere zum Gegenstand haben, sofern der Einsatz dieser Techniken und Instrumente im Hinblick auf eine ordentliche Verwaltung des Fondsvermögens geschieht. Techniken und Instrumente dürfen auch zur Deckung von Währungs-, Zins- und Kursrisiken im Rahmen der Verwaltung des Fondsvermögens genutzt werden.

2. Zu den Techniken und Instrumenten gehören unter anderem Kauf und Verkauf von Call- und Put-Optionen sowie Kauf und Verkauf von Terminkontrakten über Wertpapiere, Börsenindices, Zinsfutures und Devisen an Börsen oder anderen Geregelten Märkten, die anerkannt und für das Publikum offen sind und deren Funktionsweise ordnungsgemäß ist.

Die Verwaltungsgesellschaft wird Optionen, die nicht an einer Börse oder an einem Geregelten Markt gehandelt werden (OTC-Optionen) nur kaufen oder verkaufen, wenn

- der Vertragspartner eine Finanzeinrichtung erster Ordnung und auf solche Geschäfte spezialisiert ist und
- der Kauf oder Verkauf von OTC-Optionen anstelle von an einer Börse oder an einem Geregelten Markt gehandelten Optionen und/oder Terminkontrakten nach Einschätzung der Verwaltungsgesellschaft für die Anteilinhaber von Vorteil ist. Der Einsatz von OTC-Optionen ist insbesondere dann von Vorteil, wenn er eine genauere Abbildung der abzusichernden Vermögenswerte oder eine kostengünstigere Absicherung von Vermögenswerten ermöglicht.

3. Für Geschäfte mit einem anderen Ziel als der Absicherung bestehender Engagements dürfen diese Techniken und Instrumente angewendet werden, sofern es sich hierbei nicht um Devisengeschäfte handelt.

4. Kauf und Verkauf von Optionen sind mit besonderen Risiken verbunden. Durch die Hebelwirkung von Optionen kann der Wert des Fondsvermögens - sowohl positiv als auch negativ - stärker beeinflusst werden, als dies bei dem unmittelbaren Erwerb von Wertpapieren oder sonstigen Vermögenswerten der Fall ist.

5. Finanzterminkontrakte ohne Absicherungszweck sind ebenfalls mit erheblichen Chancen, aber auch Risiken verbunden, da jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgröße (Einschuss) sofort geleistet werden muss. Kursausschläge in die eine oder andere Richtung können zu erheblichen Gewinnen oder Verlusten führen.

§ 10 Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihe

1. Für den Fonds dürfen Wertpapiere in Form von Pensionsgeschäften gekauft oder verkauft werden, wenn der Vertragspartner eine erstklassige Finanzeinrichtung und auf solche Geschäfte spezialisiert ist. Die Wertpapiere können während der Laufzeit des Pensionsgeschäftes nicht veräußert werden. Der Umfang der Wertpapierpensionsgeschäfte wird stets auf einem Niveau gehalten, das es dem Fonds ermöglicht, jederzeit seinen Rückkaufsverpflichtungen aus solchen Geschäften nachzukommen.

2. Für den Fonds dürfen bis zu 50% der im Fonds befindlichen Wertpapiere auf höchstens 30 Tage im Rahmen eines standardisierten Wertpapierleihsystems ausgeliehen werden, wenn das Wertpapierleihsystem durch einen anerkannten Abrechnungsorganismus oder durch eine erstklassige Finanzeinrichtung, die auf solche Geschäfte spezialisiert ist, organisiert ist. Eine über 50 des Bestandes hinausgehende Wertpapierleihe ist zulässig, wenn der Fonds berechtigt ist, den Wertpapierleihvertrag jederzeit zu kündigen und die verliehenen Wertpapiere zurückzuverlangen. Der Fonds muss im Rahmen der Wertpapierleihe grundsätzlich eine Garantie erhalten, deren Gegenwert zur Zeit des Vertragsabschlusses mindestens dem Gesamtwert der verliehenen Wertpapiere entspricht. Diese Garantie kann in flüssigen Mitteln bestehen oder in Wertpapieren, die durch Mitgliedstaaten der OECD, deren Gebietskörperschaften oder internationalen Organisationen begeben oder garantiert und zugunsten des Fonds während der Laufzeit des Wertpapierleihvertrages gesperrt werden.

§ 11 Flüssige Mittel

1. Bis zu 49% des Nettofondsvermögens darf in flüssigen Mitteln gehalten werden. Dazu gehören auch regelmäßig gehandelte Geldmarktinstrumente mit einer Restlaufzeit von bis zu 12 Monaten.

2. In besonderen Ausnahmefällen ist es der Verwaltungsgesellschaft gestattet, vorübergehend auch über 49% hinaus flüssige Mittel zu halten, wenn und so weit dies im Interesse der Anteilinhaber geboten erscheint.

§ 12 Kreditaufnahme

Die Verwaltungsgesellschaft darf für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilinhaber kurzfristige Kredite bis zur Höhe von 10% des Nettofondsvermögens aufnehmen, sofern die Depotbank der Kreditaufnahme und deren Bedingungen zustimmt. Ausgenommen von dieser Beschränkung sind Fremdwährungskredite in Form von «Back-to-Back»-Darlehen.

§ 13 Unzulässige Geschäfte

Für den Fonds dürfen nicht

- a) Wertpapiere erworben werden, deren Veräußerung aufgrund vertraglicher Vereinbarungen Beschränkungen unterliegt;
- b) im Zusammenhang mit dem Erwerb nicht voll einbezahlter Wertpapiere Verbindlichkeiten übernommen werden, die - zusammen mit Krediten gemäß § 12 - 10% des Nettofondsvermögens überschreiten;
- c) Kredite gewährt oder für Dritte Bürgschaften übernommen werden;
- d) Wertpapier-Leerverkäufe getätigt werden;
- e) Vermögenswerte des Fonds verpfändet, belastet, zur Sicherung übereignet oder zur Sicherung abgetreten werden, wenn dies nicht im Rahmen eines nach diesem Verwaltungsreglement zulässigen Geschäfts gefordert wird;
- f) Call- und Put-Optionen auf Wertpapiere, Börsenindizes und Finanzterminkontrakte gekauft oder verkauft werden, wenn deren Prämien addiert 15% des Nettofondsvermögens überschreiten;
- g) Call-Optionen verkauft werden, die nicht durch Wertpapiere unterlegt oder durch andere Instrumente abgesichert sind, es sei denn der Fonds ist jederzeit in der Lage, die Deckung der daraus entstehenden offenen Positionen sicherzustellen, und die Summe der Ausübungspreise der ungedeckten Call-Optionen übersteigt nicht 25 % des Nettofondsvermögens;
- h) Call- und Put-Optionen auf Wertpapiere, Börsenindizes und Finanzterminkontrakte abgeschlossen werden, deren Kontraktwerte - sofern sie nicht zur Deckung des Fondsvermögens dienen - das Nettofondsvermögen übersteigen;
- i) Immobilien und Waren oder Warenkontrakte gekauft oder verkauft werden;
- j) Edelmetalle und auf Edelmetalle lautende Zertifikate erworben werden.

§ 14 Fondsanteile

1. Fondsanteile werden grundsätzlich durch Anteilzertifikate verbrieft, sofern im Abschnitt «Besonderer Teil» keine andere Bestimmung getroffen wurde. Die Anteilzertifikate lauten auf den Inhaber und tragen handschriftliche oder vervielfältigte Unterschriften der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank. Auf Wunsch des Anteilserwerbers und Weisung der Verwaltungsgesellschaft kann die Depotbank anstelle eines Anteilzertifikats eine Anteilbestätigung über erworbene Anteile ausstellen.

2. Die Anteilzertifikate sind übertragbar. Mit der Übertragung eines Anteilzertifikats gehen die darin verbrieften Rechte über. Der Verwaltungsgesellschaft und/oder der Depotbank gegenüber gilt in jedem Fall der Inhaber des Anteilzertifikats als der Berechtigte.

§ 15 Ausgabe und Rücknahme von Fondsanteilen

1. Alle Fondsanteile haben gleiche Rechte. Sie werden von der Verwaltungsgesellschaft unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Depotbank ausgegeben. Die Anzahl der ausgegebenen Fondsanteile ist grundsätzlich nicht beschränkt. Die Verwaltungsgesellschaft behält sich jedoch vor, die Ausgabe von Fondsanteilen vorübergehend oder vollständig einzustellen oder Zeichnungsanträge zurückzuweisen und auch Fondsanteile gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückzukaufen, wenn dies im Interesse der Anteilinhaber, im öffentlichen Interesse, zum Schutz des

Fonds oder der Anteilinhaber erforderlich erscheint. Etwa geleistete Zahlungen werden in diesen Fällen unverzüglich zinslos erstattet.

2. Die Fondsanteile können gegen unverzügliche Zahlung bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und den Zahlstellen oder durch Vermittlung von der Verwaltungsgesellschaft autorisierter Vertriebsstellen erworben werden.

3. Die Anteilinhaber können jederzeit die Rücknahme der Fondsanteile durch Vorlage der Anteilzertifikate oder im Falle der Erteilung von Anteilbestätigungen durch Rücknahmeaufträge bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank oder den Zahlstellen verlangen. Die Verwaltungsgesellschaft ist verpflichtet, an jedem Bewertungstag die Fondsanteile zum jeweils geltenden Rücknahmepreis für Rechnung des Fonds zurückzunehmen. Sofern in dem Abschnitt «Besonderer Teil» nichts Abweichendes geregelt ist, ist Bewertungstag jeder Bankarbeits- und Börsentag in Luxemburg und Frankfurt am Main. Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich nach dem Bewertungstag in der für den Fonds festgelegten Währung (nachstehend «Fondswährung» genannt).

4. Bei massivem Rücknahmeverlangen bleibt der Verwaltungsgesellschaft vorbehalten, nach vorheriger Zustimmung der Depotbank, die Fondsanteile erst dann zum gültigen Rücknahmepreis zurückzunehmen, nachdem sie unverzüglich, jedoch unter Wahrung der Interessen aller Anteilinhaber, entsprechende Vermögenswerte veräußert hat.

5. Die Depotbank ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z. B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere, von der Depotbank nicht zu vertretende Umstände, der Überweisung des Rücknahmepreises entgegenstehen.

6. Kauf- und Verkaufsaufträge, die bis 14.00 Uhr eines Bewertungstages eingegangen sind, werden mit dem für diesen Bewertungstag festgestellten Ausgabe- und Rücknahmepreis abgerechnet. Schalteraufträge werden auch nach diesem Zeitpunkt noch mit diesem Ausgabe- und Rücknahmepreis abgerechnet, sofern keine besonderen Umstände auftreten, die auf eine erhebliche Änderung des Anteilwerts schließen lassen.

§ 16 Ausgabe- und Rücknahmepreis

1. Der Ausgabe- und Rücknahmepreis für die Fondsanteile wird von der Verwaltungsgesellschaft unter Aufsicht der Depotbank oder von einem von der Verwaltungsgesellschaft Beauftragten in Luxemburg ermittelt. Dabei wird der Wert der zu dem Fonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten des Fonds (nachstehend «Inventarwert» genannt) durch die Zahl der umlaufenden Fondsanteile (nachstehend «Anteilwert» genannt) geteilt.

Dabei werden:

- Wertpapiere, die an einer Börse amtlich notiert sind, zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet;
- Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind, jedoch an einem Regelmäßigen Markt bzw. an anderen organisierten Märkten gehandelt werden, ebenfalls zum letzten verfügbaren bezahlten Kurs bewertet;
- Wertpapiere, deren Kurse nicht marktgerecht sind, sowie alle anderen Vermögenswerte zum wahrscheinlichen Realisierungswert bewertet, der mit Vorsicht und nach Treu und Glauben zu bestimmen ist;
- flüssige Mittel zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet;
- Festgelder zum Renditekurs bewertet, sofern ein entsprechender Vertrag, gemäß dem die Festgelder jederzeit kündbar sind, zwischen der Verwaltungsgesellschaft und dem Finanzinstitut, welches die Festgelder verwahrt, geschlossen wurde, und der Renditekurs dem Realisierungswert entspricht;
- nicht auf die Fondswährung lautende Vermögenswerte zu dem letzten verfügbaren Devisenmittelkurs in die Fondswährung umgerechnet.

2. Bei Festsetzung des Ausgabepreises kann dem Anteilwert zur Abgeltung der Ausgabekosten der Verwaltungsgesellschaft ein Ausgabeaufschlag hinzugerechnet werden, dessen Höhe sich aus dem Abschnitt «Besonderer Teil» ergibt. Sofern in einem Land, in dem die Fondsanteile ausgegeben werden, Stempelgebühren oder andere Belastungen anfallen, erhöht sich der Ausgabepreis entsprechend.

3. Rücknahmepreis ist der nach Abs. 1 ermittelte Anteilwert sofern im Abschnitt «Besonderer Teil» nichts Abweichendes geregelt ist.

4. Ausgabe- und Rücknahmepreis je Anteil werden in einer Luxemburger Tageszeitung sowie in mindestens einer überregionalen Zeitung der Länder, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, regelmäßig veröffentlicht.

§ 17 Vorübergehende Einstellung der Preisberechnung

1. Die Errechnung des Inventarwertes sowie die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen können von der Verwaltungsgesellschaft zeitweilig eingestellt werden, wenn und solange

- eine Börse oder ein anderer Regelmäßiger Markt, an dem ein wesentlicher Teil der Wertpapiere des Fonds gehandelt wird, außer an gewöhnlichen Wochenenden und Feiertagen geschlossen, der Handel eingeschränkt oder ausgesetzt ist;
- aufgrund des beschränkten Anlagehorizonts eines Fonds am Markt der Erwerb oder die Veräußerung von Vermögenswerten eingeschränkt sind;
- die Gegenwerte bei Käufen sowie Verkäufen nicht zu transferieren sind;
- es aufgrund eines politischen, wirtschaftlichen, monetären und anderweitigen Notfalles unmöglich ist, die Ermittlung des Inventarwertes ordnungsgemäß durchzuführen.

2. Die Aussetzung und die Wiederaufnahme der Inventarwertberechnung wird unverzüglich den Anteilinhabern mitgeteilt, die ihre Fondsanteile zur Rücknahme angeboten haben.

§ 18 Kosten

1. Der Verwaltungsgesellschaft steht für die Verwaltung des Fonds und der Depotbank für die ihr nach Gesetz und Verwaltungsreglement zugewiesene Tätigkeit eine Vergütung zu. Darüber hinaus erhält die Depotbank eine Bearbeitungsgebühr für jede Transaktion, die sie im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft durchführt. Diese Entgelte sind in dem Abschnitt «Besonderer Teil» geregelt (§ 27).

2. Neben diesen Vergütungen und Gebühren gehen die folgenden Aufwendungen zu Lasten des Fondsvermögens:

- a) im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten entstehende Kosten;

- b) Kosten für die Erstellung und den Versand der Verkaufsprospekte, Verwaltungsreglements sowie der Rechenschafts-, Halbjahres- und ggf. Zwischenberichte;
- c) Kosten der Veröffentlichung der Verkaufsprospekte, Verwaltungsreglements, Rechenschafts-, Halbjahres- und ggf. Zwischenberichte sowie der Ausgabe- und Rücknahmepreise und der Bekanntmachungen an die Anteilinhaber;
- d) Prüfungs- und Rechtsberatungskosten für den Fonds;
- e) Kosten und evtl. entstehende Steuern im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung des Fondsvermögens;
- f) Kosten für die Erstellung der Anteilzertifikate sowie ggf. Erträgnisscheine sowie Erträgnisschein-Bogenerneuerung;
- g) ggf. entstehende Kosten für die Einlösung von Erträgnisscheinen;
- h) Kosten etwaiger Börseneinführungen und/oder der Registrierung der Anteilscheine zum öffentlichen Vertrieb.

§ 19 Rechnungslegung

1. Der Fonds und dessen Bücher werden durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die von der Verwaltungsgesellschaft bestellt wird, geprüft.
2. Spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen geprüften Rechenschaftsbericht für den Fonds.
3. Binnen zwei Monaten nach Ende der ersten Hälfte des Geschäftsjahres veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft einen ungeprüften Halbjahresbericht für den Fonds.
4. Die Berichte sind bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und den Zahlstellen erhältlich.

§ 20 Dauer, Auflösung und Fusion

1. Der Fonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet, sofern im Abschnitt «Besonderer Teil» keine andere Bestimmung getroffen wurde. Er kann jedoch jederzeit durch Beschluss der Verwaltungsgesellschaft aufgelöst werden.
2. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Verwaltung des Fonds mit einer Frist von mindestens 1 Monat kündigen. Die Kündigung wird im Mémorial sowie in dann zu bestimmenden Tageszeitungen in den Ländern veröffentlicht, in denen Anteile des Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind. Mit dem Wirksamwerden der Kündigung erlischt das Recht der Verwaltungsgesellschaft, den Fonds zu verwalten. In diesem Falle geht das Verfügungsrecht über den Fonds auf die Depotbank über, die ihn gemäß Abs. 3 abzuwickeln und den Liquidationserlös an die Anteilinhaber zu verteilen hat. Für die Zeit der Abwicklung kann die Depotbank die Verwaltungsvergütung entsprechend § 18 beanspruchen. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde kann sie jedoch von der Abwicklung und Verteilung absehen und die Verwaltung des Fonds nach Maßgabe des Verwaltungsreglements einer anderen Luxemburger Verwaltungsgesellschaft übertragen.
3. Wird der Fonds aufgelöst, ist dieses im Mémorial sowie zusätzlich in drei Tageszeitungen zu veröffentlichen. Die Verwaltungsgesellschaft wird zu diesem Zweck, neben einer luxemburgischen Tageszeitung, Tageszeitungen der Länder auswählen, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind. Die Ausgabe von Anteilen wird am Tage der Beschlussfassung über die Auflösung des Fonds eingestellt. Die Vermögenswerte werden veräußert und die Depotbank wird den Liquidationserlös abzüglich der Liquidationskosten und Honorare auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von ihr oder von der Depotbank im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter den Anteilinhabern nach deren Anspruch verteilen. Liquidationserlöse, die nach Abschluss des Liquidationsverfahrens nicht von Anteilinhabern eingezogen worden sind, werden, sofern gesetzlich erforderlich, in die Währung des Großherzogtums Luxemburg konvertiert und von der Depotbank für Rechnung der berechtigten Anteilinhaber bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, sofern sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.
4. Der Fonds kann durch Beschluss des Verwaltungsrats mit einem anderen Fonds luxemburgischen Rechts, der aufgrund seiner Anlagepolitik unter den Anwendungsbereich von Teil 1 des Gesetzes vom 30. März 1988 über die Organismen für gemeinschaftliche Anlagen fällt, verschmolzen werden (Fusion). Dieser Beschluss wird entsprechend den Bestimmungen des vorstehenden Abs. 3 mit einer Frist von einem Monat vor dem Inkrafttreten veröffentlicht. Die Durchführung der Fusion vollzieht sich wie eine Auflösung des Fonds und eine gleichzeitige Übernahme sämtlicher Vermögensgegenstände durch den aufnehmenden Fonds. Abweichend zu der Fondsauflösung gemäß Abs. 3 erhalten die Anleger der Fonds Anteile des aufnehmenden Fonds, deren Anzahl sich auf der Grundlage des Anteilwertverhältnisses der betroffenen Fonds zum Zeitpunkt der Einbringung errechnet und ggf. einen Spitzenausgleich. Die Durchführung der Fusion wird vom Wirtschaftsprüfer des Fonds kontrolliert. Unter Berücksichtigung von § 17 dieses Verwaltungsreglements haben die Anleger während der vorgenannten Frist die Möglichkeit, ihre Anteile kostenfrei zurückzugeben.

§ 21 Änderungen des Verwaltungsreglements

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Depotbank das Verwaltungsreglement jederzeit ganz oder teilweise ändern.
2. Änderungen des Verwaltungsreglements werden im Mémorial veröffentlicht und treten, sofern nichts anderes bestimmt ist, 5 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

§ 22 Verjährung von Ansprüchen

Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank können nach Ablauf von 5 Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden. Dies gilt nicht im Falle einer Auflösung des Fonds nach § 20.

§ 23 Erfüllungsort, Gerichtsstand und Vertragssprache

1. Erfüllungsort ist der Sitz der Verwaltungsgesellschaft.
2. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilinhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Großherzogtum Luxemburg, Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank

sind berechtigt, sich selbst und den Fonds dem Recht und der Gerichtsbarkeit anderer Staaten, in denen die Fondsanteile vertrieben werden, zu unterwerfen, sofern dort ansässige Anleger bezüglich Zeichnung und Rückgabe von Fondsanteilen Ansprüche gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank geltend machen.

3. Der deutsche Wortlaut dieses Verwaltungsreglements ist maßgeblich. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können für sich selbst und den Fonds Übersetzungen in Sprachen von Ländern als verbindlich erklären, in denen Fondsanteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Besonderer Teil

Für den Fonds FT Europazins gelten ergänzend die nachstehenden Bestimmungen:

§ 24 Depotbank

Depotbank ist die ING BHF-BANK INTERNATIONAL, Société Anonyme, Luxemburg.

§ 25 Anlagepolitik

Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite. Das Fondsvermögen wird vorwiegend in fest- und variabelverzinslichen Wertpapieren, Wandel- und Optionsanleihen sowie Zero-Bonds angelegt, die auf europäische Währungen lauten.

§ 26 Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis

1. Fondswährung ist der Euro.
2. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten (§ 16 Abs. 2) beträgt bis zu 3% des Anteilwertes.
3. Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, dass in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilepreise erfolgt.

§ 27 Kosten

1. Die Vergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt bis zu 0,75% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert.
2. Die Depotbank erhält für Ihre Tätigkeit nach Gesetz und Allgemeinem Teil eine Vergütung in Höhe von bis zu 0,25% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert sowie eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125% des Betrages jeder Wertpapiertransaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.
3. Die Auszahlung der Vergütungen erfolgt jeweils zum Monatsende.

§ 28 Verwendung der Erträge

Der Fonds schüttet die anfallenden Erträge nicht aus, sondern legt sie im Rahmen des Fondsvermögens wieder an.

§ 29 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. April und endet am 31. März des folgenden Jahres.

§ 30 Inkrafttreten

Dieses Verwaltungsreglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 26. August 1989 in Kraft und wird durch das vorliegende mit Wirkung vom 14. Juli 2003 ersetzt.

Für den Fonds FT OptiRent 6/2006 gehen ergänzend die nachstehenden Bestimmungen:

§ 24 Depotbank

Depotbank ist die ING BHF-BANK INTERNATIONAL, Société Anonyme, Luxemburg.

§ 25 Anlagepolitik

Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung einer Rendite in Euro. Hierzu investiert der Fonds überwiegend in verzinsliche Wertpapiere, die auf Euro oder andere Währungen lauten. Darüber hinaus kann das Fondsvermögen auch in allen anderen nach dem Verwaltungsreglement zulässigen Vermögenswerten angelegt werden. Fremdwährungsrisiken gegenüber dem Euro werden in der Regel abgesichert.

§ 26 Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis, Anteile

1. Fondswährung ist der Euro.
2. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten (§ 16 Abs. 2) beträgt bis zu 3% des Anteilwertes.
3. Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, dass in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilepreise erfolgt.
4. Die Fondsanteile werden abweichend von § 14 des Allgemeinen Teils als Globalzertifikate verbrieft; ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

§ 27 Kosten

1. Die Vergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt bis zu 0,8% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert.
2. Die Depotbank erhält für Ihre Tätigkeit nach Gesetz und Allgemeinem Teil eine Vergütung in Höhe von bis zu 0,25% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert sowie eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125% des Betrages jeder Wertpapiertransaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.
3. Die Auszahlung der Vergütungen erfolgt jeweils zum Monatsende.

§ 28 Verwendung der Erträge

Die Verwaltungsgesellschaft legt unter Berücksichtigung der in Luxemburg gültigen Bestimmungen fest, ob und in welcher Höhe eine Ausschüttung für den Fonds erfolgt. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie

realisierte Kapitalgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Werterhöhungen sowie Kapitalgewinne aus den Vorjahren zur Ausschüttung gelangen. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt.

Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb von 5 Jahren nach Veröffentlichung der Ausschüttungserklärung geltend gemacht wurden, verfallen gemäß § 22 des Allgemeinen Teils zugunsten des Fonds. Ungeachtet dessen ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt, Ausschüttungsbeträge, die nach Ablauf der Verjährungsfrist geltend gemacht werden, zu Lasten des Fondsvermögens an die Anteilinhaber auszuzahlen.

§ 29 Geschäftsjahr

Das erste Geschäftsjahr des Fonds beginnt am Tag der Gründung und endet am 30. Juni 2003. Die folgenden Geschäftsjahre des Fonds beginnen jeweils am 1. Juli eines Jahres und enden am 30. Juni des folgenden Jahres.

§ 30 Inkrafttreten

Dieses Verwaltungsreglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 21. August 2002 in Kraft und wird durch das vorliegende mit Wirkung vom 14. Juli 2003 ersetzt.

§ 31 Dauer des Fonds

Abweichend von § 20 Abs. 1 des Allgemeinen Teils ist die Laufzeit des Fonds befristet. Der Fonds wird am 30. Juni 2006 aufgelöst. Nach Ablauf der Laufzeit wird die Verwaltungsgesellschaft die Depotbank beauftragen, den Nettoliquidationserlös an die Anteilinhaber zu verteilen.

Für den Fonds FT Rendite Plus gelten ergänzend die nachstehenden Bestimmungen:

§ 24 Depotbank

Depotbank ist die ING BHF-BANK INTERNATIONAL, Société Anonyme, Luxemburg.

§ 25 Anlagepolitik

Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite in Euro bei möglichst geringem Kursrisiko. Das Fondsvermögen wird vorwiegend in fest- und variabelverzinslichen Wertpapieren, Wandel- und Optionsanleihen sowie Zero-Bonds angelegt, die auf Währungen von OECD-Staaten lauten.

§ 26 Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis, Anteile

1. Fondswährung ist der Euro.
2. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten (§ 16 Abs. 2) beträgt bis zu 3% des Anteilwertes.
3. Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, dass in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilepreise erfolgt.
4. Die Fondsanteile werden abweichend von § 14 des Allgemeinen Teils als Globalzertifikate verbrieft; ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

§ 27 Kosten

1. Die Vergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt bis zu 0,75% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert.
2. Die Depotbank erhält für Ihre Tätigkeit nach Gesetz und Allgemeinem Teil eine Vergütung in Höhe von bis zu 0,25% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert sowie eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125% des Betrages jeder Wertpapiertransaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.
3. Die Auszahlung der Vergütungen erfolgt jeweils zum Monatsende.

§ 28 Verwendung der Erträge

Die Verwaltungsgesellschaft legt unter Berücksichtigung der in Luxemburg gültigen Bestimmungen fest, ob und in welcher Höhe eine Ausschüttung für den Fonds erfolgt. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kapitalgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Werterhöhungen sowie Kapitalgewinne aus den Vorjahren zur Ausschüttung gelangen. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt.

Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb von 5 Jahren nach Veröffentlichung der Ausschüttungserklärung geltend gemacht wurden, verfallen gemäß § 22 des Allgemeinen Teils zugunsten des Fonds. Ungeachtet dessen ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt, Ausschüttungsbeträge, die nach Ablauf der Verjährungsfrist geltend gemacht werden, zu Lasten des Fondsvermögens an die Anteilinhaber auszuzahlen.

§ 29 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember desselben Jahres.

§ 30 Inkrafttreten

Dieses Verwaltungsreglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 9. April 1996 in Kraft und wird durch das vorliegende mit Wirkung vom 14. Juli 2003 ersetzt.

Für den Fonds FT EuroCorporates gelten ergänzend die nachstehenden Bestimmungen:

§ 24 Depotbank

Depotbank ist die ING BHF-BANK INTERNATIONAL, Société Anonyme, Luxemburg.

§ 25 Anlagepolitik

Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite. Dazu investiert der Fonds in fest- und variabelverzinsliche Wertpapiere aller Art, die auf Euro oder andere Währungen lauten. Der Fonds legt stets mindestens

51% seines Vermögens in Unternehmensanleihen an. Es können auch Wertpapiere von Schuldern erworben werden, deren Bonität am Markt nicht als gut eingeschätzt wird. Dabei werden jedoch nur solche Wertpapiere erworben, bei denen nach sorgfältiger Prüfung davon ausgegangen werden kann, dass die Schuldner ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen werden. Die Gefahr eines vollständigen Wertverlustes einzelner für den Fonds erworbener Wertpapiere kann dennoch nicht ausgeschlossen werden, weshalb auf eine besonders breite Streuung der Anlagen geachtet wird. Währungsrisiken gegenüber dem Euro werden in der Regel kursgesichert. Darüber hinaus kann das Fondsvermögen auch in allen anderen nach dem Verwaltungsreglement zulässigen Vermögenswerten investiert werden.

§ 26 Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis, Anteile

1. Fondswährung ist der Euro.
2. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten (§ 16 Abs. 2) beträgt bis zu 3% des Anteilwertes.
3. Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, dass in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilepreise erfolgt.
4. Die Fondsanteile werden abweichend von § 14 des Allgemeinen Teils als Globalzertifikate verbriefte; ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

§ 27 Kosten

1. Die Vergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt bis zu 1,0% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert.
2. Darüber hinaus erhält die Verwaltungsgesellschaft für die Verwaltung des Fonds aus dem Fonds eine monatliche erfolgsbezogene Vergütung in Höhe von bis zu zwei Zehnteln des Betrages, um den die Wertentwicklung des Fonds die Entwicklung des Rentenindex ML EMU Corporate Bond Index (Total Return) am jeweiligen Bewertungstag übersteigt. Die erfolgsbezogene Vergütung wird monatlich ermittelt und am nächstfolgenden Bewertungstag im Fonds zurückgestellt. Die am Ende des Geschäftsjahres zurückgestellte Vergütung wird dem Fondsvermögen von der Verwaltungsgesellschaft entnommen. Sofern in einem Geschäftsjahr die Wertentwicklung des Fonds unter dem Vergleichsmaßstab liegen sollte, wird die Differenz zwischen der Wertentwicklung des Fonds und der Wertentwicklung des Vergleichsmaßstabs nicht auf das nächste Geschäftsjahr vorgetragen.
3. Die Depotbank erhält für Ihre Tätigkeit nach Gesetz und Allgemeinem Teil eine Vergütung in Höhe von bis zu 0,25% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert sowie eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125% des Betrages jeder Wertpapiertransaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.
4. Die Auszahlung der Vergütungen nach Abs. 1 und 3 erfolgt jeweils zum Monatsende bzw. bei der Vergütung gemäß Abs. 2 zum Geschäftsjahresende.

§ 28 Verwendung der Erträge

Die Verwaltungsgesellschaft legt unter Berücksichtigung der in Luxemburg gültigen Bestimmungen fest, ob und in welcher Höhe eine Ausschüttung für den Fonds erfolgt. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kapitalgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Werterhöhungen sowie Kapitalgewinne aus den Vorjahren zur Ausschüttung gelangen. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt.

Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb von 5 Jahren nach Veröffentlichung der Ausschüttungserklärung geltend gemacht wurden, verfallen gemäß § 22 des Allgemeinen Teils zugunsten des Fonds. Ungeachtet dessen ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt, Ausschüttungsbeträge, die nach Ablauf der Verjährungsfrist geltend gemacht werden, zu Lasten des Fondsvermögens an die Anteilinhaber auszuzahlen.

§ 29 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. April und endet am 31. März des folgenden Jahres.

§ 30 Inkrafttreten

Dieses Verwaltungsreglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 24. Oktober 2001 in Kraft und wird durch das vorliegende mit Wirkung vom 14. Juli 2003 ersetzt.

Für den Fonds FT ABS-Plus gelten ergänzend die nachstehenden Bestimmungen:

§ 24 Depotbank

Depotbank ist die ING BHF-BANK INTERNATIONAL, Société Anonyme, Luxemburg.

§ 25 Anlagepolitik

Ziel der Anlagepolitik ist es, eine im Verhältnis zu erstklassigen Staatsanleihen höhere Rendite zu erwirtschaften. Dazu investiert der Fonds in fest- und variabelverzinsliche Wertpapiere aller Art, die auf Euro oder andere Währungen lauten. Der Fonds legt stets mindestens 5196 seines Vermögens in Unternehmensanleihen, Asset Backed Securities oder Collateralized Debt Obligations an. Dabei können auch Wertpapiere von Schuldern erworben werden, deren Bonität am Markt nicht als gut eingeschätzt wird. Es werden jedoch nur solche Wertpapiere erworben, bei denen nach sorgfältiger Prüfung davon ausgegangen werden kann, dass die Schuldner ihre Zahlungsverpflichtungen erfüllen werden. Die Gefahr eines vollständigen Wertverlustes einzelner für den Fonds erworbener Wertpapiere kann dennoch nicht ausgeschlossen werden, weshalb auf eine besonders breite Streuung der Anlagen geachtet wird. Das Fondsvermögen kann auch in allen anderen nach dem Verwaltungsreglement zulässigen Vermögenswerten angelegt werden.

§ 26 Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis, Anteile

1. Fondswährung ist der Euro.
2. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten (§ 16 Abs. 2) beträgt bis zu 3% des Anteilwertes.

3. Abweichend von § 16 Abs. 3 ist der Rücknahmepreis der nach § 16 Abs. 1 ermittelte Anteilwert abzüglich einer Rücknahmegebühr zugunsten des Fonds in Höhe von bis zu 0,5%.

4. Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, dass in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilpreise erfolgt.

5. Die Fondsanteile werden abweichend von § 14 des Allgemeinen Teils als Globalzertifikate verbrieft; ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

§ 27 Kosten

1. Die Vergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt bis zu 1% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert.

2. Darüber hinaus erhält die Verwaltungsgesellschaft für die Verwaltung des Fonds aus dem Fonds eine monatliche erfolgsbezogene Vergütung in Höhe von bis zu zwei Zehnteln des Betrages, um den die Wertentwicklung des Fonds die Entwicklung des Rentenindex J.P. Morgan EMU Bond Index am jeweiligen Bewertungstag übersteigt. Die erfolgsbezogene Vergütung wird monatlich ermittelt und am nächstfolgenden Bewertungstag im Fonds zurückgestellt. Die am Ende des Geschäftsjahres zurückgestellte Vergütung wird dem Fondsvermögen von der Verwaltungsgesellschaft entnommen. Die erfolgsabhängige Vergütung darf dabei maximal 0,4% des jahresdurchschnittlichen Fondsvermögens, errechnet aus den vorausgegangenen 12 Monatsendbeständen, betragen. Sofern in einem Geschäftsjahr die Wertentwicklung des Fonds unter dem Vergleichsmaßstab liegen sollte, wird die Differenz zwischen der Wertentwicklung des Fonds und der Wertentwicklung des Vergleichsmaßstabs nicht auf das nächste Geschäftsjahr vorgetragen.

3. Die Depotbank erhält für ihre Tätigkeit nach Gesetz und Allgemeinem Teil eine Vergütung in Höhe von 0,1% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert, sowie eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125% des Betrages jeder Wertpapiertransaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.

4. Die Auszahlung der Vergütungen nach Abs. 1 und 3 erfolgt jeweils zum Monatsende bzw., bei der Vergütung gemäß Abs. 2 zum Geschäftsjahresende.

§ 28 Verwendung der Erträge

Die Verwaltungsgesellschaft legt unter Berücksichtigung der in Luxemburg gültigen Bestimmungen fest, ob und in welcher Höhe eine Ausschüttung für den Fonds erfolgt. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kapitalgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Werterhöhungen sowie Kapitalgewinne aus den Vorjahren zur Ausschüttung gelangen. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt.

Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb von 5 Jahren nach Veröffentlichung der Ausschüttungserklärung geltend gemacht wurden, verfallen gemäß § 22 des Allgemeinen Teils zugunsten des Fonds. Ungeachtet dessen ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt, Ausschüttungsbeträge, die nach Ablauf der Verjährungsfrist geltend gemacht werden, zu Lasten des Fondsvermögens an die Anteilinhaber auszusahlen.

§ 29 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September des folgenden Jahres.

§ 30 Inkrafttreten

Dieses Verwaltungsreglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 4. Dezember 2000 in Kraft und wird durch das vorliegende mit Wirkung vom 14. Juli 2003 ersetzt.

Für den Fonds FT Protected Growth Fund gelten ergänzend die nachstehenden Bestimmungen:

§ 24 Depotbank

Depotbank ist die ING BHF-BANK INTERNATIONAL, Société Anonyme, Luxemburg.

§ 25 Anlagepolitik

Der Fonds ist ein aktienorientierter Mischfonds. Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung einer angemessenen Rendite bei reduziertem Kursrisiko. Dazu wird das Fondsvermögen vorwiegend in Aktien sowie in fest- und variabelverzinslichen Wertpapieren angelegt, die auf Euro oder andere Währungen von OECD-Staaten lauten. Darüber hinaus sind Investments in allen anderen nach dem Verwaltungsreglement zulässigen Vermögenswerten möglich.

§ 26 Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis, Anteile

1. Fondswährung ist der Euro.

2. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten (§ 16 Abs. 2) beträgt bis zu 6% des Anteilwertes.

3. Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, dass in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilpreise erfolgt.

4. Die Fondsanteile werden abweichend von § 14 des Allgemeinen Teils als Globalzertifikate verbrieft; ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

§ 27 Kosten

1. Die Basisvergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt 0,3% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert.

2. Darüber hinaus erhält die Verwaltungsgesellschaft vierteljährlich eine erfolgsabhängige Vergütung, die einem Viertel des Betrages entspricht, um den der Wertzuwachs des Fonds, abzüglich einer fiktiven Steuer von 50% auf die ordentlichen Nettoerträge, über dem Wertzuwachs einer zum Vergleich herangezogenen Geldmarktanlage liegt. Als Vergleichsmaßstab gilt der Dreimonats EURIBOR-Satz abzüglich einer Marge von 0,125% p.a. der am Anfang eines jeden Quartals von der Verwaltungsgesellschaft ermittelt wird, abzüglich einer fiktiven Steuer von 50%. Die erfolgsbezogene Vergütung

wird am ersten Bankarbeits- und Börsentag (§ 15, Abs. 3) jeder Woche ermittelt und am nächstfolgenden Bewertungstag im Fonds abgegrenzt. Im Fall einer negativen Wertentwicklung während eines Quartals erfolgt die nächste Berechnung auf der Basis des Preises nach dem Wertverlust.

3. Die Depotbank erhält für ihre Tätigkeit nach Gesetz und Allgemeinem Teil eine Vergütung in Höhe von bis zu 0,25% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert sowie eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125% jeder Wertpapiertransaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.

4. Die Auszahlung der Vergütungen nach Abs. 1 und 3 erfolgt jeweils zum Monatsende bzw. bei der Vergütung nach Abs. 2 am Ende des Quartals.

§ 28 Verwendung der Erträge

Der Fonds schüttet die anfallenden Erträge nicht aus, sondern legt sie im Rahmen des Fondsvermögens wieder an.

§ 29 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember desselben Jahres.

§ 30 Inkrafttreten

Dieses Verwaltungsverglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 15. Juli 1994 in Kraft und wird durch das vorliegende mit Wirkung vom 14. Juli 2003 ersetzt.

Hinweis auf die Risikobegrenzungsgarantie

Die Verwaltungsgesellschaft wird jeweils zum Beginn des Geschäftsjahres einen bestimmten Rücknahmepreis zum letzten Bewertungstag des Geschäftsjahres garantieren. Der garantierte Rücknahmepreis beträgt 95% des Anteilwertes, der bei der ersten Wertberechnung des jeweiligen Geschäftsjahres ermittelt worden ist.

Die Garantie gilt für diejenigen Anleger, die die betreffenden Anteile zum Tag der letzten Wertberechnung des Geschäftsjahres zurückgeben.

Falls der Rücknahmepreis über dem garantierten Rücknahmepreis liegt, gilt der am letzten Bewertungstag des Fondsgeschäftsjahres ermittelte Anteilwert als Rücknahmepreis. Ungeachtet dessen können die Anteilscheine jederzeit zu den gültigen Rücknahmepreisen zurückgegeben werden.

Für den Fall der Auflösung des Fonds gemäß § 20 des Allgemeinen Teils tritt an die Stelle des garantierten Rücknahmepreises ein in gleicher Höhe garantierter Liquidationserlös.

Für den Fonds FT TecLeaders gelten ergänzend die nachstehenden Bestimmungen:

§ 24 Depotbank

Depotbank ist die ING BHF-BANK INTERNATIONAL, Société Anonyme, Luxemburg.

§ 25 Anlagepolitik

Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung eines möglichst hohen Wertzuwachses. Hierzu investiert der Fonds nach dem Grundsatz der Risikomischung vorwiegend in Aktien von Unternehmen, die im Technologiebereich tätig sind. Hierunter fallen insbesondere die Teilbereiche Hard- und Software, Halbleiter, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie das Internet und die damit verbundenen Dienstleistungen. Dabei werden in erster Linie Aktien von hochkapitalisierten Unternehmen erworben, die in den jeweiligen Teilsegmenten des Technologiebereichs eine marktführende Position haben. Darüber hinaus kann das Fondsvermögen auch in allen anderen nach dem Verwaltungsverglement zulässigen Vermögenswerten investiert werden.

§ 26 Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis, Anteile

1. Fondswährung ist der Euro.
2. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten (§ 16 Abs. 2) beträgt bis zu 5% des Anteilwertes.
3. Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, dass in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilspreise erfolgt.
4. Die Fondsanteile werden abweichend von § 14 des Allgemeinen Teils als Globalzertifikate verbriefte; ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

§ 27 Kosten

1. Die Vergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt bis zu 1,5% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert.

2. Die Depotbank erhält für Ihre Tätigkeit nach Gesetz und Allgemeinem Teil eine Vergütung in Höhe von bis zu 0,25% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert sowie eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125% des Betrages jeder Wertpapiertransaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.

3. Die Auszahlung der Vergütungen erfolgt jeweils zum Monatsende.

§ 28 Verwendung der Erträge

Die Verwaltungsgesellschaft legt unter Berücksichtigung der in Luxemburg gültigen Bestimmungen fest, ob und in welcher Höhe eine Ausschüttung für den Fonds erfolgt. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kapitalgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Werterhöhungen sowie Kapitalgewinne aus den Vorjahren zur Ausschüttung gelangen. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt.

Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb von 5 Jahren nach Veröffentlichung der Ausschüttungserklärung geltend gemacht wurden, verfallen gemäß § 22 des Allgemeinen Teils zugunsten des Fonds. Ungeachtet dessen ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt, Ausschüttungsbeträge, die nach Ablauf der Verjährungsfrist geltend gemacht werden, zu Lasten des Fondsvermögens an die Anteilinhaber auszus zahlen.

§ 29 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. April und endet am 31. März des folgenden Jahres.

§ 30 Inkrafttreten

Dieses Verwaltungsreglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 20. Juni 2001 in Kraft und wird durch das vorliegende mit Wirkung vom 14. Juli 2003 ersetzt.

Für den Fonds FT HumanCare gelten ergänzend die nachstehenden Bestimmungen:

§ 24 Depotbank

Depotbank ist die ING BHF-BANK INTERNATIONAL, Société Anonyme, Luxemburg.

§ 25 Anlagepolitik

Ziel der Anlagepolitik ist die Erwirtschaftung eines möglichst hohen Wertzuwachses. Hierzu investiert der Fonds nach dem Grundsatz der Risikomischung vorwiegend in Aktien von Unternehmen, die in Forschung, Entwicklung, Herstellung oder Vertrieb im Bereich Biotechnologie tätig sind sowie in Aktien von Unternehmen aus verwandten Branchen und entsprechenden Zulieferfirmen. Darüberhinaus kann das Fondsvermögen auch in allen anderen nach dem Verwaltungsreglement zulässigen Vermögenswerten angelegt werden.

§ 26 Fondswährung, Ausgabe- und Rücknahmepreis, Anteile

1. Fondswährung ist der Euro.
2. Der Ausgabeaufschlag zur Abgeltung der Ausgabekosten (§ 16 Abs. 2) beträgt bis zu 5% des Anteilwertes.
3. Die Verwaltungsgesellschaft trägt Sorge dafür, dass in den Ländern, in denen der Fonds öffentlich vertrieben wird, eine geeignete Veröffentlichung der Anteilepreise erfolgt.
4. Die Fondsanteile werden abweichend von § 14 des Allgemeinen Teils als Globalzertifikate verbrieft; ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht.

§ 27 Kosten

1. Die Vergütung für die Verwaltung des Fonds beträgt bis zu 2% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert.
2. Die Depotbank erhält für ihre Tätigkeit nach Gesetz und Allgemeinem Teil eine Vergütung in Höhe von bis zu 0,25% p.a., errechnet auf den täglich ermittelten Inventarwert, sowie eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von bis zu 0,125% des Betrages jeder Wertpapiertransaktion, soweit dafür nicht bankübliche Gebühren anfallen.
3. Die Auszahlung der Vergütungen erfolgt jeweils zum Monatsende.

§ 28 Verwendung der Erträge

Die Verwaltungsgesellschaft legt unter Berücksichtigung der in Luxemburg gültigen Bestimmungen fest, ob und in welcher Höhe eine Ausschüttung für den Fonds erfolgt. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kapitalgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Werterhöhungen sowie Kapitalgewinne aus den Vorjahren zur Ausschüttung gelangen. Ausschüttungen werden auf die am Ausschüttungstag ausgegebenen Anteile ausgezahlt.

Ausschüttungsbeträge, die nicht innerhalb von 5 Jahren nach Veröffentlichung der Ausschüttungserklärung geltend gemacht wurden, verfallen gemäß § 22 des Allgemeinen Teils zugunsten des Fonds. Ungeachtet dessen ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt, Ausschüttungsbeträge, die nach Ablauf der Verjährungsfrist geltend gemacht werden, zu Lasten des Fondsvermögens an die Anteilhaber auszuzahlen.

§ 29 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Fonds beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember desselben Jahres.

§ 30 Inkrafttreten

Dieses Verwaltungsreglement trat in seiner ursprünglichen Fassung am 2. Mai 2000 in Kraft und wird durch das vorliegende mit Wirkung vom 14. Juli 2003 ersetzt.

Luxemburg, den 24. Juni 2003.

FRANKFURT TRUST INVEST LUXEMBURG AG

Verwaltungsgesellschaft

M. Anell / M. Strowa

Directeur / Fondé de Pouvoir

ING BHF-BANK INTERNATIONAL

Société Anonyme

Depotbank

F. Rybka / H. Neurohr

Directeur / Sous-Directeur

Enregistré à Luxembourg, le 26 juin 2003, réf. LSO-AF06468. – Reçu 42 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(034419.2//674) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} juillet 2003.

DWS EURO-CORP HIGH YIELD, Fonds Commun de Placement.

Mit Wirkung vom 1. Juli 2003 wird bei dem Fonds Art. 20 wie folgt geändert:

... Darüber hinaus erhält die Verwaltungsgesellschaft aus dem Sondervermögen eine erfolgsbezogene Vergütung in Höhe von einem Viertel des Betrages, um den die Wertentwicklung der umlaufenden Anteile die Wertentwicklung des Merrill Lynch constrained Euro High Yield Index (BB-B rated; Bloomberg: HEC4) übersteigt.

Luxemburg, den 24. Juni 2003.

DWS INVESTMENTS S.A.

Verwaltungsgesellschaft

Unterschriften

DEUTSCHE BANK LUXEMBURG S.A.

Depotbank

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 26 juin 2003, réf. LSO-AF06513. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(034365.2//17) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} juillet 2003.

HAPEHA INTERNATIONALE TRANSPORTE, Société Anonyme.

HANSPED, Société à responsabilité limitée.

HEISA, Société à responsabilité limitée.

PAOLO GUGEL ET LOUIS PASCHINI, Société à responsabilité limitée.

GUDO-PRODUKTE FÜR GESUNDHEITSPFLEGE, Société à responsabilité limitée.

Liquidation judiciaire

Par jugements du 19 juin 2003 sur requête du procureur d'Etat, le tribunal d'arrondissement, 6^{ème} section, siégeant en matière commerciale a dissout et a déclaré en état de liquidation les sociétés suivantes:

- Société Anonyme HAPEHA INTERNATIONALE TRANSPORTE, actuellement sans siège social connu.
- Société à responsabilité limitée HANSPED, actuellement sans siège social connu.
- Société à responsabilité limitée HEISA, actuellement sans siège social connu.
- Société à responsabilité limitée PAOLO GUGEL ET LOUIS PASCHINI, actuellement sans siège social connu.
- Société à responsabilité limitée GUDO-PRODUKTE FÜR GESUNDHEITSPFLEGE, actuellement sans siège social connu.

Les mêmes jugements ont nommé juge-commissaire Madame Elisabeth Capesius, premier juge au tribunal d'arrondissement de et à Luxembourg et désigné comme liquidateur M^e Jean-Pierre Mernier, avocat, demeurant à Luxembourg.

Les déclarations de créance sont à déposer au greffe du tribunal d'arrondissement de et à Luxembourg avant le 7 juillet 2003.

Pour extrait conforme

M^e J.-P. Mernier

Le liquidateur

Enregistré à Luxembourg, le 2 juillet 2003, réf. LSO-AG00607. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(035050.3//26) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 3 juillet 2003.

EURICAS PARTNERS, Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 7, rue Anatole France.

R. C. Luxembourg B 84.738.

Société constituée le 29 novembre 2001 par Maître Reginald Neuman, acte publié au Mémorial C n° 454 du 21 mars 2002.

EXTRAIT

Il résulte d'une lettre recommandée du 17 janvier 2003 que Monsieur Jean Wagener a présenté sa démission en tant qu'administrateur avec effet immédiat.

Il résulte d'une lettre recommandée du 12 juin 2003 que Madame Monique Schalz a présenté sa démission en tant qu'administrateur avec effet immédiat.

Il résulte d'une lettre du 17 juin 2003 que Monsieur Henri Van Schingen a présenté sa démission en tant que commissaire aux comptes avec effet immédiat.

Pour extrait

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 20 juin 2003, réf. LSO-AF05364. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(032725.3/000/19) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

ARTEVA TECHNOLOGIES, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Registered office: L-1948 Luxembourg, 48, rue Louis XIV.

R. C. Luxembourg B 67.098.

—
In the year two thousand three, on the twenty-eighth day of April.

Before Us, Maître Jean-Joseph Wagner, notary, residing in Sanem (Grand Duchy of Luxembourg).

There appeared:

ARTEVA WORLDWIDE, S.à r.l., a company governed by the laws of Luxembourg, with registered office at L-1948 Luxembourg, 48, rue Louis XIV, Grand Duchy of Luxembourg,

hereby represented by:

Mr Laurent Schummer, lawyer, residing in Luxembourg,

(the «Attorney»), by virtue of a proxy given in Houston, Texas, on March 13, 2003 (the «Shareholder»).

The said proxy shall be annexed to the present deed for the purpose of registration.

The Shareholder has requested the undersigned notary to document that the Shareholder is the sole shareholder of the «société à responsabilité limitée» ARTEVA TECHNOLOGIES, S.à r.l., a company governed by the laws of Luxembourg, with registered office at 48, rue Louis XIV, L-1948 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg (the «Company»), incorporated pursuant to a deed of the undersigned notary of November 16, 1998, published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations on 27 January 1999, No 48 and entered in the Company Register at Luxembourg, Section B, under the number 67.098.

The articles of incorporation have been last amended pursuant to a deed of the undersigned notary, of 31 December 2002, published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations on 20 February 2003, number 185.

The Shareholder, represented as above mentioned, having recognised to be fully informed of the resolutions to be taken on the basis of the following agenda:

Agenda:

1. To amend article 8 third paragraph of the articles of incorporation which shall forthwith read as follows:

«Every person who was or is a party or is threatened to be made a party to any threatened, pending, or completed action, suit, or proceeding, whether civil, criminal, administrative, or investigative (other than an action by or in the right of the Company) by reason of the fact that the person is or was an officer, manager, or employee of the Company or is or was serving at the request of the Company as a director (including committees of the Board), manager, officer, or employee of another corporation or entity (a «Covered Person»), may be indemnified by the Company, at its sole and absolute discretion and in all cases where the Company is obliged to indemnify the Covered Person by virtue of applicable laws, judgments or orders, against any and all reasonable costs and expenses, judgments, fines, and amounts paid in settlement actually and reasonably incurred by the Covered Person in connection with such action, suit, or proceeding if the Covered Person acted in good faith and in a manner the person reasonably believed to be in or not opposed to the best interests of the Company, and, with respect to any criminal action or proceeding, had no reasonable cause to believe the person's conduct was unlawful. The resolution of any action, suit, or proceeding by judgment, order, settlement, conviction, or upon a plea of nolo contendere or its equivalent, shall not, of itself, create a presumption that the Covered Person did not act in good faith and in a manner which the Covered Person reasonably believed to be in or not opposed to the best interests of the Company, and, with respect to any criminal action or proceeding, had reasonable cause to believe that the person's conduct was unlawful.

Expenses (including attorneys' fees) incurred by a Covered Person with respect to any action, suit, or proceeding of the nature described in the preceding paragraph may, in the Company's sole and absolute discretion and in all cases where the Company is obliged to do so by virtue of applicable laws, judgments or orders, be paid by the Company in advance of the final disposition of such action, suit, or proceeding upon receipt of an undertaking by or on behalf of the Covered Person to repay such amount if it shall ultimately be determined that the Covered Person is not entitled to be indemnified by the Company as authorized in this section. In addition, the Company may elect at any time to discontinue advancing expenses to a Covered Person if such advancement is determined by the Company, in its sole and absolute discretion, not to be in the best interest of the Company.»

2. Miscellaneous,

has requested the undersigned notary to record the following resolution:

Resolution

The Shareholder has resolved to amend article 8 third paragraph of the articles of incorporation which shall forthwith read as follows:

«Every person who was or is a party or is threatened to be made a party to any threatened, pending, or completed action, suit, or proceeding, whether civil, criminal, administrative, or investigative (other than an action by or in the right of the Company) by reason of the fact that the person is or was an officer, manager, or employee of the Company or is or was serving at the request of the Company as a director (including committees of the Board), manager, officer, or employee of another corporation or entity (a «Covered Person»), may be indemnified by the Company, at its sole and absolute discretion and in all cases where the Company is obliged to indemnify the Covered Person by virtue of applicable laws, judgments or orders, against any and all reasonable costs and expenses, judgments, fines, and amounts paid in settlement actually and reasonably incurred by the Covered Person in connection with such action, suit, or proceeding if the Covered Person acted in good faith and in a manner the person reasonably believed to be in or not opposed to the best interests of the Company, and, with respect to any criminal action or proceeding, had no reasonable cause to believe the person's conduct was unlawful. The resolution of any action, suit, or proceeding by judgment, order, set-

tlement, conviction, or upon a plea of nolo contendere or its equivalent, shall not, of itself, create a presumption that the Covered Person did not act in good faith and in a manner which the Covered Person reasonably believed to be in or not opposed to the best interests of the Company, and, with respect to any criminal action or proceeding, had reasonable cause to believe that the person's conduct was unlawful.

Expenses (including attorneys' fees) incurred by a Covered Person with respect to any action, suit, or proceeding of the nature described in the preceding paragraph may, in the Company's sole and absolute discretion and in all cases where the Company is obliged to do so by virtue of applicable laws, judgments or orders, be paid by the Company in advance of the final disposition of such action, suit, or proceeding upon receipt of an undertaking by or on behalf of the Covered Person to repay such amount if it shall ultimately be determined that the Covered Person is not entitled to be indemnified by the Company as authorized in this section. In addition, the Company may elect at any time to discontinue advancing expenses to a Covered Person if such advancement is determined by the Company, in its sole and absolute discretion, not to be in the best interest of the Company.»

Whereof the present deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The undersigned notary who knows English, states herewith that on request of the above appearing person, the present deed is worded in English followed by a French version; on request of the same appearing person and in case of divergences between the English and the French texts, the English text will prevail.

The document having been read to the person appearing, known to the notary by its surname, first name, civil status and residence, said person appearing signed together with Us, notary, this original deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an deux mille trois, le vingt-huit avril.

Par-devant Nous, Maître Jean-Joseph Wagner, notaire de résidence à Sanem (Grand-Duché de Luxembourg).

A comparu:

ARTEVA WORLDWIDE, S.à r.l., une société de droit luxembourgeois, ayant son siège social à L-1948 Luxembourg, 48, rue Louis XIV, Grand-Duché de Luxembourg, représentée aux fins des présentes par:

Monsieur Laurent Schummer, avocat, demeurant à Luxembourg,

(«l'Avocat») aux termes d'une procuration sous seing privé donnée à Houston, Texas, le 13 mars 2003 (l'«Associé»).

La prédite procuration restera annexée aux présentes pour être enregistrées avec elles.

L'Associé a requis le notaire instrumentant d'acter que l'Associé est le seul et unique associé de la société à responsabilité limitée, ARTEVA TECHNOLOGIES, S.à r.l., une société de droit luxembourgeois, ayant son siège social à 48, rue Louis XIV, L-1948 Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg (la «Société»), constituée suivant acte du notaire instrumentant le 16 novembre 1998, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations du 27 janvier 1999, n° 48 et inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B, sous le numéro 67.098. Les statuts de la Société ont été modifiés suivant acte du notaire instrumentant, du 31 décembre 2002, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations du 20 février 2003, numéro 185.

L'Associé, représenté comme indiqué ci-avant, reconnaissant être parfaitement au courant des décisions à intervenir sur base de l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Modification de l'article 8 troisième alinéa des statuts, qui se lira comme suit:

«Toute personne qui était ou est partie ou est menacée d'être partie à une action, demande ou un procès qui est en cours, annoncé ou a abouti, de nature civile, criminelle, administrative ou d'enquête (autre qu'une action par ou pour la Société) en raison du fait que la personne est un agent, gérant ou employé de la Société ou agissait ou agit à la demande de la Société comme administrateur (ceci incluant les comités des conseils d'administration), gérant, agent, ou employé d'une autre société ou entité (une «Personne Couverte»), peut être indemnisée par la Société, à sa seule et absolue discrétion et dans tous les cas où la Société est obligée d'indemniser la Personne Couverte en vertu des lois applicables, de jugements ou ordonnances, de tous coûts et dépenses raisonnables, jugements, amendes ou montants à payer par transaction, effectivement et raisonnablement encourus par la Personne Couverte en relation avec une telle action, demande ou procès dans la mesure où la Personne Couverte a agi de bonne foi et d'une manière que la personne avait des raisons de croire dans l'intérêt ou non contraire aux meilleurs intérêts de la Société, et, en ce qui concerne une éventuelle action ou procès criminel, la personne n'avait pas de raisons de croire que sa conduite était contraire à la loi. La fin d'une quelconque action, demande ou procès par jugement, ordonnances, transaction, condamnation ou sur une défense de nolo contendere ou son équivalent, ne devra pas créer en soi une présomption que la Personne Couverte n'a pas agi de bonne foi ou d'une manière que la personne avait des raisons de croire dans l'intérêt ou non contraire aux meilleurs intérêts de la Société, et, s'agissant d'une éventuelle action ou procès criminel, la personne n'avait pas de raisons de croire que sa conduite était contraire à la loi.

Les frais (incluant les honoraires d'avocats) encourus par la Personne Couverte dans le cadre d'une éventuelle action, demande ou procès de la nature décrite dans l'alinéa précédant peut, à la seule et absolue discrétion de la Société et dans tout les cas où la Société y est obligée en vertu des lois applicables, jugements ou ordonnances, peuvent être payés par la Société en avance sur la décision finale de l'action, demande ou procès à condition d'avoir reçu un engagement par ou pour le compte de la Personne Couverte de repayer un tel montant s'il devait finalement être déterminé que la Personne Couverte n'a pas droit à être indemnisée par la Société comme autorisé dans cette section. De plus, la Société peut choisir à tout moment de cesser d'avancer des frais à la Personne Couverte si de telles avances sont déterminées par la Société, à sa seule et absolue discrétion, comme n'étant dans le meilleur intérêt de la Société.»

2. Divers,

a requis le notaire instrumentant d'acter la résolution suivante:

Résolution

L'Associé décide de modifier l'article 8 troisième alinéa des statuts, qui se lira comme suit:

«Toute personne qui était ou est partie ou est menacée d'être partie à une action, demande ou un procès qui est en cours, annoncé ou a abouti, de nature civile, criminelle, administrative ou d'enquête (autre qu'une action par ou pour la Société) en raison du fait que la personne est un agent, gérant ou employé de la Société ou agissait ou agit à la demande de la Société comme administrateur (ceci incluant les comités du conseils d'administration), gérant, agent, ou employé d'une autre société ou entité (une «Personne Couverte»), peut être indemnisée par la Société, à sa seule et absolue discrétion et dans tous les cas où la Société est obligée d'indemniser la Personne Couverte en vertu des lois applicables, de jugements ou ordonnances, de tous coûts et dépenses raisonnables, jugements, amendes ou montants à payer par transaction, effectivement et raisonnablement encourus par la Personne Couverte en relation avec une telle action, demande ou procès dans la mesure où la Personne Couverte a agi de bonne foi et d'une manière que la personne avait des raisons de croire dans l'intérêt ou non contraire aux meilleurs intérêts de la Société, et, en ce qui concerne une éventuelle action ou procès criminel, la personne n'avait pas de raisons de croire que sa conduite était contraire à la loi. La fin d'une quelconque action, demande ou procès par jugement, ordonnances, transaction, condamnation ou sur une défense de nolo contendere ou son équivalent, ne devra pas créer en soi une présomption que la Personne Couverte n'a pas agi de bonne foi ou d'une manière que la personne avait des raisons de croire dans l'intérêt ou non contraire aux meilleurs intérêts de la Société, et, s'agissant d'une éventuelle action ou procès criminel, la personne n'avait pas de raisons de croire que sa conduite était contraire à la loi.

Les frais (incluant les honoraires d'avocats) encourus par la Personne Couverte dans le cadre d'une éventuelle action, demande ou procès de la nature décrite dans l'alinéa précédant peut, à la seule et absolue discrétion de la Société et dans tout les cas où la Société y est obligée en vertu des lois applicables, jugements ou ordonnances, peuvent être payés par la Société en avance sur la décision finale de l'action, demande ou procès à condition d'avoir reçu un engagement par ou pour le compte de la Personne Couverte de repayer un tel montant s'il devait finalement être déterminé que la Personne Couverte n'a pas droit à être indemnisée par la Société comme autorisé dans cette section. De plus, la Société peut choisir à tout moment de cesser d'avancer des frais à la Personne Couverte si de telles avances sont déterminées par la Société, à sa seule et absolue discrétion, comme n'étant dans le meilleur intérêt de la Société.»

Dont acte fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Le notaire soussigné qui connaît la langue anglaise, déclare par la présente qu'à la demande du comparant ci-avant, le présent acte est rédigé en langue anglaise, suivi d'une version française, et qu'à la demande du même comparant, en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, la version anglaise primera.

Lecture du présent acte faite et interprétation donnée au comparant connu du notaire instrumentaire par ses nom, prénom usuel, état et demeure, il a signé avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: L. Schummer, J.-J. Wagner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 5 mai 2003, vol. 877, fol. 10, case 8. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): M. Ries.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 24 juin 2003.

J.-J. Wagner.

(033619.2/239/168) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 juin 2003.

ARTEVA TECHNOLOGIES, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1948 Luxembourg, 48, rue Louis XIV.

R. C. Luxembourg B 67.098.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 juin 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 25 juin 2003.

J.-J. Wagner.

(033620.3/239/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 juin 2003.

SOCIETE DE GESTION DE L'EURO GLOBAL INVESTMENT FUND S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2420 Luxembourg, 11-13, avenue Emile Reuter.

R. C. Luxembourg B 7.051.

Le bilan au 31 décembre 2002, enregistré à Luxembourg, le 20 juin 2003, réf. LSO-AF05362, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 19 juin 2003.

SOCIETE GENERALE BANK & TRUST

Signature

(032761.1//12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

FIRST BUSINESS INTERNATIONAL, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Registered office: L-1734 Luxembourg, 2, rue Carlo Hemmer.

R. C. Luxembourg B 93.928.

STATUTES

In the year two thousand three, on the twentieth of May.

Before Us, Maître Joseph Gloden notary residing in Grevenmacher (Luxembourg).

There appeared the following:

1. Mister Thomas Pilhagen, administrateur de société, born in Grangärde (Sweden) the 19th of July 1951, residing in Schönlaterngasse 11/3/11, A-1010 Vienna,

duly represented by Mrs Martine Kapp, employée privée, born in Luxembourg the 10th of December 1960, with professional address in Luxembourg,

by virtue of a proxy dated the 14th of May 2003 delivered in Luxembourg.

2. Misses Marie Pilhagen, administrateur de société, born in Svanstein (Sweden) the 27th of January 1951, residing in Schönlaterngasse 11/3/11, A-1010 Vienna,

duly represented by Mr Eric Leclerc, employé privé, born in Luxembourg the 4th of April 1967, with professional address in Luxembourg,

by virtue of a proxy dated 14th of May 2003 delivered in Luxembourg.

The prenamed proxies, after having been signed ne varietur by all the appearing parties and the notary executing remain annexed to the present deed for the purpose of registration.

Such appearing parties, acting in the hereabove stated capacities, have drawn up the following articles of a limited liability company (société à responsabilité limitée), which they intend to organize among themselves.

Art. 1. A limited liability company is hereby formed between the contracting parties that will be governed by these articles and by the relevant legislation.

Art. 2. The company's purpose is to take participations, in any form whatsoever, in other Luxembourg or foreign enterprises; to acquire any securities and rights through participation, contribution, underwriting, firm purchase or option, negotiation or in any other way and namely to acquire patents and licences, to manage and develop them; to grant enterprises in which the company has an interest, any assistance, loans, advances or guarantees, finally to perform any operation which is directly or indirectly related to its purpose, however without taking advantage of the Act of July 31, 1929 on Holding Companies.

The company can perform all commercial, technical and financial operations, connected directly or indirectly to facilitate the accomplishment of its purpose in all areas as described above.

Art. 3. The company is established for an unlimited period.

Art. 4. The name of the company is FIRST BUSINESS INTERNATIONAL, S.à r.l., société à responsabilité limitée.

Art. 5. The registered office of the company is in Luxembourg City. It may be transferred to any other place within the Grand Duchy of Luxembourg by collective decision of the associates.

Art. 6. The capital of the company is fixed at twelve thousand five hundred Euros (12,500.- EUR) divided into one hundred (100) shares with a par value of one hundred twenty-five Euros (125.- EUR) each.

These shares have been subscribed to as follows:

Subscriber	Number of shares
1. - Mr Thomas Pilhagen, prenamed	50 shares
2. - Mrs Marie Pilhagen, prenamed	50 shares
Total:	100 shares

The capital has been fully paid in by the associates and deposited to the credit of the company, as was certified to the notary executing this deed.

Art. 7. The capital may be increased or reduced at any time as laid down in article 199 of the law concerning commercial companies.

Art. 8. Each share entitles its owner to a proportional right in the company's assets and profits.

Art. 9. Shares are freely transferable among associates. The share transfer inter vivos to non associates is subject to the consent of members representing at least seventy-five per cent of the company's capital. In the case of the death of an associate, the share transfer to non-associates is subject to the consent of at least seventy-five per cent of the of the votes of the surviving associates. In any event the remaining associates have a pre-emption right which has to be exercised within thirty days from the refusal of transfer to a non-associate.

Art. 10. The company will not be dissolved by death, interdiction, bankruptcy or insolvency of one of the associates.

Art. 11. For no reason and in no case, the heirs, creditors or other rightful claimants of the associates are allowed to pursue the sealing of property or documents of the company.

Art. 12. The company will be managed by one or several managers who need not to be associates and who are appointed by the general meeting of associates.

Towards third parties the company shall be represented and committed by the signatures of any two managers acting jointly.

Art. 13. In the execution of their mandate, the managers are not held personally responsible. As agents of the company, they are responsible for the correct performance of their duties.

Art. 14. Every associates may take part in the collective decisions. He has a number of votes equal to the number of shares he owns and may validly act at the meeting through a special proxy.

Art. 15. Collective decisions are only valid if they are adopted by the votes representing more than half of the capital. However, decisions concerning the amendment of the articles of incorporation are taken by a majority of the associates representing at least three quarters of the capital.

Art. 16. The fiscal year begins on January 1st and ends on December 31st.

Art. 17. Every year on December 31st, the annual accounts are drawn up by the managers.

Art. 18. The financial statements are at the disposal of the associates at the registered offices of the company.

Art. 19. Out of the net profit five per cent shall be placed into a legal reserve account. This deduction ceases to be compulsory when the reserve amounts to ten percent of the capital of the company.

The balance is at the disposal of the associates.

Art. 20. In case the company is dissolved, the liquidation will be carried out by one or several liquidators who need not to be associates and who are appointed by the associates who will specify their powers and remunerations.

Art. 21. If, and as long as one associate holds all the shares, the company shall exist as a single shareholder company, pursuant to article 179 (2) of the law on commercial companies; in this case, articles 200-1 and 200-2, among others, of the same law are applicable.

Art. 22. For anything not dealt with in the present articles of incorporation, the associates refer to the relevant legislation.

Transitory disposition

The first business year begins today and ends on December 31st, 2003.

Verification

The notary executing this deed declares that the conditions fixed in art. 183 of the law on commercial companies of September 18, 1933 have been fulfilled.

Costs

The parties evaluate the cost of formation of this company at approximately one thousand six hundred Euro (1,600.-EUR).

General extraordinary meeting

Immediately after the formation of the company, the parties, who represent the total capital, have met in a general meeting and have, by unanimous vote, passed the following resolutions:

I. Are elected as managers of the company for an unlimited duration, with the powers indicated in article 12 of the articles of incorporation:

1. Mr Eric Leclerc, employé privé, born in Luxembourg the 4th of April 1967, with professional address in Luxembourg.

2. Mr Jos Hemmer, employé privé, born in Luxembourg the 15th of August 1952, with professional address in Luxembourg.

3. Mrs Martine Kapp, employée privée, born in Luxembourg the 10th of December 1960, with professional address in Luxembourg.

II. The managers may appoint agents, fix their powers, competencies and dismiss them.

III. The company's address is fixed at 2, rue Carlo Hemmer, L-1734 Luxembourg.

The undersigned notary who knows and speaks English language, states herewith that, upon the request of the above appearing persons, the present deed is worded in English, followed by a French version; upon the request of the same appearing persons, in case of divergences between the English and French text, the English version will prevail.

In faith of which We, the undersigned notary have set our hand and seal in Luxembourg City, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read and translated into the language of the persons appearing, all of whom are known to the notary by their surnames, Christian names, civil status and residences, said persons appearing signed together with us, Notary, the present original deed.

Suit la traduction française du procès-verbal qui précède:

L'an deux mille trois, le vingt mai.

Par-devant Maître Joseph Gloden, notaire de résidence à Grevenmacher (Luxembourg).

Ont comparu:

1. Monsieur Thomas Pilhagen, administrateur de société, né à Grangärde (Suède) le 19 juillet 1951, demeurant à Schönlaterngasse 11/3/11, A-1010 Vienne,

dûment représenté par Madame Martine Kapp, employée privée, née à Luxembourg le 10 décembre 1960, demeurant professionnellement à Luxembourg,

en vertu d'une procuration datée du 14 mai 2003, délivrée à Luxembourg.

2. Madame Marie Pilhagen, administrateur de société, née à Svanstein (Suède) le 27 janvier 1951, demeurant à Schönlaterngasse 11/3/11, A-1010 Vienne,

dûment représentée par Monsieur Eric Leclerc, employé privé, né à Luxembourg le 4 avril 1967, demeurant professionnellement à Luxembourg,

en vertu d'une procuration datée du 15 mai 2003, délivrée à Luxembourg.

Les prédites procurations, signées ne varietur par tous les comparants et le notaire instrumentant, resteront annexées aux présentes avec lesquelles elles seront soumises à la formalité de l'enregistrement.

Lesquels comparants agissant es qualités ont arrêté ainsi qu'il suit les statuts d'une société à responsabilité limitée qu'ils vont constituer entre eux.

Art. 1^{er}. Il est formé par la présente entre les comparants une société à responsabilité limitée qui sera régie par les présents statuts et les dispositions légales.

Art. 2. La société a pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans d'autres sociétés, luxembourgeoises ou étrangères, l'acquisition de tous titres et droits par voie de participation, d'apport, de souscription, de prise ferme ou d'option d'achat, de négociation et de toute autre manière et notamment l'acquisition de brevets et licences, leur gestion et leur mise en valeur, l'octroi aux entreprises auxquelles elle s'intéresse, de tous concours, prêts, avances ou garanties, enfin toute activité et toutes opérations généralement quelconques se rattachant directement ou indirectement à son objet, sans vouloir bénéficier du régime fiscal particulier organisé par la loi du 31 juillet 1929 sur les sociétés holding.

La société peut également effectuer toutes opérations commerciales, techniques et financières se rattachant directement ou indirectement aux objets ci-dessus de nature à en faciliter la réalisation.

Art. 3. La société est constituée pour une durée illimitée.

Art. 4. La société prend la dénomination de FIRST BUSINESS INTERNATIONAL, S.à r.l., société à responsabilité limitée.

Art. 5. Le siège social est établi à Luxembourg-Ville. Il peut être transféré en toute autre localité du Grand-Duché de Luxembourg en vertu d'une décision des associés.

Art. 6. Le capital social est fixé à douze mille cinq cent euros (12.500,- EUR), représenté par cents (100) parts sociales d'une valeur nominale de cent vingt-cinq euros (125,- EUR) par part sociale.

Ces parts ont été souscrites comme suit par:

Souscripteurs	Nombre d'actions
1. Monsieur. Thomas Pilhagen, prénommé	50 parts sociales
2. Madame Marie Pilhagen, prénommée.	50 parts sociales
Total:	100 parts sociales

Le capital est entièrement libéré et se trouve, dès à présent, dans les caisses de la société, ainsi qu'il en a été justifié au notaire.

Art. 7. Le capital social pourra, à tout moment, être modifié dans les conditions prévues par l'article 199 de la loi concernant les sociétés commerciales.

Art. 8. Chaque part donne droit à une fraction proportionnelle de l'actif social et des bénéfices.

Art. 9. Les parts sociales sont librement cessibles entre associés. Elles ne peuvent être cédées entre vifs à des non-associés que moyennant l'agrément donné par les associés représentant au moins les trois quarts du capital social. Les parts sociales ne peuvent être transmises pour cause de mort à des non-associés que moyennant l'agrément des propriétaires de parts sociales représentant les trois quarts des droits appartenant aux survivants. En toute hypothèse, les associés restants ont un droit de préemption. Ils doivent l'exercer endéans trente jours à partir de la date du refus de cession à un non-associé.

Art. 10. Le décès, l'interdiction, la faillite ou la déconfiture de l'un des associés ne mettent pas fin à la société.

Art. 11. Les héritiers, créanciers ou autres ayants droit ne pourront, pour quelque motif que ce soit, faire apposer des scellés sur les biens et documents de la société.

Art. 12. La société est administrée par un ou plusieurs gérants, associés ou non, nommés par l'assemblée des associés.

Vis-à-vis des tiers, la société est engagée en toutes circonstances par les signatures conjointes de deux gérants.

Art. 13. Le ou les gérants ne contractent, en raison de leur fonction, aucune obligation personnelle. Simples mandataires, ils ne sont responsables que de l'exécution de leur mandat.

Art. 14. Chaque associé peut participer aux décisions collectives. Il a un nombre de voix égal au nombre de parts sociales qu'il possède et peut se faire valablement représenter aux assemblées par un porteur de procuration spéciale.

Art. 15. Les décisions collectives ne sont valablement prises que pour autant qu'elles sont adoptées par les associés représentant plus de la moitié du capital social. Toutefois, les décisions ayant pour objet une modification des statuts ne pourront être prises qu'à la majorité des associés représentant les trois quarts du capital social.

Art. 16. L'année sociale commence le premier janvier et finit le trente et un décembre.

Art. 17. Chaque année, le trente et un décembre, la gérance établit les comptes annuels

Art. 18. Tout associé peut prendre au siège social de la société communication des comptes annuels.

Art. 19. Sur le bénéfice net, il est prélevé cinq pour cent pour la constitution d'un fonds de réserve légale jusqu'à ce que celui-ci atteigne dix pour cent du capital social.

Le solde est à la disposition des associés.

Art. 20. Lors de la dissolution de la société, la liquidation sera faite par un ou plusieurs liquidateurs, associés ou non, nommés par les associés qui fixeront leurs pouvoirs et leurs émoluments.

Art. 21. Lorsque, et aussi longtemps qu'un associé réunit toutes les parts sociales entre ses seules mains, la société est une société unipersonnelle au sens de l'article 179 (2) de la loi sur les sociétés commerciales; dans cette éventualité, les articles 200-1 et 200-2, entre autres, de la même loi sont d'application.

Art. 22. Pour tout ce qui n'est pas réglé par les présents statuts, les associés se réfèrent aux dispositions légales en vigueur.

Disposition transitoire

Le premier exercice social commence le jour de la constitution de la société et se termine le 31 décembre 2003.

Constatation

Le notaire instrumentaire a constaté que les conditions prévues par l'article 183 de la loi du 18 septembre 1933 sur les sociétés à responsabilité limitée telle que modifiée se trouvent remplies.

Frais

Les parties ont évalué les frais incombant à la société du chef de sa constitution à environ mille six cent Euros (1.600,- EUR).

Assemblée générale extraordinaire

Et aussitôt, les comparants représentant l'intégralité du capital social, se sont réunis en assemblée générale et, à l'unanimité des voix, ils ont pris les résolutions suivantes:

I. Sont nommés gérants de la société pour une durée indéterminée, avec les pouvoirs définis à l'article 12 des statuts:

1. Monsieur Eric Lecler, employé privé, né à Luxembourg le 4 avril 1967, demeurant professionnellement à Luxembourg.

2. Monsieur Jos Hemmer, employé privé, né à Luxembourg le 15 août 1952, demeurant professionnellement à Luxembourg.

3. Madame Martine Kapp, employée privée, née à Luxembourg le 10 décembre 1960, demeurant professionnellement à Luxembourg.

II. Les gérants pourront nommer des agents, fixer leurs pouvoirs et attributions et les révoquer.

III. Le siège social de la société est fixé au 2, rue Carlo Hemmer, L-1734 Luxembourg.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Lecture du présent acte ayant été faite aux personnes comparantes qui ont requis le notaire de documenter le présent acte en langue anglaise, les personnes comparantes ont signé le présent acte avec le notaire, qui déclare avoir connaissance personnelle de la langue anglaise.

Les présents statuts rédigés en langue anglaise sont suivis d'une traduction française. En cas de divergences entre le texte anglais et le texte français le texte anglais primera.

Signé: M. Kapp, E. Leclerc, J. Gloden.

Enregistré à Grevenmacher, le 21 mai 2003, vol. 523, fol. 11, case 5. – Reçu 125 euros.

Le Receveur (signé): Schlink.

Pour expédition conforme, délivrée sur papier libre, aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Grevenmacher, le 24 juin 2003.

J. Gloden.

(033233.3/213/221) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 juin 2003.

INSINGER TRUST (LUXEMBOURG) S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1750 Luxembourg, 66, avenue Victor Hugo.

R. C. Luxembourg B 66.006.

Transfert d'Actions

En date du 13 mai 2003, la société INSINGER TRUST (NETHERLANDS) BV a transféré 1 action de INSINGER TRUST (LUXEMBOURG) S.A. à INSINGER DE BEAUFORT ASSET MANAGEMENT NV.

En date du 13 mai 2003, la société INSINGER TRUST INVESTMENTS (BENELUX) BV a transféré 1.249 actions de INSINGER TRUST (LUXEMBOURG) S.A. à BANK INSINGER DE BEAUFORT NV.

Luxembourg, le 30 mai 2003.

Signatures.

Enregistré à Luxembourg, le 3 juin 2003, réf. LSO-AF00656. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(032691.2//14) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

**DEUTSCHE MORGAN GRENFELL DEVELOPMENT CAPITAL LUXEMBOURG S.A.,
Société Anonyme.**

Siège social: L-1450 Luxembourg, 73, Côte d'Eich.
R. C. Luxembourg B 51.796.

Extrait des résolutions prises lors de la réunion du conseil d'administration tenue en date du 16 mai 2003

Il résulte du procès-verbal du conseil d'administration de la société tenu en date du 16 mai 2003, que:

- La démission de Monsieur Diarmuid Cummins «Chief operating officer», ayant pour adresse professionnelle, Winchester House, 1 Great Winchester Street, London EC2M 1DB, Royaume-Uni en tant qu'administrateur de la société a été acceptée.

- Monsieur Alistair Charles Fairley Smith, banquier d'affaires, demeurant au 38, Cammo Road EM4 8AP Edinburgh, United Kingdom a été coopté en tant qu'administrateur de la société.

* Le conseil d'administration soumettra cette cooptation à l'assemblée générale, lors de sa première réunion pour qu'elle procède à l'élection définitive.

Le Conseil d'Administration se compose dès lors comme suit:

M. Robert H. Smith, banquier d'affaires, demeurant au 1, Appold Street, Broaddate, Londres GB-EC2A 2UU

M. Franz Prost, «director of DELOITTE & TOUCHE FIDUCIAIRE S.A.», ayant pour adresse professionnelle 291, route d'Arlon à L-1150 Luxembourg.

Mme Marie-José Steinborn, «director of DELOITTE & TOUCHE FIDUCIAIRE S.A.», ayant pour adresse professionnelle 291, route d'Arlon à L-1150 Luxembourg.

M. Alistair Charles Fairley Smith, banquier d'affaires, demeurant au 38, Cammo Road EM4 8AP Edinburgh, United Kingdom.

Luxembourg, le 16 mai 2003.

Pour extrait conforme

Signature

Un mandataire

Enregistré à Luxembourg, le 19 juin 2003, réf. LSO-AF05014. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(032861.3/751/30) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

**KEY (LUXEMBOURG) S.A., Société Anonyme,
(anc. KEY (LUXEMBOURG), S.à r.l., Société à responsabilité limitée).**

Registered office: L-1471 Luxembourg, 398, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 89.957.

In the year two thousand and two, on the sixteenth day of the month of December.

Before Maître Joseph Elvinger, notary, residing in Luxembourg.

Was held an extraordinary general meeting of shareholders of KEY (LUXEMBOURG), S.à r.l. (the «Corporation»), a société à responsabilité limitée having its registered office at 398, route d'Esch, L-1471 Luxembourg incorporated by deed of Maître Joseph Elvinger, residing in Luxembourg on 13th November, 2002 not yet published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations.

The meeting was presided by Mrs Annick Dennewald, maître en droit, residing in Luxembourg.

The meeting appointed as secretary Mr Patrick Van Hees, maître en droit, residing in Luxembourg.

The meeting appointed as scrutineer Mr Bertrand Reimmel, maître en droit, residing in Luxembourg.

The chairman declared and requested the notary to state that:

1. The shareholders represented and the number of shares held by them are shown on an attendance list which is signed by the proxy holders, the chairman, the secretary, the scrutineer and the undersigned notary. Said attendance list will be attached to the present deed to be filed with the registration authorities.

As it appears from said attendance list, all two thousand four hundred and thirty-two (2,432) shares in issue in the Corporation are represented at the present general meeting so that the meeting is validly constituted and can validly deliberate and resolve on all the items of the agenda.

2. That the agenda of the meeting is as follows, it being understood that all the items of the agenda are interrelated and shall form one single resolution:

A. To transform the Corporation by converting its form from a société à responsabilité limitée into a société anonyme.

B. To approve the net asset value of the Corporation of EUR 60,800 as determined by the board of directors.

C. To restate and increase the share capital of the Corporation from EUR 60,800 to EUR 1,000,000 by the issue of two hundred and seventy-two thousand (272,000) Preference Shares (as defined hereafter) of a par value of one Euro and twenty-five Cents (EUR 1.25) each and four hundred and seventy-nine thousand and three hundred and sixty (479,360) Ordinary Shares (as defined hereafter) of a par value of one Euro and twenty-five Cents (EUR 1.25) each and concurrent redenomination of the 2,432 shares of a par value of (EUR 25) each subscribed by HG INCORPORATIONS LIMITED at the incorporation of the Corporation into 48,640 Ordinary Shares of a par value of one Euro and twenty-five Cents (1.25 EUR) each.

D. To amend and restate the articles of incorporation of the Corporation, in order to adapt them to the new form of the Corporation as société anonyme and to conform to the restatement and increase of the share capital referred

to under C above substantially in the form as set out in the proxies, the proxy holders being expressly authorised and empowered to make and agree to such changes and amendments as deemed appropriate.

E. To confirm the appointment of Mr Robert Gray, Mr Trevor Bayley, Mr Martin Block, Mr Karsten Hartmann and Mr Franz Scherer as members of the board of directors.

F. To authorise the board of directors to delegate the day to day management of the Corporation, to anyone of the five board members referred under (E) above, individually or jointly with power to represent the Corporation in such day to day management and to bind by Corporation in such day to day management their signature.

G. To appoint PricewaterhouseCoopers as auditor of the Corporation.

After deliberation the meeting unanimously took the following single resolution:

Sole resolution

The meeting resolved that all the items of the agenda shall constitute one single resolution.

A. The meeting resolved to transform the Corporation by converting its form from a société à responsabilité limitée into a société anonyme.

B. The meeting then resolved to approve the net asset value of sixty thousand and eight hundred Euro (EUR 60,800) of the Corporation as determined by the board of directors.

In accordance with articles 31-1, 32-1 and 26-1 (1) of the law of 10th August, 1915 on commercial companies (the «Law») such change of form has been supervised by Pricewaterhouse, independent auditor (Réviseur d'Entreprises), and its report concludes as follows:

Conclusion:

Based on the work performed as described in section 5 of this report, nothing has come to our attention that causes us to believe that the net asset value of KEY (LUXEMBOURG), S.à r.l. amounting to EUR 60,800 is not at least equal to the number and par value of its shares.

Signed: Laurent Marx.

C. The meeting heard the report of the board of directors relating to the authorised share capital pursuant to article 32-3(5) of the Law. Thereupon the meeting resolved to restate and increase the share capital of the Corporation from EUR 60,800 to one million EUR 1,000,000 by the issue of two hundred and seventy-two thousand (272,000) Preference Shares (as defined hereafter) of a par value of one Euro and twenty-five Cents (EUR 1.25) each and four hundred and seventy-nine thousand three hundred and sixty (479,360) Ordinary Shares (as defined hereafter) of a par value of one Euro and twenty-five Cents (EUR 1.25) each against the cash contribution of EUR 9,939,200, out of which EUR 9,000,000 shall be allocated to a share premium account it being specifically stated that EUR 11.25 is allocated to each newly subscribed share and EUR 547,200 shall be allocated together to the existing ordinary share so that each share is deemed to have a subscription price of EUR 12.50 the newly issued shares were subscribed by ROWAN NOMINEES LIMITED, a Company incorporated and existing under the laws of England 2 Weeks, with registered office at 1 Canada Square London E14 5 AL and subsequent amendment of Article 5 of the Articles of Incorporation of the Corporation.

Proof of the transfer of the contribution to the Corporation was given to the undersigned notary.

The 2,432 Shares of a par value of 25 Euro each which were subscribed by HG INCORPORATIONS LIMITED at the incorporation of the Corporation shall be redenominated in forty-eight thousand and six hundred and forty (48,640,) Ordinary Shares of a par value of one Euro and twenty-five Cents (1.25 EUR) each.

D. The meeting then resolved to amend and restate the articles of incorporation of the Corporation as set out hereafter, in order to adapt them to the new form of the Corporation and the restatement and increase of share capital referred to under C above, substantially in the form as set out in the proxy, the proxy holder being expressly authorised and empowered to make and agree to such changes and amendments as deemed appropriate

AMENDED AND RESTATED ARTICLES OF INCORPORATION

Art. 1. Form, name.

There is hereby established a corporation in the form of a société anonyme, under the name of KEY (LUXEMBOURG) S.A. (the «Corporation»). The Corporation is governed by these present Articles of Incorporation and by applicable Luxembourg law, in particular the applicable provisions of the law of 10th August, 1915 on commercial companies, as amended (the «Law»).

Art. 2. Duration.

The Corporation is established for an undetermined duration. The Corporation may be dissolved at any time by a resolution of the shareholders adopted in the manner required for amendment of these Articles of Incorporation as prescribed in Article 22 hereof.

Art. 3. Objects.

3.1 The objects of the Corporation are the holding of participations, in any form whatsoever, in Luxembourg companies and foreign companies, the acquisition by purchase, subscription, or in any other manner of stock, bonds, debentures, notes and other securities of any kind as well as of partnership interests, and the ownership, administration, development and management of its portfolio.

3.2 The Corporation may participate in the establishment and development of any industrial or commercial enterprises and may render every assistance whether by way of loans, guarantees, or otherwise to enterprises (or for their benefit) in which the Corporation has an interest directly or indirectly or which forms part of the group of companies to which the Corporation belongs.

3.3 The Corporation may borrow in any form and proceed to the issue of bonds and debentures and of any other instruments, including convertible bonds.

3.4 In a general fashion it may take any controlling and supervisory measures and carry out any operation which it may deem useful in the accomplishment and development of its purposes however without taking advantage of the law of 31st July, 1929 on holding companies.

Art. 4. Registered office.

4.1 The registered office of the Corporation is established in Luxembourg City. Branches or other offices may be established either in Luxembourg or abroad by resolution of the board of directors.

4.2 In the event that the board of directors determines that extraordinary, political, economic, or social developments have occurred or are imminent that would interfere with the normal activities of the Corporation at its registered office, or with the ease of communication between such office and persons abroad, the registered office may be temporarily transferred abroad until the complete cessation of these abnormal circumstances; such temporary measures shall have no effect on the nationality of the Corporation which, notwithstanding the temporary transfer of its registered office, will remain a Luxembourg corporation.

Art. 5. Capital - Shares and share certificates.

5.1 The subscribed corporate capital is set at one million Euro (EUR 1,000,000) divided into five hundred and twenty-eight thousand (528,000) ordinary shares of a par value of one Euro and twenty-five Cents (EUR 1.25) each and two hundred and seventy-two thousand (272,000) preference shares of a par value of one Euro twenty five Cents (EUR 1.25) each, (such ordinary shares being the «Ordinary Shares», such preference shares being the «Preference Shares», each of any of them being a «Share» and, all together, the «Shares»).

5.2 The authorised corporate capital is set at one million one hundred and twenty-one thousand three hundred and forty Euro (EUR 1,125,340) comprising six hundred and twenty-eight thousand two hundred and seventy-two (628,272) authorised Ordinary Shares (the «Authorised Ordinary Shares») with a par value of one Euro and twenty-five Cents (EUR 1.25) each and two hundred and seventy-two thousand (272,000) authorised Preference Shares with a par value of one Euro and twenty-five Cents each (EUR 1.25) each out of which 28,272 authorised Ordinary Shares shall be exclusively reserved to the conversion of any warrants issued by the Corporation («Warrants»).

5.3 Transfers of Shares shall be subject to any provisions of these Articles of Incorporation and further to any provisions of any agreement among shareholders in relation to the Corporation, if any, and to which the Corporation is a party (each such agreement, if any, referred to herein as a «Shareholders' Agreement»). The shareholders agree to abide by any such Shareholders' Agreement and in particular to exercise their voting rights to grant any relevant consent if a proposed transfer does not conflict with any legal provision or these Articles of Incorporation.

5.4 The Shares will be and shall remain in the form of registered Shares. The Corporation shall, upon request of a shareholder, issue registered share certificates in any denomination. Title to the Shares will be established by an inscription to be inserted in the share register to be held at the registered office of the Corporation.

5.5 The Shares are indivisible with regard to the Corporation, which shall admit only one owner for each of them.

Art. 6. Increase of capital.

6.1 The capital of the Corporation may be increased or reduced by a resolution of the shareholders adopted in the manner required for amendment of these Articles of Incorporation, as prescribed in Article 22 hereafter.

6.2 Furthermore the board of directors of the Corporation is authorised and instructed to issue future Shares up to the total authorised capital in whole or in part from time to time as it in its discretion may determine, within a period expiring on the 16th December 2007 by deciding the issuance of Shares representing such whole or partial increase and accepting subscriptions for each such Shares from time to time. The board of directors is further authorised and instructed to determine the conditions of any such subscription. The shareholders specifically authorise the board of directors to restrict or waive the rights for preferential subscription regardless of the class of Shares, each time the board of directors shall issue future Shares under the authorisation given in the preceding paragraph.

6.3 In addition the board of directors of the Corporation is authorised to issue at any time and at its discretion warrants. The shareholders will not have a preferential subscription right in connection with such issue of warrants or in connection with the issue of Shares upon exercise of such warrants.

6.4 Each time the board of directors shall so act to render effective in whole or in part the increase of capital as authorised by the foregoing provisions, article 5 of the Articles of Incorporation shall be amended so as to reflect the result of such action and that the board of directors shall take or authorise any necessary steps for the purpose of obtaining execution and publication of such amendment in accordance with Luxembourg law.

Art. 7. Class Rights.

7.1 The rights and preferences of the Shares issued by the Corporation shall be the following:

(a) Ordinary Shares: the Ordinary Shares are Shares participating equally and without preference to any other Shares in the distributions of the Corporation after payment of any preferential entitlement of other classes of Shares;

(b) Preference Shares: the Preference Shares are voting Shares (redeemable under the circumstances referred to under 7.3 below) carrying a right to a cumulative preference dividend (after fulfilment of the legal reserve requirements) of 12% per annum on the nominal value paid on each Preference Share and on any accumulated and non-paid preference dividends which dividend shall accrue but not be payable until the earlier of a Realisation (as defined hereafter), winding up, liquidation or 21 December 2010.

Other dividends, if any, shall constitute an entitlement of the holders of Ordinary Shares only.

7.2 On a winding-up or dissolution of the Corporation any surplus of assets available for distribution to shareholders shall be distributed to the shareholders in the order as follows:

(a) in paying to the holders of Preference Shares any arrears of accrued preference dividend;

(b) in paying to the holders of Preference Shares an amount equal to the subscription price (including any share premium) paid in respect of each Share;

(c) in paying to the holders of Ordinary Shares an amount equal to the subscription price (including any share premium) paid in respect of each such Share; and

(d) any remaining balance shall be distributed equally between the holders of Ordinary Shares.

7.3 On a Realisation (being a sale of all the Shares in the capital of the Corporation or a sale of all or substantially all of its assets or a listing of all or any class of Shares on a recognised stock exchange) subject to, and to the extent permitted by the provisions of Luxembourg Law, the Preference Shares shall be redeemed by the Corporation for an amount equal to the subscription price paid in respect of each share and an amount equal to any arrears of accrued preference dividends. If not all the Preference Shares can be redeemed then the number of Shares of each Preference Shareholder to be redeemed shall be proportionate to their aggregate holding.

7.4 Notwithstanding anything else in these Articles of Incorporation, the payment, making or declaration of dividends or other distributions on any class of Shares, or distribution or conversion of the share premium account and the redemption or purchase by the Corporation of any class of Shares, shall not be made to the extent prohibited by Luxembourg law or under the terms of any contractual obligation which the Corporation has entered or will enter into. If the Preference Dividend or a redemption of all or part of the Shares or any part thereof is not paid on the date specified for payment by these Articles of Incorporation by reason only of the provisions of Luxembourg law or of such contractual obligation, such dividends or such amount for redemption shall nevertheless continue to accumulate at the rate set forth above and shall be paid as soon as, and to the extent that, they may be paid in accordance with the provisions of Luxembourg law and any such contractual obligation.

Art. 8. Pre-emption and Transfer.

8.1 Except as set out below, no Shares shall be transferred unless and until the rights of pre-emption conferred by this Article 8 have been exhausted or waived by the relevant shareholders. A shareholder holding Ordinary Shares and Preference Shares may transfer them together only as may be provided in any Shareholders' Agreement, if any.

8.2 Any shareholder who intends to transfer any Shares of the Corporation, (the «Vendor») shall give to the Corporation notice in writing (the «Transfer Notice»), offering for sale the number of Shares that the Vendor wishes to sell and where the Vendor is a holder of Ordinary Shares and Preference Shares, it shall offer for sale a proportionate number of Preference Shares and Ordinary Shares of its aggregate holding (the «Sale Shares»), and stating the price (the «Sale Price») at which it is prepared to sell the Sale Shares.

8.3 Within five Business Days of service of the Transfer Notice or of a decision by the board of directors to issue any Shares (the «Relevant Date») the Corporation shall invite each shareholder at the Relevant Date (other than the Vendor) to offer or to purchase, or subscribe, as the case may be, their Proportionate Entitlement (as defined below) of the Sale Shares at the Sale Price. Each such invitation shall be made in writing and shall specify the proportion of the Sale Shares each such shareholder may offer to purchase. Each such shareholder may offer to purchase, all or part of the proportion of the Sale Shares which is as nearly as practicable equal to the proportion that the number of the existing issued Shares held by it at the Relevant Date bears to the entire issued Shares (the «Proportionate Entitlement»). Every invitation under this Article 8.3 shall be accompanied by a form of application for use by such shareholder to indicate whether he wishes to offer to purchase:

(a) all or part of his Proportionate Entitlement; and

(b) any proportion of the Sale Shares in excess of his Proportionate Entitlement (the «Excess Entitlement»).

8.4 Each shareholder may respond to such invitation within 21 days from the date of its service. At the expiration of such 21 days, the Sale Shares shall, if offers have been received from the Existing Shareholders for 100 per cent (or more) of the Sale Shares, be allocated in the following manner:

(a) each shareholder who has offered to purchase his Proportionate Entitlement under the provisions of Article 8.3 shall have it allocated to him;

(b) if any part of the Sale Shares then remains unallocated it shall then be allocated to satisfy the Excess Entitlements and if there are insufficient Sale Shares to satisfy the Excess Entitlements in full it shall be allocated (as nearly as possible) in the proportion that the Shares of the shareholders applying for Excess Entitlements bear to each other.

8.5 Within seven days of the expiry of the 21 day period in which offers from purchasing shareholders are made in accordance with Article 8.3, the Corporation shall notify the Vendor and all other shareholders in writing as to whether or not offers for the purchase of the entire Sale Shares have been received under this Article 8 and accordingly allocated. If the entire Sale Shares shall have been so allocated, the notification shall give the details of the offers which have been made and of the allocations made as between purchasing shareholders under this Article 8. If any purchasing shareholder, within a reasonable time from the date of any such allocation, shall default in making payment for the Sale Shares, it has agreed to purchase then such Sale Shares as shall be reallocated to satisfy any outstanding Excess Entitlements or, if there are no such Excess Entitlements, the Vendor shall be entitled to dispose of the entire Sale Shares.

8.6 If offers have been received for the entire Sale Shares and if they have been allocated under this Article 8, the Vendor shall be bound, upon payment of the applicable proportion of the Sale Price to accept such offers and transfer the Sale Shares in the proportions allocated pursuant to this Article to each relevant purchasing shareholder. If, after becoming so bound, the Vendor defaults in transferring the Sale Shares within a reasonable time, the Corporation is hereby irrevocably authorised to receive the purchase money and the Vendor shall be deemed to have irrevocably appointed the Corporation as his agent to execute a transfer of the Sale Shares to the purchasing shareholders and, upon execution of such transfer, the Corporation shall hold the purchase money as agent for the Vendor and the receipt of the Corporation for the purchase money shall be a good discharge to each purchasing shareholder.

8.7 If Shares are being offered by a Vendor who is a director appointed prior to 31st December 2003 («Manager») and is a Good Leaver (as defined hereafter) and they are not all allocated under this Article 8, then the Corporation and/or another member of the Group shall, if permitted by and in accordance with the relevant laws of its jurisdictions (and to the extent permitted by any agreement the Corporation has entered into) purchase all of the Sale Shares or the

balance of Shares which are unsold or which is so permitted at the Sale Price. For the purposes of this Article, «Good Leaver» means any person who ceases to be an employee and director of the group of companies to which the Corporation belongs the («Group») by reason of death, permanent incapacity or retirement at or after the retirement age disposal of the business in which he is employed, termination/or non-prolongation of the employment contract) by a Manager for good cause or any Manager who is determined by the board of directors to be a «good leaver».

8.8 The following are the exceptions to the pre-emption rights set out in Article 8.2:

(a) any transfer of Shares by a shareholder to any person with the prior consent in writing of the holders of 51% or more of the Preference Shares;

(b) any transfer of Shares by a shareholder to any of the Affiliates of that shareholder. As used in these Articles «Affiliate» shall mean, with respect to any person, any other person that, directly or indirectly through one or more intermediaries, controls, or is controlled by, or is under common control with, such person; any pooled investment vehicle organised by that person (or an Affiliate thereof) the investments of which are directed by that person; or any partner, officer, employee (or Affiliate thereof); and any investment fund organised by that person for the benefit of its partners, officers or employees or their dependants or an Affiliate of such a person or any successor trustee or nominee for, or a successor by reorganisation of, a qualified trust;

(c) any transfer of Shares by a holder of any Shares which is an investment fund being any person, company, trust, limited partnership or fund holding shares for investment purposes and not being a manager or by its trustee, custodian or nominee or by an entity wholly or substantially wholly owned by an investment fund (an «Investment Holding Company») or by an entity co-investing alongside such investment fund (an «Investing Entity»):

(i) to any trustee, nominee or custodian for such fund and vice versa;

(ii) to any unit holder, shareholder, partner, participant, manager or adviser (or an employee of such manager or adviser) in any such fund;

(iii) to any other investment fund, or its trustee, nominee or custodian, managed or advised by the same manager or adviser as any such fund;

(iv) to any Co-Investing Entity or its trustee, nominee or custodian thereof; or

(v) to any Investment Holding Company or any trustee, nominee or custodian thereof;

(d) any transfer of Shares to a trustee, nominee, custodian or to a member of the same group of any of the persons referred to in sub-paragraphs (i), (ii) or (iii) of paragraph (c) above;

(e) a transfer made pursuant to and in accordance with Articles 8.14 to 8.22 (inclusive) of the Articles of Incorporation;

(f) a transfer of any Shares or any beneficial interest by a shareholder (being an individual) to his or her spouse or adult children or the trustee or trustees of a family trust set up wholly for the benefit of the transferor, his or her spouse or children;

(g) any transfer of Shares by a shareholder (being a nominee) to any person on whose behalf such nominee holds such Shares or who is beneficially entitled to such Shares;

(h) any transfer of Shares by a shareholder to a body corporate which is controlled directly by such shareholder; or

(i) a transfer prior to 19 June 2003 of up to fifty per cent of the Ordinary Shares held by the Investors on the date hereof as part of a syndication to one other institutional investor.

8.9 Any person to whom a transfer may be made under Article 8.8 above shall be a «Permitted Transferee». If and whenever any person holding Shares is a Permitted Transferee by virtue of the relationship between that Permitted Transferee and the relevant transferor, if that Permitted Transferee at any time ceased to qualify as a Permitted Transferee, such Permitted Transferee shall be bound to and shall forthwith offer to transfer the Shares to the person from whom the Permitted Transferee acquired such Shares.

8.10 Save as provided in Articles 5 and 6 above and pursuant to Article 8.11 and subject to relevant consents imposed by applicable law or these Articles or any Shareholders' Agreement being obtained, no resolution of the board of directors or of the meeting of shareholders shall be passed to increase or cause the increase of the issued capital or issue loan notes or any other securities (including any issue of free Shares) unless each person who then holds Shares («Existing Shareholders») shall have the right to subscribe on equivalent terms for a proportion of the relevant Shares and/or loan notes or other securities (as the case may be) («new securities») which is as nearly as practicable equal to the proportion which the value of the Shares (or value credited as so paid, including any premium paid at the date of issue of the Shares) then held by the Existing Shareholder bears to the aggregate paid-up value of the Shares then in issue. Such right of subscription shall be exercisable for a period of not less than 30 days.

8.11 Each Shareholder agrees that the subscription rights of all of the Existing Shareholders pursuant to Article 8.10 shall so far as lawfully possible be deemed to be waived and, otherwise, each shareholder shall procure such waiver for an issue of new securities to any person(s), provided that:

(a) the holders of 51% or more of the Preference Shares authorise(s) such waiver;

(b) such waiver shall only be given pursuant to an extraordinary shareholders' meeting complying with the quorum and majority requirements laid down in Article 23 of these Articles of Incorporation and if the holders of the Shares then in issue either:

(i) reasonably consider that the Corporation's need for capital is such that the delay involved in making a subscription offer to the Existing Shareholders would cause an event of default under any agreement between the Corporation or any of its subsidiaries and a third party bank or would otherwise be materially prejudicial to the Corporation and its subsidiaries as a whole; or

(ii) resolve that the new securities are, or are to be, wholly paid up otherwise than by cash in connection with an acquisition of any business or assets and the person acquiring such new securities is not affiliated in any way with the holders of Preference Shares; and

(c) any resulting dilution applies equally to all Existing Shareholders.

8.12. In the event that the subscription rights of Existing Shareholders are waived under Article 8.11 above, the shareholders will take reasonable steps to procure that a subsequent offer of new securities is made to Existing Shareholders as soon as reasonably practicable thereafter with a view to giving them the right to subscribe for the number of new securities equal to that which each Existing Shareholder would have been entitled to subscribe had such subscription rights not been waived.

8.13 In the event that any Shares are offered for sale upon realisation of a share pledge by public auction the vendor proposing to sell the Shares shall first offer the Shares to all Existing Shareholders in accordance with Article 8 and the Vendor shall be deemed to have served a Transfer Notice in respect thereof.

8.14 If at any time shareholders holding not less than 51% of the Ordinary Shares of the Corporation (the «Selling Investors») wish to transfer all (but not some only) of their Shares to any bona fide transferee other than Permitted Transferees (the «Proposed Transferee»), the Corporation may, as irrevocably appointed agent for the Selling Investors require by notice in writing to all (but not some only) of the other Shareholders (for purposes of this Article 8.15, the «Drag-Along Right») the Sale by such Shareholders to the Proposed Transferee of all (but not some only) of the Shares then held by such other shareholders at the price offered by the Proposed Transferee being the same price per Share (in relation to each class of Share) as is offered to the Selling Investors. Each other Shareholder agrees to take all steps necessary to enable him to comply with the provisions of this Article 8.14 and to facilitate the exercise of a Drag-Along Right.

8.15 To exercise a drag-along right, the Corporation as agent for the Selling Investors shall give each other Shareholder a written notice (for purposes of this Article 8.15, a «Drag-Along Notice») containing (i) the name and address of the Proposed Transferee and (ii) the price(s) per share offered, the terms of payment and other material terms and conditions of the Proposed Transferee's offer. Each other shareholder (each a «Transferring Member») shall thereafter be obliged to sell its Shares on such terms and conditions as are contained in the Drag-Along Notice, provided that the Sale to the Proposed Transferee by each of the Selling Investors is completed within 90 days after delivery of the Drag-Along Notice.

8.16 If the sale is not completed within such 90-day period due to the act or omission of the Proposed Transferee or the Selling Investors, then each Shareholder to whom a Drag-Along Notice has been given shall no longer be so obliged.

8.17 No transfer of any Shares shall be made by a shareholder («Proposed Transferor») (other than as a part of a syndication envisaged by any Shareholders' Agreement) if it would result in any person (the «Acquirer») alone or with a group or persons acting in concert with the Acquirer (other than the holders of Preference Shares and their Affiliates (each as defined hereafter)) holding 30 per cent or more of the Ordinary Shares in issue unless the Acquirer shall have made an offer which shall be open for acceptance for no less than 21 days to all shareholders and to the holders of any Warrants to acquire all their Shares or their Warrants (as applicable) on terms and conditions no less favourable than those agreed between the Acquirer and the Proposed Transferor and, in the case of Shares, at a price per Share (the «Offer Price») equal to the higher of (i) the price at which such transfer is to be made or (ii) the highest price the Acquirer (or persons acting in concert with it) has paid for any Shares in the 12 months prior to the date such transfer would otherwise have been made and, in the case of the Warrants, the price for each Warrant shall be equal to the Offer Price, multiplied by the number of Shares which would be issued upon a full exercise of such Warrants, less an amount equal to the aggregate subscription price payable upon such exercise. For the purposes of this Article «acting in concert» shall have the meaning in para 2 subsection 5 German Takeover Act (WpÜG).

8.18 If at any time (other than as part of the syndication envisaged by any Shareholders' Agreement or to Permitted Transferees) one of more Shareholders intends to transfer (by one or more related transactions) more than 5% of the aggregate nominal value of the Shares then in issue or intends to transfer any number of Shares once he has disposed of 5% by way of separate sales (in each case, the «Tag-Along Shares») (which, for the avoidance of doubt, shall include by way of a public offering of the Tag-Along Shares whether underwritten or not), such holder of the Tag-Along Shares (the «Selling Shareholder») shall notify the other shareholders and holders of the Warrants in writing of such proposed transfer and of its terms and conditions (including the price at which the Selling Shareholder proposes to transfer the Tag-Along Shares). Within 20 business days of the date of such notice, each shareholder and holder of Warrants may notify the Selling Shareholders if it elects to transfer any of the same class of Shares or Warrants held by it (as appropriate) in place of the Selling Shareholders (and any Shareholder so notifying being a «Tag-Along Shareholder» and any holder of Warrants so notifying being a «Tag-Along Warrantholder»).

8.19 Any shareholder that fails to notify the Selling Shareholder within such 20 business days period shall be deemed to have waived its rights under this Article in respect of such transfer.

8.20 Each Tag-Along Shareholder may sell (in place of the Selling Shareholder), at the same price and on the same terms and conditions as those applicable to the Selling Shareholder, that proportion of the relevant class of its Shares which equals the proportion which the number of Shares of the Selling Shareholder represents of the aggregate holding of Shares of the Selling Shareholder and the Tag-Along Shareholder prior to such disposal and the Selling Shareholder shall procure that such Sale shall be effected together with, in place of the Selling Shareholder such number (if any) which shall mean that it has disposed in aggregate of the same proportion of Shares as the Selling Shareholder has on an aggregate basis at any time in the past (Catch up).

8.21 Each Tag-Along Warrantholder may sell (in place of the Selling Shareholder), on no less favourable terms and conditions than those applicable to the Selling Shareholder, that proportion of its Warrants which equals the proportion which the number of Shares being sold by the Selling Shareholder represents of the aggregate holding of Shares of the Selling Shareholder prior to such disposal, save that the consideration for each Warrant shall be equal to the price applicable to each Share being sold by the Selling Shareholder (or, if greater, the highest price per Share received by the

Selling Shareholder in the previous 12 months), multiplied by the number of Shares which would be issued upon a full exercise of such Warrant, less an amount equal to the aggregate subscription price payable upon such exercise, and the Selling Shareholder shall procure that such Sale shall be effected together with, in place of the Selling Shareholder, such number of Warrants (if any) which shall mean that each Tag-Along Warrantholder has disposed in aggregate of the same proportion of Warrants as the Selling Shareholder has disposed of Shares on an aggregate basis at any time in the past (Catch up).

8.22 If the transfers referred to in Articles 8.18 to 8.21 (inclusive) shall not occur within 60 days following the expiration of the time allowed for the election by the Tag-Along Shareholders and Tag-Along Warrantholder pursuant to this Article 8.22, the Shares held by the Tag-Along Shareholders and Tag-Along Warrantholder shall again become subject to all the restrictions and conditions set out in this Article 8.

Art. 9. Meetings of shareholders - General.

9.1 Any regularly constituted meeting of shareholders of the Corporation shall represent the entire body of shareholders of the Corporation. It shall have the broadest powers to order, carry out or ratify acts relating to the operations of the Corporation.

9.2 Meetings shall be called by the board of directors by serving a notice containing the agenda addressed by registered mail to the shareholders at least ten days prior to the meeting.

9.3 Each Share is entitled to one vote. A shareholder may act at any meeting of shareholders by appointing another person as his proxy in writing, by fax, cable, telegram or telex. The board of directors may determine all other conditions that must be fulfilled in order to take part in a shareholders' meeting.

9.4 Except as otherwise required by law, resolutions at a meeting of shareholders duly convened will be passed by a simple majority of the Shares outstanding.

9.5 If all of the shareholders are present or represented at a meeting of shareholders, and if they state that they have been informed of the agenda of the meeting, the meeting may be held without prior notice.

Art. 10. Annual general meeting of shareholders.

The annual general meeting of shareholders shall be convened to be held in Luxembourg at the registered office of the Corporation, or at such other place in Luxembourg as may be specified in the notice of meeting on the third Wednesday in April of each year, at 11.00 a.m. Luxembourg Time. If such day is a public holiday, the meeting will be held on the next following business day.

Art. 11. Voting Requirements.

Except in circumstances where a greater majority is otherwise required by law, resolutions will be taken by a majority vote of the aggregate number of votes attaching to all of the Shares whose holders are present or represented at the relevant General Meeting. Where a resolution of the General Meeting is needed as to change the respective rights of one or several classes of Shares, the resolution must, in order to be valid, fulfil the conditions as to attendance and majority laid down in the preceding sentence of this Article 11.

Art. 12. Directors.

12.1 The Corporation shall be managed by a board of directors composed of at least three directors who need not be shareholders of the Corporation.

12.2 The directors shall be elected by the shareholders at their annual meeting for a period of one year and shall hold office until their successors are elected. A director may be removed at any time with or without cause and replaced by resolution adopted by the shareholders.

12.3 In the event of a vacancy in the office of director because of death, retirement or otherwise, the remaining directors may elect, by majority vote, a director to fill such vacancy until the next meeting of shareholders.

Art. 13. Procedures of meeting of the board.

13.1 The board of directors shall choose from among its members a chairman, and may choose from among its members a vice-chairman. It may also choose a secretary, who need not be a director, who shall be responsible for keeping the minutes of the meeting of the board of directors and of the shareholders.

13.2 The board of directors shall meet at least four (4) times in any calendar year upon call by the chairman, or two directors, at the place indicated in the notice of meeting. A quorum of the board of directors shall be the presence of at least two directors in person, or by proxy or by telephone, to include 2 of the Directors appointed in accordance with any Shareholders' Agreement, if any.

13.3 The chairman shall preside at all meetings of shareholders and the board of directors, but in his absence the shareholders or the board of directors may appoint another director as chairman pro tempore by vote of the majority present at any such meeting.

13.4 Written notice of any meeting of the board of directors shall be given to all directors at least one week in advance of the hour set for such meeting, except in circumstances of emergency where the notice is down to 24 hours and in which case the nature of such circumstances shall be set forth in the notice of meetings. This notice may be waived by the consent in writing or by fax, cable, telegram or telex of each director. Separate notice shall not be required for individual meetings held at times and places prescribed in a schedule previously adopted by resolution of the board of directors.

13.5 Any director may act at any meeting of the board of directors by appointing in writing or by fax, cable, telegram or telex another director as his proxy.

13.6 A director may attend at and be considered as being present at a meeting of the board of directors by means of a telephone conference or other telecommunications equipment by operation of which all persons participating in the meeting can hear each other and speak to each other.

13.7 The board of directors can deliberate or act validly only if at least a majority of the directors is present or represented at a meeting of the board of directors. Decisions shall be taken by a majority of the votes of the directors present or represented at such meeting.

13.8 In the event that any director of the Corporation may have any personal interest in any transaction of the Corporation (other than that arising by virtue of serving as a director, officer or employee in the other contracting party), such director shall make known to the board of directors such personal interest and shall not consider, or vote on such transactions, and such director's interest therein shall be reported to the next succeeding meeting of shareholders.

13.9 Resolutions of the board of directors shall be validly taken if approved in writing by all the directors. Such approval may be in a single or in several separate documents having the same content and each of them signed by one or several directors.

Art. 14. Minutes of meetings of the board.

14.1 The minutes of any meeting of the board of directors shall be signed by the chairman or, in his absence, by the chairman pro tempore who presided at such meeting.

14.2 Copies or extracts of such minutes which may be produced in judicial proceedings or otherwise shall be signed by any director.

Art. 15. Powers of the directors.

15.1 The board of directors is vested with the broadest powers to perform all acts of administration and disposition in the Corporation's interests. All powers not expressly reserved by law or by the present articles to the general meeting of shareholders fall within the competence of the board of directors.

15.2 They may delegate their powers to conduct the daily management and affairs of the Corporation and the representation of the Corporation for such management and affairs, with prior consent of the general meeting of shareholders, to any member or members of the board of directors who may constitute committees deliberating under such terms as the board of directors shall determine. The directors may also confer all powers (including day to day management) and special mandates to any other person, appoint and dismiss all officers and employees and fix their emoluments.

15.3 Decisions of the board of directors will be taken by a majority consisting of the directors present or represented at such meeting, such majority to include a further majority of the Directors appointed pursuant to a Shareholders' Agreement, if any; present at the relevant meeting. Subject to the satisfaction of any relevant approval requirements by the members according to law, (if any), the following matters shall (subject always to the provisions of any Shareholders' Agreement) take place only with the specific prior approval of a duly carried resolution of the board of directors.

Art. 16. Delegation of powers.

The board of directors may confer delegate special powers or proxies, or entrust determined permanent or temporary functions to persons or agents chosen by it, subject to the limits as set out in Article 14.

Art. 17. Binding signatures.

The Corporation will be bound by the joint signature of any two directors of the Corporation or by the joint or single signature of any person or persons to whom such signatory power shall have been delegated by the board of directors.

Art. 18. Conflict of interests.

18.1 No contract or other transaction between the Corporation and any other corporation or firm shall be affected or invalidated by the fact that any one or more of the directors or officers of the Corporation is a manager, associate, officer or employee of such other corporation or firm. Any director or officer of the Corporation who serves as a manager, associate, officer or employee of any corporation or firm with which the Corporation shall contract or otherwise engage in business shall not, by reason of such affiliation with such other corporation or firm, be prevented from considering and voting or acting upon any matters with respect to such contract or other business.

18.2 In the event that any director or officer of the Corporation may have any personal interest in any transaction of the Corporation, he shall make known to the Board such personal interest and shall not consider or vote on any such transaction, and such transaction and such director's or officer's interest therein shall be reported to the next general meeting of Shareholders.

Art. 19. Statutory auditor.

19.1 The operations of the Corporation shall be supervised by a statutory auditor. Such statutory auditor need not be a shareholder and shall be elected by the annual general meeting of shareholders for a period ending at the date of the next annual general meeting of shareholders.

19.2 Any statutory auditor in office may be removed at any time by the shareholders with or without cause.

Art. 20. Accounting year.

20.1 The accounting year of the Corporation shall begin on the 1st January and shall terminate on the 31st December of each year. The board of directors shall prepare annual accounts in accordance with the requirements of Luxembourg law and accounting practice.

20.2 Each year, as of the 31st of December, the board of directors will draw up the balance sheet which will contain a record of the properties of the Corporation and the profit and loss account, and also an appendix according to the prescriptions of the law in force.

20.3 Each shareholder may inspect at the registered office, the balance sheet and the profit and loss account.

Art. 21. Appropriation of profits.

21.1 From the annual net profits of the Corporation, five per cent (5%) shall be allocated to the reserve required by Law. This allocation shall cease to be required as soon and as long as such surplus reserve amounts to ten per cent (10%) of the subscribed capital of the Corporation.

21.2 Subject to Article 7, the general meeting of shareholders, upon recommendation of the board of directors, shall determine how the remainder of the annual net profits shall be disposed of and may, without ever exceeding the amounts proposed by the directors, declare dividends from time to time.

21.3 The dividends declared may be paid in any currency selected by the board of directors and may be paid at such places and times as may be determined by the board of directors.

21.4 The board of directors may make a final determination of the rate of exchange applicable to translate dividend funds into the currency of their payment.

21.5 A dividend declared but not paid on a Share during five years cannot thereafter be claimed by the holder of such Share, shall be forfeited by the holder of such Share, and shall revert to the Corporation.

21.6 Other than as provided in Article 7, no interest will be paid on dividends declared and unclaimed which are held by the Corporation on behalf of holders of shares. Distributions shall be made in accordance with Article 7.2 of these Articles of Incorporation.

21.7 The board of directors may decide to pay interim dividends on the basis of statements of accounts prepared by the directors showing that sufficient funds are available for distribution, and otherwise in accordance with applicable law.

Art. 22. Dissolution and liquidation.

In the event of a dissolution of the Corporation, liquidation shall be carried out by one or several liquidators (who may be physical persons or legal entities) named by the meeting of shareholders effecting such dissolution and which shall determine their powers and their compensation.

Art. 23. Amendment of Articles.

These Articles of Incorporation may be amended from time to time by a meeting of shareholders, subject to the quorum and voting requirements provided by the laws of Luxembourg.

Art. 24. Governing law.

All matters not governed by these Articles of Incorporation shall be determined in accordance with the Law.

E. The meeting resolved to confirm the appointment of:

i) Mr Robert Gray, company director, residing in Wild Wood, Broad Lane, Newdigate, Surrey RH5 AS, United Kingdom

ii) Mr Franz Scherer, company director, residing in Kamillen Weg 2, 5058 Cologne, Germany

(iii) Mr Trevor Bayley, company director, residing at Chelston, Mill Lane, Hurley, Berkshire SL6 5ND, United Kingdom;

(iv) Mr Martin Block, company director, residing at 3 Merrington Close, Solihull B91 3XF, United Kingdom;

(v) Karsten Hartmann, company director, residing at Lintrun Strasse Flat 2 80335 Munich, Germany

as members of the board of directors for a term which shall come to an end at the next annual general meeting of shareholders.

F. In relation thereto the meeting resolved to authorise the board of directors to delegate the day to day management of the Corporation to anyone of the three board members referred under (E) above, individually or jointly, with power to represent the Corporation in such day to day management and to bind by Corporation in such day to day management their signature.

G. The meeting resolved to appoint PricewaterhouseCoopers as auditor of the Corporation.

There being no other item on the agenda, the meeting was closed.

The costs, expenses, remuneration or changes in any form whatsoever which shall be borne by the Corporation as a result of its transformation into a société anonyme are estimated at one hundred and four thousand euros.

The undersigned notary, who understands and speaks English, herewith states that of the request of the parties hereto, these minutes are drafted in English followed by a French translation; at the request of the same appearing person in case of divergences between the English and French version, the English version will be prevailing.

Done in Luxembourg on the day beforementioned.

After reading these minutes the members of the Bureau signed together with the notary the present deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an deux mille deux, le seizième jour du mois de décembre.

Par-devant Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg.

S'est tenue l'assemblée générale extraordinaire des associés de KEY (LUXEMBOURG), S.à r.l. (la «Société»), une société à responsabilité limitée ayant son siège social au 398, route d'Esch, L-1471 Luxembourg, constituée suivant acte reçu par Maître Joseph Elvinger, notaire de résidence à Luxembourg, en date du 13 novembre 2002 non encore publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations.

L'assemblée est présidée par Madame Annick Dennewald, maître en droit, demeurant à Luxembourg.

L'assemblée a nommé comme secrétaire Monsieur Patrick Van Hees, maître en droit, demeurant à Luxembourg.

L'assemblée a nommé comme scrutateur Monsieur Bertrand Reimmel, maître en droit, demeurant à Luxembourg.

Le Président déclare et prie de notaire d'acter que:

1. Les associés représentés ainsi que le nombre de parts sociales qu'ils détiennent est renseigné sur une liste de présence signée par les mandataires, le Président, le Secrétaire, le Scrutateur et le notaire instrumentant. Cette liste de présence sera annexée au présent acte pour être soumise avec lui aux formalités de l'enregistrement.

Il résulte de ladite liste de présence que toutes les deux mille quatre cent trente-deux (2.432) parts sociales émises de la Société sont représentées à la présente assemblée générale de sorte que l'assemblée est valablement constituée et peut valablement délibérer et décider sur tous les points portés à l'ordre du jour.

2. Que l'ordre du jour de l'assemblée est le suivant, étant entendu que tous les points portés sur l'ordre du jour sont corrélatifs et formeront une résolution unique:

A. Transformer la Société par une conversion de sa forme sociale d'une société à responsabilité limitée en une société anonyme.

B. Approuver la valeur d'actif net de la Société de 60.800 euro telle que déterminée par le conseil d'administration.

C. Procéder à une refonte des statuts et augmenter le capital social de la Société de 60.800 à un million d'euro par l'émission de deux cent soixante-douze mille (272.000) Actions Préférentielles (telles que définies ci-après) d'une valeur nominale d'un euro et vingt-cinq cent (EUR 1,25) chacune et quatre cent soixante-dix-neuf mille trois cent soixante (479.360) Actions Ordinaires (telles que définies ci-après) d'une valeur nominale d'un euro et vingt-cinq cent (EUR 1,25) chacune et la redénomination des 2.432 actions d'une valeur nominale de vingt-cinq euro 25,- chacune souscrites par HG INCORPORATIONS LIMITED lors de la constitution de la Société en 48.640 Actions Ordinaires d'une valeur nominale d'un euro et vingt-cinq cent (EUR 1,25) chacune.

D. Modifier et procéder à une refonte des statuts de la Société, afin des les adapter à la nouvelle forme sociale étant une société anonyme et afin de refléter l'augmentation du capital social telle que mentionnée sous C ci-avant et comme mentionnée dans la procuration, le mandataire étant expressément autorisé et mandaté de faire et d'accepter tels changements et amendements qu'il estime nécessaire.

E. Confirmer la nomination de M. Robert Gray, M. Trevor Bayley, M. Martin Block, M. Karsten Hartmann et M. Franz Scherer en tant que membres du conseil d'administration.

F. Autoriser le conseil d'administration de déléguer la gestion journalière de la Société, à chacun des cinq membres mentionnés sous (E) ci-dessus, individuellement ou conjointement avec pouvoir de représenter la Société dans la gestion journalière et d'engager la Société lors de la gestion journalière avec leur signature.

G. Nomination de PricewaterhouseCoopers en tant que commissaire aux comptes de la Société.

Après délibération l'assemblée a adopté à l'unanimité la résolution unique suivante:

Résolution unique

L'assemblée a décidé que tous les points portés à l'ordre du jour constitueront une résolution unique.

A. L'assemblée a décidé de transformer la Société par conversion de sa forme sociale de société à responsabilité limitée en société anonyme.

B. L'assemblée a ensuite décidé d'approuver la valeur d'actif net de soixante mille huit cents euro (EUR 60.800,-) de la Société telle que déterminée par le conseil d'administration.

Conformément aux articles 31-1, 32-1 et 26-1 (1) de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales (la «Loi») ce changement de forme sociale a été contrôlé par PricewaterhouseCoopers, Réviseur d'Entreprise, et son rapport traduit librement en français conclut ce qui suit:

Conclusion:

«Sur base du travail effectué tel que décrit à la section 5 du présent rapport, rien n'est venu à notre attention de nature à nous porter à croire que la valeur nette de KEY (LUXEMBOURG), S.à r.l. s'élevant à EUR 60.800 n'est pas au moins égale au nombre et à la valeur nominale de ses actions.»

Signé: Laurent Marx.

C. L'assemblée a entendu le rapport du conseil d'administration relatif au capital autorisé conformément à l'article 32-3 (5) de la Loi. Sur ce l'assemblée a décidé de procéder à une refonte et à une augmentation du capital social de la Société de 60.800 euro à un million euro (EUR 1.000.000,-) par l'émission de deux cent soixante-douze mille (272.000) d'Actions Préférentielles (telles que définies ci-après) d'une valeur nominale d'un euro et vingt-cinq cent (EUR 1,25) chacune et quatre cent soixante-dix-neuf mille trois cent soixante (479.360) Actions Ordinaires (telles que définies ci-après) d'une valeur nominale d'un euro et vingt-cinq cent (EUR 1,25) chacune contre l'apport en espèces de EUR 9.939.200,- (neuf millions neuf cent trente-neuf mille euros), dont EUR 9.000.000,- (neuf millions d'euros) seront alloués à un compte de prime d'émission, étant spécialement convenu que EUR 11.225 seront alloués à chaque action nouvellement souscrite et EUR 547.200 seront alloués ensemble aux actions ordinaires existantes de façon à ce que chaque action est censée avoir un prix de souscription de EUR 12,50; les actions nouvellement créés ont été souscrites par ROWAN NOMINEES LIMITED, une société de droit anglo-saxon, ayant son siège à 1 Canada Square, Londres E14 5AL et la modification subséquente de l'article 5 des statuts de la Société.

Preuve du transfert de l'apport à la Société a été donnée au notaire instrumentant.

Les 2.432 Actions d'une valeur nominale de 25 euro chacune qui ont été souscrites par HG INCORPORATIONS LIMITED lors de la constitution de la Société seront redénommées en quarante-huit mille six cent quarante (48.640) Actions Ordinaires d'une valeur nominale d'un euro et vingt-cinq cent (EUR 1,25) chacune.

D. L'assemblée a ensuite décidé de modifier et de procéder à la refonte des statuts de la Société tel que mentionnés ci-après, de façon à les adapter à la nouvelle forme sociale de la Société et l'augmentation du capital social mentionnée sous C ci-dessus et comme mentionnée sur les procurations, les mandataires étant expressément autorisé et mandatés de faire et d'accepter tels changements et amendements qu'il estime nécessaire.

MODIFICATION ET REFONTE DES STATUTS

Art. 1^{er}. Forme, dénomination.

Il existe une société sous la forme d'une société anonyme, sous la dénomination de KEY (LUXEMBOURG) S.A. (la «Société»). La Société est régie par les présents Statuts ainsi que par le droit luxembourgeois applicable, plus précisé-

ment par les dispositions applicables de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales, telle que modifiée (la «Loi»).

Art. 2. Durée.

La Société est constituée pour une durée indéterminée. La Société peut être dissoute à tout moment par une décision des actionnaires délibérant dans les conditions requises pour une modification de ces Statuts telles que prévues à l'Article 22.

Art. 3. Objet.

3.1 La Société a pour objet la prise de participations sous quelque forme que ce soit, dans des sociétés luxembourgeoises et étrangères, l'acquisition par achat, souscription ou de toute autre manière d'actions, d'obligations, de titres d'emprunt et d'autres valeurs de toutes espèces, ainsi que des participations dans des sociétés de personnes et la propriété, l'administration, le développement et la gestion de son portefeuille.

3.2 La Société peut participer à l'établissement et au développement de toutes entreprises industrielles ou commerciales et prêter assistance soit par voie de prêts, de garanties ou de toute autre manière à des entreprises (ou à leur profit) dans lesquelles la Société a un intérêt direct ou indirect ou qui font partie du groupe de sociétés auquel la Société appartient.

3.3 La Société pourra emprunter sous quelque forme que ce soit et émettre des obligations et des certificats d'emprunt ainsi que tout autre instrument, y compris des obligations convertibles.

3.4 D'une manière générale, elle pourra prendre toutes mesures de contrôle et de supervision et exécuter toutes opérations qu'elle estimera utiles dans l'accomplissement et le développement de son objet, néanmoins sans prendre avantage de la loi du 31 juillet 1929 sur les sociétés holding.

Art. 4. Siège social.

4.1 Le siège social de la Société est établi dans la ville de Luxembourg. Par décision du conseil d'administration la Société pourra créer, tant dans le Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger des filiales ou autres agences.

4.2 Au cas où le conseil d'administration déciderait que des événements extraordinaires d'ordre politique, économique ou social ont eu lieu ou sont imminents, qui viendraient compromettre l'activité normale de la Société au siège social, ou la communication aisée de ce siège avec l'étranger, le siège social pourra être transféré provisoirement à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales, sans que toutefois cette mesure temporaire puisse avoir d'effet sur la nationalité de la société, laquelle, nonobstant ce transfert temporaire de son siège social, restera une société luxembourgeoise.

Art. 5. Capital - Parts.

5.1 Le capital souscrit est fixé à un million Euro (EUR 1.000.000,-) représenté par cinq cent vingt-huit mille (528.000) actions ordinaires d'une valeur nominale d'un euro vingt-cinq cent (EUR 1,25) chacune et deux cent soixante-douze mille (272.000) actions préférentielles d'une valeur nominale d'un euro vingt-cinq cent (EUR 1,25) chacune, (ces actions ordinaires étant les «Actions Ordinaires», ces actions préférentielles étant les «Actions Préférentielles», chacune étant une «Action» et, toutes ensemble les «Actions»).

5.2 Le capital social autorisé est fixé à un million cent vingt-cinq mille trois cent quarante Euro (EUR 1.125.340) comprenant six cent vingt-huit mille deux cent soixante-douze (628.272) Actions Ordinaires autorisées (les «Actions Ordinaires Autorisées») d'une valeur nominale de un euro vingt-cinq cent (EUR 1,25) chacune et deux cent soixante douze mille (272.000) Actions Préférentielles Autorisées d'une valeur nominale de un euro vingt-cinq cent (EUR 1,25) chacune dont 28.272 Actions Ordinaires Autorisées seront exclusivement réservées à la conversion de tout bon de souscription émis par la Société («Warrants»).

5.3 Les transferts d'Actions sont soumis aux dispositions des présents Statuts ainsi qu'aux dispositions de toute convention entre actionnaires en relation avec la Société, s'il y en a, et dans laquelle la Société est partie (chaque convention s'il y en a, est désignée ci-après comme «Pacte d'Actionnaires»). Tous les actionnaires consentent à respecter tout Pacte d'Actionnaires et en particulier d'exercer leur droit de vote afin d'accorder tout consentement nécessaire si un transfert proposé n'entre pas en conflit avec une disposition légale ou avec ces Statuts.

5.4 Les Actions sont et resteront sous forme d'Actions nominatives. La Société devra, à la demande d'un actionnaire, émettre des certificats d'actions sous toute dénomination. La propriété des Actions s'établit une inscription dans le registre des actions qui sera tenu au siège social de la Société.

5.5 Les Actions sont indivisibles à l'égard de la Société, qui n'admettra qu'un propriétaire pour chacune d'elles.

Art. 6. Augmentation de capital.

6.1 Le capital de la Société peut être augmenté ou réduit par une décision des actionnaires adoptée dans les mêmes conditions que celles requises pour la modification des présents Statuts tel que prévu à l'Article 22 ci-après.

6.2 De plus, le conseil d'administration de la Société est autorisé et a instruction d'émettre de nouvelles Actions à concurrence du capital autorisé en une ou plusieurs fois et en temps qu'il appartiendra, pendant une période expirant au 16 décembre 2007, en décidant d'émettre des Actions représentant entièrement ou partiellement une telle augmentation et d'accepter les souscriptions pour ces Actions en temps qu'il appartiendra. Le conseil d'administration est en outre autorisé à déterminer les conditions de telles souscriptions. Les actionnaires autorisent expressément le conseil d'administration de restreindre ou de renoncer aux droits de souscription préférentiels peu importe la classe d'Actions chaque fois que le conseil d'administration émettra des Actions futures en vertu de l'autorisation donnée au précédent paragraphe.

6.3 Le conseil d'administration est en outre autorisé à émettre à tout moment et à sa seule discrétion des Warrants. Les actionnaires n'ont pas un droit préférentiel en relation avec de telles émissions de warrants ou en relation avec l'émission d'Actions suite à l'exercice de tels Warrants.

6.4 Chaque fois que le conseil d'administration agira ainsi afin de rendre effectif en entier ou en partie l'augmentation de capital telle qu'autorisée ci-avant, l'article 5 des Statuts sera modifié afin de refléter le résultat d'une telle opération et le conseil d'administration devra prendre ou autoriser toutes mesures nécessaires dans le but d'obtenir exécution et publication d'une telle modification, en conformité avec la loi luxembourgeoise.

Art. 7. Droits des Classes.

7.1 Les droits et préférences des Actions émises par la Société sont les suivants:

(a) Actions Ordinaires: les Actions Ordinaires sont des Actions participant à parts égales et sans préférence par rapport aux autres Actions aux distributions de la Société après paiement de tout autre droit préférentiel de toute autre classe d'Actions;

(b) Actions Préférentielles: les Actions Préférentielles sont des Actions avec droit de vote (rachetables dans les circonstances énumérées sous 7.3 ci-dessous) portant un droit à un dividende préférentiel cumulatif (après avoir rempli les exigences de la réserve légale) de 12% par an sur la valeur nominale payée sur chaque Action Préférentielle et sur tout dividende préférentiel cumulé et non payé lequel dividende sera accumulé mais non payé jusqu'à soit la Réalisation (tel que défini ci-après), dissolution, liquidation ou 21 décembre 2010.

Les autres dividendes, s'il y en a, seront dus aux seuls détenteurs d'Actions Ordinaires.

7.2 Lors d'une liquidation ou dissolution de la Société tous les excédents d'actifs disponibles seront distribués aux actionnaires dans l'ordre suivant:

(a) paiement aux détenteurs d'Actions Préférentielles de tous les arriérés de dividendes préférentiels échus;

(b) paiement aux détenteurs d'Actions Préférentielles d'un montant égal au prix de souscription (y inclus toute prime d'émission) payé en relation avec chaque action;

(c) paiement aux détenteurs d'Actions Ordinaires d'un montant égal au prix de souscription (y inclus toute prime d'émission) payé en relation avec chacune de ces Actions; et

(d) tout solde restant sera distribué à parts égales entre les détenteurs d'Actions Ordinaires.

7.3 Lors d'une Réalisation (qui est la vente de toutes les Actions du capital de la Société ou la vente de tous ou d'une partie substantielle des actifs de la Société ou la cotation de l'ensemble ou d'une classe d'Actions à une bourse reconnue) sujet à, et dans les limites autorisées par les dispositions du droit luxembourgeois, les Actions Préférentielles seront rachetées par la Société pour un montant égal au prix de souscription payé en relation avec chaque action et un montant égal aux arriérés de dividendes préférentiels accumulés. Si toutes les Actions Préférentielles ne peuvent être rachetées alors le nombre d'Actions de chaque Actionnaire Préférentiel à être remboursé sera proportionnel à leur participation totale.

7.4 Indépendamment de toute autre disposition des présents Statuts, le paiement, ou la déclaration de dividendes ou d'autres distributions en faveur d'une quelconque classe d'Actions, ou la distribution ou conversion du compte prime d'émission et le remboursement ou achat par la Société d'une quelconque classe d'Actions, ne pourra être opéré dans les limites interdites par le droit luxembourgeois ou par les conditions générales de toute obligation contractuelle dont la Société est partie ou sera partie. Si le Dividende Préférentiel ou un remboursement de tout ou partie des Actions ou d'une partie de celles-ci ne sont pas payés à la date mentionnée pour le paiement par ces Statuts pour des raisons tenant uniquement à des dispositions du droit luxembourgeois ou d'une telle obligation contractuelle, tels dividendes ou tels montants pour le remboursement continueront néanmoins à s'accumuler au taux déterminé ci-dessus et seront payés dès que, et dans la limite qu'ils peuvent être payé conformément aux dispositions du droit luxembourgeois et d'une telle obligation contractuelle.

Art. 8. Préemption, Transfert et Emission d'Actions.

8.1 Exception fait de ce qui est mentionné ci-dessous, les Actions ne pourront être transférées à moins que et tant que les droits de préemption accordés par cet article 8 n'aient été épuisés ou levés. Un actionnaire détenteur d'Actions Ordinaires et d'Actions Préférentielles peut seulement les transférer ensemble tel que prévu dans un Pacte d'Actionnaires, s'il y en a.

8.2 Tout actionnaire qui entend transférer des Actions de la Société, (le «Vendeur») devra en informer la Société par un avis écrit (l'«Avis de Transfert»), en précisant le nombre d'Actions en vente et si le Vendeur est détenteur d'Actions Ordinaires et d'Actions Préférentielles, il devra proposer à la vente un nombre proportionnel d'Actions Préférentielles et d'Actions Ordinaires de sa participation totale (les «Actions en Vente»), en énonçant le prix (le «Prix de Vente») auquel il consent à vendre les Actions en Vente.

8.3 Endéans cinq jours ouvrables de l'Avis de Transfert ou de la décision du conseil d'administration d'émettre des Actions (la «Date Pertinente») la Société devra inviter chaque actionnaire à la Date Pertinente (à l'exception du Vendeur) d'offrir, d'acheter, ou de souscrire, selon le cas, leur Droit Proportionnel (tel que défini ci-dessous) des Actions en Vente au Prix de Vente. Chacune de ces invitations sera faite par écrit et devra spécifier la proportion des Actions en Vente que chaque actionnaire pourra proposer d'acheter. Chacun de ces actionnaires pourra offrir d'acquiescer tout ou partie de la proportion des Actions en Vente qui est pratiquement égale à la proportion que le nombre des Actions existantes émises détenues par cet actionnaire à la Date Pertinente représente dans l'ensemble des Actions émises (le «Droit Proportionnel»). Chaque invitation sous cet article 8.3 sera accompagnée d'un formulaire destiné à ces actionnaires afin d'indiquer s'ils souhaitent proposer d'acheter:

(a) tout ou partie de son Droit Proportionnel; et

(b) toute proportion des Actions en Vente dépassant son Droit Proportionnel (le «Droit Excédentaire»).

8.4 Chaque actionnaire peut répondre à une telle invitation endéans 21 jours depuis la date d'émission. Une fois ces 21 jours expirés, les Actions en Vente pourront, si des offres ont été reçues par les Actionnaires Existants pour 100 pour cent (ou plus) des Actions en Vente, elles seront allouées de la façon suivante:

(a) chaque actionnaire qui a proposé d'acheter son Droit Proportionnel tel que prévu par les dispositions de l'article 8.3 verra ces actions lui être allouées;

(b) si une partie des Actions en Vente restait non allouée, elles seront alors allouées afin de satisfaire les Droits Excédentaires; elles seront allouées (dans la mesure du possible) dans la proportion que les Actions des actionnaires qui ont fait une demande de Droits Excédentaires ont les unes par rapport aux autres.

8.5. Endéans sept jours après expiration du délai de 21 jours pendant lequel des propositions d'actionnaires achetant sont faites conformément à l'article 8.3, la Société devra notifier au Vendeur et à tous les autres actionnaires par écrit si des propositions pour l'achat de l'entière des Actions en Vente ont été reçues sous cet article 8 ou pas et si elles ont été allouées. Si l'entière des Actions en Vente a ainsi été allouée, la notification devra contenir des détails quant aux propositions faites et quant aux allocations faites entre les actionnaires achetant sous cet article 8. Si un actionnaire qui a procédé à un achat, endéans un délai raisonnable depuis une telle allocation, fera défaut de paiement des Actions en Vente, qu'il a convenu d'acheter alors ces Actions en Vente seront réallouées afin de satisfaire tout Droit Excédentaire en suspens ou bien, s'il y a pas de Droit Excédentaire, le Vendeur sera en droit de disposer de l'entière des Actions en Vente.

8.6 Si des propositions ont été reçues pour l'entière des Actions en Vente et auront été allouées en application de cet article 8, le Vendeur sera tenu, à condition du paiement de la proportion applicable du Prix de Vente, d'accepter telles propositions et de transférer les Actions en Vente dans les proportions allouées conformément à cet article à chaque actionnaire achetant en question. Si, après avoir été ainsi tenu, le Vendeur refuse de transférer les Actions en Vente dans un délai raisonnable, la Société est par la présente irrévocablement autorisée de recevoir l'argent d'achat et le Vendeur sera censé avoir irrévocablement nommé la Société comme son agent afin d'exécuter le transfert des Actions en Vente aux actionnaires cessionnaires et, après exécution d'un tel transfert, la Société devra détenir l'agent d'achat comme agent pour le Vendeur et le fait pour la Société de recevoir le prix d'achat constituera décharge pour chacun des actionnaires cessionnaires.

8.7 Si des Actions sont offertes par un Vendeur qui est administrateur nommé avant le 31 décembre 2003 («Administrateur») et est un Good Leaver (tel que défini ci-après) et elles ne sont pas toutes allouées conformément à l'article 8, alors la Société et/ou un autre membre du Groupe devra, si c'est permis par et est en conformité avec les lois concernées de ces juridictions (et dans la limite autorisée par tout convention dont la Société est partie) de racheter toutes les Actions en Vente ou le solde des Actions qui sont invendues ou qui est ainsi permis au Prix de Vente. Pour les besoins de cet Article, «Good Leaver» signifie toute personne qui cesse d'être un employé et administrateur du groupe de sociétés à laquelle la Société appartient (le «Groupe») en raison de décès, incapacité permanente ou retraite ou après l'âge de retraite, la vente de la branche d'activité dans laquelle il est employé, la fin ou la non prolongation du contrat d'emploi par un Administrateur pour une bonne raison ou un Administrateur qui est déterminé par le conseil d'administration comme constituant un «good leaver».

8.8 Les exceptions au droit de préemption tel que mentionné à l'article 8.2 sont les suivantes:

(a) tout transfert d'Actions par un actionnaire à une personne avec le consentement écrit préalable des actionnaires représentant 51 pour cent ou plus des Actions Préférentielles;

(b) tout transfert d'Actions par un actionnaire à un Affilié de cet actionnaire. Tel qu'utilisé dans ces Statuts «Affilié» signifiera, toute autre personne qui, directement ou indirectement pour un ou plusieurs intermédiaires, contrôle, ou est contrôlée par, ou est sous contrôle commun avec telle personne; tout investissement regroupé mise en place par cette personne (ou par un Affilié de celle-ci) les investissements qui sont dirigés par cette personne; ou tout partenaire, directeur, employé (ou Affilié de celui-ci); et tout fond d'investissement organisé par cette personne au profit de ses partenaires, directeurs ou employés ou leurs dépendantes ou un Affilié d'une telle personne ou curateur successoral ou nommée pour, ou un successeur par une réorganisation d'un qualified trust;

(c) tout transfert d'Actions par un détenteur d'Actions qui est un fond d'investissement étant une personne, une société, un trust, un limited partnership ou un fond tenant des actions pour des besoins d'investissement et n'étant pas un dirigeant, ou par son mandataire, dépositaire ou nommée ou par une entité entièrement ou substantiellement détenue par un fond d'investissement (une «Société Holding d'Investissement») ou par une entité coinvestissant à travers ce fond d'investissement (une «Entité Investisseur»);

(i) à tout trustee, nommée ou dépositaire pour un tel fond et vice versa;

(ii) à tout détenteur de parts du fonds, actionnaire, partenaire, participant, dirigeant ou conseiller (ou un employé d'un tel dirigeant ou conseiller) dans un tel fond;

(iii) à tout fond d'investissement, ou son trustee, nommée ou dépositaire, dirigé ou conseillé par les mêmes dirigeants ou conseiller tels que pour un tel fond;

(iv) à toute Entité Coinvestisseur ou son trustee, nommée ou dépositaire; ou

(v) à toute Société Holding d'Investissement ou à tout trustee, nommée ou dépositaire de celle-ci.

(d) tout transfert d'Actions à un trustee, nommée, dépositaire ou à un membre d'une même groupe d'une des personnes mentionnées aux sous-paragraphes (i), (ii) ou (iii) du paragraphe (c) ci-dessus.

(e) un transfert réalisé suivant et conformément aux articles 8.14. et (y compris) 8.22. des Statuts;

(f) un transfert de toute Action ou de tout intérêt bénéficiaire par un actionnaire (étant un individu) à son épouse ou à son époux ou à ses enfants adultes ou au(x) trustee(s) d'un trust familial établi entièrement au profit du cédant, de son époux ou épouse ou enfants;

(g) tout transfert d'Actions par un actionnaire (étant un nommée) à toute personne au profit de laquelle tel nommée détient ces Actions ou qui bénéficie de ces Actions;

(h) tout transfert d'Actions par un actionnaire à un organe social qui est contrôlé directement par cet actionnaire; ou

(i) un transfert réalisé avant le 19 juin 2003 jusqu'à cinquante pour cent des Actions Ordinaires détenues par les Investisseurs à la date des présentes comme partie d'une réunion en syndicat à un autre investisseur institutionnel.

8.9 Toute personne à qui un transfert peut être réalisé sous l'article 8.8 ci-dessus sera un «Cessionnaire Autorisé». Si et chaque fois qu'une personne détentrice d'Actions est un Cessionnaire Autorisé en fonction d'une relation entre

ce Cessionnaire Autorisé et ce cédant concerné, si ce Cessionnaire Autorisé à un moment cesse d'être qualifié de Cessionnaire Autorisé, ce Cessionnaire Autorisé sera lié et devra alors proposer de transférer les Actions à la personne de laquelle le Cessionnaire Autorisé a acquis ces Actions.

8.10 A l'exception des dispositions des articles 5 et 6 ci-dessus et conformément à l'article 8.11 et sujet au consentement nécessaire imposé par la loi applicable à ces statuts ou à un Pacte d'Actionnaire et ayant été obtenu, aucune résolution du conseil d'administration ou de l'assemblée des actionnaires ne pourra être adoptée afin d'augmenter ou de causer une augmentation du capital émis ou des titres de créance ou tous autres titres (y inclus l'émission d'Actions gratuites) sauf si toute personne qui alors détient des Actions («Actionnaires Existants») aura le droit de souscrire à des conditions équivalentes pour une proportion des Actions concernées et/ou titres de créance ou autres titres (selon le cas) («nouveaux titres») qui est aussi proche que possible et égal à la proportion entre la valeur des Actions (ou la valeur créditée comme étant payée, y compris toute prime d'émission payée à la d'émission des Actions) détenue par l'Actionnaire Existant et la valeur globale des Actions alors émises. Un tel droit de souscription pourra être exercé pendant une période ne pouvant être inférieure à 30 jours.

8.11. Chaque Actionnaire consent à ce que les droits de souscription de tous les Actionnaires Existants conformément à l'article 8.10 seront, dans la mesure autorisée par la loi, censés être levés et, sinon, chaque actionnaire devra s'engager à une telle levée pour l'émission de nouveaux titres à toute(s) personne(s), pourvu que:

(a) le(s) détenteur(s) de 51% ou plus des Actions Préférentielles autorise(nt) une telle levée;

(b) une telle levée sera seulement accordée en vertu d'une assemblée extraordinaire des actionnaires remplissant le quorum et les exigences de majorité telles que figurant à l'article 23 de ces Statuts et si les détenteurs des Actions en circulation soit:

(i) considèrent raisonnablement que le besoin de capital de la Société est tel que le retard créé par la réalisation d'une offre de souscription aux Actionnaires Existants créera un manquement (event of default) d'une quelconque convention entre la Société ou une de ses filiales et une banque tierce partie ou sera autrement matériellement préjudiciable pour la Société et ses filiales dans l'ensemble, ou

(ii) décident que les nouveaux titres sont, ou devront être, entièrement libérés autrement qu'en espèces en relation avec l'acquisition de toute activité ou actifs et la personne acquérant tels nouveaux titres n'est pas apparentée d'une façon ou d'une autre avec les détenteurs des Actions Préférentielles; et

(iii) toute dilution en résultant s'applique dans la même mesure à tous les Actionnaires Existants.

8.12 Au cas où il est renoncé aux droits de souscription des Actionnaires Existants conformément à l'article 8.11 ci-dessus, les actionnaires prendront les mesures nécessaires afin de s'engager qu'une offre ultérieure de nouveaux titres sera faite aux Actionnaires Existants dès que raisonnablement possible par la suite afin de leur donner le droit de souscrire pour un nombre de nouveaux titres égal à celui auquel chaque Actionnaire Existant aurait eu le droit de souscrire si ces droits de souscription n'avaient pas été levés.

8.13 Au cas où des Actions sont proposées à la vente lors de la réalisation d'un contrat de gage sur action lors d'une vente publique le vendeur proposant la vente des Actions devra en premier lieu proposer ces Actions à tous les Actionnaires Existants conformément à l'article 8 et le vendeur devra notifier un Avis de Transfert conformément à cet article.

8.14 Si à un moment des actionnaires détenant au moins 51% des Actions Ordinaires de la Société (les «Investisseurs Cédants») souhaitent vendre toutes (et non certaines) de leurs Actions à un bona fide cessionnaire autre que les Cessionnaires Autorisés (les «Cessionnaires Proposés»), la Société peut, en tant qu'agent nommé irrévocablement pour les Investisseurs Cédants demander par un avis écrit à tous (et non à certains) des autres Actionnaires (pour les besoins de cette clause 8.15, le «Drag-Along Right») la Vente par ces Actionnaires aux Cessionnaires Proposés de toutes (et non certaines) des Actions alors détenues par tels autres actionnaires au prix proposé par le Cessionnaire Proposé, étant le même pour chaque Action (en relation avec chaque classe d'Actions) tel que proposé aux Investisseurs Cédants. Tout autre Actionnaire accepte de prendre toutes les mesures nécessaires afin de lui permettre de remplir les dispositions de cette clause 8.14 et de faciliter l'exercice du Drag-Along Right.

8.15 Pour exercer le Drag-Along Right, la Société en tant qu'agent pour les Investisseurs Cédants adresseront à tout autre Actionnaire un avis écrit (pour les besoins de cette clause 8.15, un «Avis Drag-Along») contenant (i) le nom et l'adresse du Cessionnaire Proposé et (ii) le(s) prix offert par action, les conditions du paiement et d'autres conditions générales de l'offre du Cessionnaire Proposé. Tout autre actionnaire (chacun un «Membre Transférant») sera par la suite obligé de vendre ses Actions sous les conditions générales contenues dans l'Avis Drag-Along, à condition que la Vente au Cessionnaire Proposé par chacun des Investisseurs Vendeurs sera réalisée dans les 90 jours qui suivent la signification de l'Avis Drag-Along.

8.16 Si la Vente n'a pas été réalisée dans ce délai de 90 jours en raison d'un acte ou d'une omission du Cessionnaire Proposé ou de L'Investisseur Cédant, alors chaque Actionnaire à qui un Avis de Drag-Along a été donné n'y sera plus tenu.

8.17 Aucun transfert d'Actions ne pourra être réalisé par un actionnaire («Cédant Proposé») (autrement que dans le cadre d'une syndication envisagée par un Pacte d'Actionnaires) si cela aboutissait à la situation où une personne (l'«Acquéreur») seul ou avec un groupe de personnes agissant de concert avec l'Acquéreur (autre que les Investisseurs et leurs Affiliés (chacun tel que défini ci-après) devienne détenteur de 30 pour cent ou plus des Actions Ordinaires émises sauf si l'Acquéreur a fait une offre qui sera valable pour au moins 21 jours à tous les actionnaires et aux détenteurs de warrants émis par la Société pour acquérir toutes leurs Actions (ou en cas des détenteurs de warrants émis par la Société, les Actions Ordinaires auxquelles ils donnent droit) selon des conditions pas moins favorables que celles convenues entre l'Acquéreur et le Cessionnaire Proposé, et, dans le cas d'Actions, à un prix par Action (le «Prix Offert») égal au plus élevé de (i) le prix auquel tel transfert sera réalisé ou (ii) le prix le plus élevé que l'Acquéreur (ou des personnes agissant de concert avec lui) a payé pour toutes Actions dans les 12 mois qui précèdent la date d'un tel transfert aurait autrement fait, et, dans le cas de Warrants, le prix de chaque Warrant sera égal au Prix de l'Offre, multiplié par le nom-

bre d'Actions qui auraient été émises lors d'un exercice total de ces Warrants, déduits du prix global de souscription qui avaient été payables lors d'un tel exercice. Pour les besoins de cet article «agissant de concert» aura la signification telle qu'au paragraphe 2 sous-section 5 de la loi allemande sur les acquisitions (WpÜG).

8.18 Si à un moment (autrement que dans le cadre d'une syndication telle qu'envisagée par un Pacte d'Actionnaire ou aux Cessionnaires Permis) un ou plusieurs Actionnaires entend(ent) transférer (pour une ou plusieurs transactions liées) plus de 5% de la valeur nominale totale des Actions alors émises ou entend(ent) transférer un nombre quelconque d'Actions une fois qu'il dispose de 5% par voie d'acquisitions séparées (dans chaque cas, les «Actions Tag-Along») (qui, pour écarter tout doute, devra inclure par voie d'une offre publique d'Actions Tag-Along soumissionnées ou non) tel détenteur d'Actions Tag-Along (les «Actionnaires Cédants») devront notifier aux autres actionnaires et détenteurs de warrants par écrit les conditions générales d'un tel transfert proposé (y compris le prix auquel l'Actionnaire Cédant propose de transférer les Actions Tag-Along). Endéans 20 jours ouvrables à compter de la date d'un tel avis, chaque actionnaire et détenteur de warrants émis par la Société (les «Warrants») (chacun de ces détenteurs étant un «Détenteur de Warrants») peut notifier aux Actionnaires Vendeurs s'il décide de transférer une même classe d'Actions ou de Warrants émis par la Société et détenu par lui (tel qu'approprié) à la place de l'Actionnaire Cédant (et tout Actionnaire tel que notifié ci-dessus étant un «Actionnaire Tag-Along» et tout détenteur de Warrants émis par la Société tel que notifié ci-dessus étant un «Détenteur de Warrants Tag-Along»).

8.19 Tout actionnaire qui omet de notifier à l'Actionnaire Vendeur endéans une période de 20 jours ouvrables, sera censé avoir renoncé ses droits tels qu'énumérés par cet article pour un tel transfert.

8.20 Chaque Actionnaire Tag-Along pourra vendre (à la place d'un Actionnaire Cédant), au même prix et selon les mêmes conditions générales que celles applicables à l'Actionnaire Cédant, la proportion de la classe concernée d'Actions égale à la proportion que le nombre d'Actions de l'Actionnaire Cédant représente dans la participation totale des Actions de l'Actionnaire Vendeur et l'Actionnaire Tag-Along précédant une telle cession et l'Actionnaire Vendeur devra faire en sorte que telle cession prendra effet ensemble avec, à la place de l'Actionnaire Vendeur tel nombre (s'il y en y) ce qui signifiera qu'il aura disposé en total de la même proportion d'Actions que l'Actionnaire Vendeur a sur une base globale à tout moment dans le passé (Catch-up).

8.21 Chaque Détenteur de Warrant Tag-Along pourra vendre (à la place de l'Actionnaire Vendeur), selon des conditions non moins favorables que celles applicables à l'Actionnaire Cédant, tel nombre de ses Warrants qui, en cas d'exercice, résulteraient en l'émission de la même proportion d'Actions Warrant que la proportion dans laquelle le nombre d'Actions vendues par l'Actionnaire Vendeur représente dans la participation totale des Actions de l'Actionnaire Vendeur précédant cette cession, à l'exception que la contre-valeur pour chaque Warrant sera égal au prix applicable pour chaque Action vendue par l'Actionnaire Vendeur (ou, si supérieur, le prix le plus élevé par Action reçu par l'Actionnaire Vendeur dans les 12 mois précédents), multiplié par le nombre d'Actions Warrants qui serait émis lors de la réalisation totale d'un tel Warrant, diminué d'un montant égal au prix de souscription total à payer lors d'une telle réalisation, et l'Actionnaire Vendeur devra faire en sorte qu'une telle Vente prendra effet ensemble avec, à la place de l'Actionnaire Vendeur, tel nombre de Warrants (s'il y en a) ce qui signifiera qu'il aura disposé en total de la même proportion d'Actions Warrants que l'Actionnaire Vendeur a sur une base totale et à tout moment dans le passé (Catch-up).

8.22 Si le transfert exposé à l'article 8.18 à (y compris) 8.21 n'a pas lieu endéans 60 jours suivant l'expiration de l'échéance accordée pour l'application par les Actionnaires Tag-Along et Détenteurs de Warrants Tag-Along conformément à cette clause, les Actions détenues par les Actionnaires Tag-Along et les Détenteurs de Warrants Tag-Along seront à nouveau sujet à toutes les restrictions et conditions de la clause 8 telles que figurant à cet article 8.

Art. 9. Assemblées des actionnaires - Généralités.

9.1 Toute assemblée des actionnaires de la Société régulièrement constituée représente tous les actionnaires de la Société. Elle disposera des pouvoirs les plus étendus pour ordonner, mettre en oeuvre ou ratifier des actes en rapport avec les opérations de la Société.

9.2 Les assemblées seront convoquées par le conseil d'administration moyennant convocations contenant l'ordre du jour adressée aux actionnaires par lettres recommandées au moins dix jours avant l'assemblée.

9.3 Chaque Action donne droit à une voix. Un actionnaire pourra agir à toute assemblée des actionnaires en déléguant une autre personne comme son représentant par écrit, télécopie, télégramme ou télex. Le conseil d'administration pourra fixer toute autre condition que doivent remplir les actionnaires pour participer à une assemblée des actionnaires.

9.4 Sauf disposition légale contraire, les résolutions prises aux assemblées des actionnaires dûment convoquées seront adoptées à la majorité simple des Actions en circulation.

9.5 Si tous les actionnaires sont présents ou représentés à une assemblée des actionnaires, et s'ils déclarent avoir été informés de l'ordre du jour de l'assemblée, l'assemblée pourra être tenue sans convocation préalable.

Art. 10. Assemblée générale annuelle des actionnaires.

L'assemblée générale annuelle des actionnaires se tient à Luxembourg, au siège social de la Société, ou à tel autre endroit à Luxembourg, qui sera précisé dans la convocation, le troisième mercredi du mois d'avril de chaque année, à 11.00 heures luxembourgeoise. Si ce jour est un jour férié, l'assemblée se tiendra le premier jour ouvrable bancaire suivant.

Art. 11. Conditions de vote.

11.1 Sauf dispositions légales prévoyant des conditions de majorité plus importantes, les résolutions seront adoptées par la majorité du nombre total des votes attachés aux Actions dont les détenteurs sont présents ou représentés à l'Assemblée Générale en question. Lorsqu'une résolution de l'Assemblée Générale est nécessaire pour modifier les droits respectifs d'une ou de plusieurs classes d'Actions, la résolution doit, afin d'être valable, remplir les conditions quant au quorum et de majorité telles que prévues à la phrase précédente de cet Article 11.

Art. 12. Administrateurs.

12.1 La Société est gérée par un conseil d'administration composé de trois membres au moins qui n'ont pas besoin d'être actionnaires de la Société.

12.2 Les administrateurs seront élus par les actionnaires lors de leur assemblée générale annuelle pour une durée d'un an et rempliront leurs fonctions jusqu'à ce que leurs successeurs soient élus. Un administrateur peut être révoqué à tout moment avec ou sans motif et remplacé par une décision adoptée par les actionnaires.

12.3. Au cas où le poste d'un administrateur devient vacant à la suite de décès, de démission ou autrement, les administrateurs restants pourront élire, à la majorité des voix un administrateur pour remplir provisoirement ce poste devenu vacant, jusqu'à la prochaine assemblée des actionnaires.

Art. 13. Procédures des réunions du conseil.

13.1 Le conseil d'administration élira parmi ses membres un président et peut élire parmi ses membres un vice-président. Il peut également élire un secrétaire qui n'a pas besoin d'être un administrateur, qui sera responsable des procès-verbaux des réunions du conseil d'administration et des assemblées des actionnaires.

13.2 Le conseil d'administration se réunit au moins quatre (4) fois du cours d'une année civile sur convocation du président ou de deux administrateurs à la place indiquée dans la convocation. Le quorum du conseil requis est la présence d'au moins deux administrateurs en personne, ou par procuration ou par téléphone, y compris 2 des Administrateurs nommés conformément à un Pacte d'Actionnaires, s'il y en a.

13.3 Le président présidera toutes les assemblées des actionnaires et du conseil d'administration, mais en son absence les actionnaires ou le conseil d'administration peuvent nommer un autre administrateur comme président «pro tempore» par un vote majoritaire de ceux présents à une telle réunion.

13.4 Les membres du conseil d'administration recevront une convocation écrite pour toute réunion du conseil d'administration au moins une semaine avant l'heure prévue pour une telle réunion, sauf en cas d'événements urgents auquel cas le délai de convocation est réduit à 24 heures et auquel cas la nature de ces événements sera précisée dans la convocation. Cette convocation peut être supprimée par le consentement par écrit, télécopie, câble, télégramme ou télex de chaque administrateur. Pour des réunions individuelles tenues en place et lieu prévus à l'avance par un calendrier adopté par une décision du conseil d'administration, des convocations individuelles ne sont pas requises.

13.5 Chaque administrateur peut agir à toute réunion du conseil d'administration en désignant par écrit, télécopie, câble, télégramme ou télex un autre administrateur comme son fondé de pouvoir.

13.6 Chaque administrateur peut assister et sera considéré comme étant présent à une réunion du conseil d'administration, par conférence téléphonique ou tout autre moyen de télécommunication qui permettra à toutes les personnes présentes à la réunion de s'entendre et de se parler les uns les autres.

13.7 Le conseil d'administration ne peut valablement délibérer et statuer que si la majorité au moins de ses membres est présente ou représentée à la réunion du conseil d'administration. Toute décision sera prise par une majorité des votes des administrateurs présents ou représentés à une telle réunion.

13.8 Au cas où un administrateur de la Société aurait un intérêt personnel dans une transaction de la Société (intérêt autre que celui dû à sa fonction d'administrateur, de directeur ou d'employé de l'autre partie contractante), cet administrateur informera le conseil d'administration de cet intérêt personnel et ne votera ou décidera pas sur cette transaction, et il sera rendu compte de l'intérêt de l'administrateur dans cette transaction à la prochaine assemblée des actionnaires.

13.9 Les résolutions du conseil d'administration pourront être valablement prises si elles sont approuvées par écrit par tous les administrateurs. Pareille approbation pourra être contenue dans un seul ou plusieurs documents ayant tous le même contenu signés par un ou plusieurs administrateurs.

Art. 14. Procès-verbaux des réunions du conseil.

14.1 Le procès-verbal de toute réunion du conseil d'administration sera signé par le président ou en son absence par le président pro tempore qui a présidé la réunion.

14.2 Les copies ou les extraits de tels procès-verbaux qui sont présentés lors de procédures judiciaires ou autres seront signés par un administrateur.

Art. 15. Pouvoirs des administrateurs.

15.1 Le conseil d'administration est investi des pouvoirs les plus étendus pour faire tous les actes d'administration et de disposition dans l'intérêt de la Société. Tous les pouvoirs qui ne sont pas réservés expressément par la loi et les présents statuts à l'assemblée générale des actionnaires relèvent de la compétence du conseil d'administration.

15.2 Ils peuvent déléguer leurs pouvoirs pour la gestion journalière des affaires de la Société et la représentation de la Société lors de la conduite de ces affaires, avec l'accord préalable de l'assemblée générale des actionnaires, à tous membres du conseil d'administration qui peuvent constituer des comités délibérant aux conditions fixées par le conseil d'administration. Les administrateurs peuvent également déléguer tous pouvoirs (y inclus la gestion journalière) et des mandats spéciaux à toute autre personne, nommer et révoquer tous les directeurs et employés et fixer leurs émoluments.

15.3 Les décisions du conseil d'administration seront prises à la majorité des administrateurs présents ou représentés à telle réunion, telle majorité inclut la majorité des administrateurs nommés en vertu d'un Pacte d'Actionnaires, s'il y en a, présents à la réunion en question. Sujet au respect de toute approbation nécessaire par les membres conformément à la loi, (s'il y en a), les matières suivantes (sujet toujours aux dispositions de tout Pacte d'Actionnaire) auront lieu à condition d'une approbation préalable d'une résolution valablement adoptée du conseil d'administration.

Art. 16. Délégation de pouvoirs.

Le conseil d'administration pourra déléguer des pouvoirs spéciaux ou procurations, ou confier des fonctions permanentes ou temporaires déterminés à des personnes ou agents qu'il choisit, soumis aux limites fixées par l'article 14.

Art. 17. Pouvoirs de signature.

La Société sera engagée par les signatures conjointes de deux administrateurs de la Société ou par signature conjointe ou individuelle de toute personne ou de toutes personnes auxquelles ce pouvoir de signature aura été délégué par le conseil d'administration.

Art. 18. Conflit d'intérêt.

18.1 Aucun contrat ou autre transaction entre la Société et toute autre société ou firme ne sera affecté ou invalidé par le fait qu'un ou plusieurs administrateur(s) ou directeur(s) de la Société est/sont gérant(s), associé(s), directeur(s) ou employé(s) d'une telle autre société ou firme. Tout administrateur ou directeur de la Société qui travaille en tant que gérant, associé, directeur ou employé d'une société ou firme dans laquelle la Société entend contracter ou s'engager autrement en affaires ne devra pas, à raison d'une telle fonction auprès d'une autre société ou firme, être empêché de délibérer et de voter sur toutes matières en relation avec tel contrat ou autre occupation.

18.2 Au cas où un administrateur ou directeur de la Société aura un intérêt personnel dans une transaction de la Société, il devra en informer le conseil de son intérêt personnel et il ne délibérera, ni ne prendra part au vote sur cette transaction, et rapport devra être fait au sujet de cette transaction et de l'intérêt personnel de pareil administrateur ou directeur à la prochaine assemblée des actionnaires.

Art. 19. Commissaire aux comptes.

19.1 Les opérations de la Société sont surveillées par un commissaire aux comptes. Tel commissaire aux comptes n'a pas besoin d'être un actionnaire et sera élu par l'assemblée générale annuelle des actionnaires pour une période se terminant lors de la prochaine assemblée générale annuelle des actionnaires.

19.2 Le commissaire aux comptes en fonction peut être révoqué par les actionnaires à tout moment avec ou sans motif.

Art. 20. Année comptable.

20.1 L'année sociale commencera le 1^{er} janvier et prendra fin le 31 décembre de chaque année. Le conseil d'administration devra préparer les comptes annuels conformément aux exigences de la loi luxembourgeoise et de la pratique comptable.

20.2 Chaque année, le 31 décembre, le conseil d'administration établira le bilan qui contiendra un résumé des propriétés de la Société et le compte de pertes et profits, et aussi une annexe conformément aux prescriptions de la loi en vigueur.

20.3 Chaque actionnaire peut prendre connaissance, au siège social, du bilan et du compte de pertes et profits.

Art. 21. Affectation des bénéfices.

21.1 Chaque année cinq pour cent (5%) des bénéfices annuels nets de la Société sont prélevés pour la constitution de la réserve légale. Ce prélèvement cesse d'être obligatoire lorsque et aussi longtemps que la réserve aura atteint dix pour cent (10%) du capital souscrit de la Société.

21.2 Sous réserve de l'article 7, l'assemblée générale des actionnaires, sur recommandation du conseil d'administration, déterminera comment il sera disposé du montant restant du profit annuel net et peut, sans jamais excéder les montants proposés par les administrateurs, décider en temps opportun du versement de dividendes.

21.3 Les dividendes déclarés peuvent être payés en toute devise décidée par le conseil d'administration en temps et lieu qu'il appartiendra.

21.4 Le conseil d'administration peut prendre une décision finale quant au cours applicable pour exprimer les montants des dividendes en la devise de leur paiement.

21.5 Un dividende déclaré mais non payé pour une action pendant cinq ans ne pourra par la suite plus être réclamé par le propriétaire d'une telle action, sera perdu pour celui-ci, et retournera à la Société.

21.6 Sous réserve de l'article 7) aucun intérêt ne sera payé sur les dividendes déclarés et non payés qui seront détenus par la Société pour le compte des détenteurs d'actions.

21.7 Le conseil d'administration peut décider de verser des acomptes sur dividendes sur base d'un relevé de compte établi par les administrateurs démontrant la disponibilité de fonds suffisants pour la distribution, et sinon conformément à la loi applicable.

Art. 22. Dissolution et liquidation.

En cas de dissolution de la Société, la liquidation s'effectuera par un ou plusieurs liquidateurs (qui peuvent être des personnes morales ou physiques) nommés par l'assemblée des actionnaires procédant à cette liquidation et qui déterminera leurs pouvoirs et leurs émoluments. Les distributions se feront conformément à l'article 7 des Statuts.

Art. 23. Changement des statuts.

Ces Statuts peuvent être modifiés au moment opportun par une assemblée des actionnaires aux conditions de quorum et de majorité précisés par la loi luxembourgeoise.

Art. 24. Loi applicable.

Toutes les matières qui ne sont pas régies par les présents statuts, seront réglées conformément à la Loi.

E. L'assemblée a décidé de confirmer la nomination de:

i) M. Robert Gray, administrateur de société, demeurant à Wild Wood, Broad Lane, Newdigate, Surrey, RH5 5AS Royaume-Uni;

ii) M. Franz Scherer, dirigeant de société, demeurant à Kamillen Weg 2, 50858 Cologne, Allemagne;

iii) M. Trevor Bayley, dirigeant de société, demeurant à Chelston, Mill Lane, Hurley, Berkshire SL6 5ND, Royaume-Uni;

iv) M. Martin Block, dirigeant de société, demeurant à 3 Merrington Close, Solihull B91 3XF, Royaume-Uni;

v) M. Karsten Hartmann, dirigeant de société, demeurant à Lintrun Strasse Appartement 2 80335 Munich, Allemagne

en tant que membres du conseil d'administration pour une durée arrivant à terme lors de la prochaine assemblée générale des actionnaires.

F. En relation avec ceci l'assemblée décide d'autoriser le conseil d'administration de déléguer la gestion journalière de la Société à un des trois membres du conseil mentionnée sous (E) ci-dessus et d'engager la Société dans la gestion journalière par leur signature.

G. L'assemblée décide de nommer PricewaterhouseCoopers en tant commissaire aux comptes.

N'étant plus rien à l'ordre du jour, l'assemblée a pris fin.

Les dépenses, coûts, rémunérations ou charges sous quelque forme que ce soit, qui seront supportés par la Société à la suite de sa transformation sont estimés approximativement à cent quatre mille euros.

Le notaire soussigné qui connaît la langue anglaise constate que sur demande des comparants, le présent acte est rédigé en langue anglaise suivi d'une version française; sur demande des mêmes comparants et en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

Dont acte, fait et passé, date qu'en tête des présentes, à Luxembourg.

Et après lecture faite aux comparants, connus du notaire instrumentant par leurs nom, prénom usuel, état et demeure, tous ont signé le présent acte avec le notaire soussigné.

Signé: A. Dennewald, P. Van Hees, B. Reimmel, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 23 décembre 2002, vol. 15CS, fol 60, case 9. – Reçu 99.392 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 3 janvier 2003.

J. Elvinger.

(033151.3/211/1091) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 juin 2003.

INTERNATIONAL LAB GROUP S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1450 Luxembourg, 73, Côte d'Eich.

R. C. Luxembourg B 61.022.

Le bilan au 31 décembre 2001, enregistré à Luxembourg, le 19 juin 2003, réf. LSO-AF05017, a été déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 25 juin 2003.

Signature.

(032857.3//10) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

INTERNATIONAL LAB GROUP S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1450 Luxembourg, 73, Côte d'Eich.

R. C. Luxembourg B 61.022.

*Extrait des délibérations de l'Assemblée Générale Ordinaire des Actionnaires
tenue extraordinairement au siège social de la société en date du 18 juin 2003 à 10.00 heures*

Décisions:

L'Assemblée, à l'unanimité, a décidé:

- d'approuver le rapport de gestion du conseil d'administration et le rapport du commissaire aux comptes relatifs à l'exercice clôturant au 31 décembre 2001.

- d'approuver les comptes annuels pour l'exercice social se terminant le 31 décembre 2001.

L'exercice clôture avec une perte de EUR 7.225,68.

- d'affecter les résultats tel que proposé dans le rapport du conseil d'administration, soit:

* Report de la perte: EUR 7.225,68

- conformément à l'art. 100 de la loi du 10 août 1915, l'assemblée générale ordinaire décide à l'unanimité de ne pas dissoudre la société et de continuer l'activité de celle-ci nonobstant les pertes cumulées importantes qu'elle a subies au 31 décembre 2001.

- d'accorder décharge par vote spécial aux administrateurs et au commissaire aux comptes de la société pour l'exécution de leurs mandats respectifs jusqu'au 31 décembre 2001.

Pour extrait conforme

Pour publication

Signature

Un mandataire

Enregistré à Luxembourg, le 19 juin 2003, réf. LSO-AF05016. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(032853.2//27) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

WORLD INVESTMENTS HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1736 Senningerberg, 1A, Heienhaff, Aerogolf Center.

R. C. Luxembourg B 71.318.

L'an deux mille trois, le six mai.

Par-devant Maître Jean-Joseph Wagner, notaire de résidence à Sanem (Luxembourg).

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme holding WORLD INVESTMENTS HOLDING S.A., ayant son siège social à Senningerberg, inscrite au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, section B sous le numéro 71.318, constituée suivant acte reçu par le notaire soussigné en date du 12 août 1999, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 829 du 8 novembre 1999, et dont les statuts ont été modifiés suivant acte reçu par le notaire soussigné en date du 27 octobre 2000, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 430 du 12 juin 2001.

L'assemblée est ouverte sous la présidence de Monsieur Thierry Schmit, employé privé, avec adresse professionnelle à Senningerberg.

Le Président désigne comme secrétaire Mademoiselle Armelle Beato, employée privée, avec adresse professionnelle à Senningerberg.

L'assemblée choisit comme scrutatrice Mademoiselle Geneviève Baue, employée privée, avec adresse professionnelle à Senningerberg.

Les actionnaires présents ou représentés à la présente assemblée ainsi que le nombre d'actions possédées par chacun d'eux ont été portés sur une liste de présence, signée par les actionnaires présents et par les mandataires de ceux représentés, et à laquelle liste de présence, dressée par les membres du bureau, les membres de l'assemblée déclarent se référer.

Ladite liste de présence, après avoir été signée ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentant, restera annexée au présent acte avec lequel elle sera enregistrée.

Resteront pareillement annexées au présent acte, avec lequel elles seront enregistrées, les procurations émanant des actionnaires représentés à la présente assemblée, signées ne varietur par les comparants et le notaire instrumentant.

Le Président expose et l'assemblée constate:

A) Que la présente assemblée générale extraordinaire a pour ordre du jour:

1.- Augmentation du capital social à concurrence de cinq cent soixante-deux mille euros (562.000,- EUR) pour le porter de son montant actuel de quatre cent trente-huit mille euros (438.000,- EUR) à un million d'euros (1.000.000,- EUR) par incorporation de créances, et souscription de cinquante-six mille deux (56.200) actions nouvelles par les actionnaires existants.

2.- Modification afférente de l'article 5 des statuts.

3.- Divers.

B) Que la présente assemblée réunissant l'intégralité du capital social est régulièrement constituée et peut délibérer valablement, telle qu'elle est constituée, sur les objets portés à l'ordre du jour.

C) Que l'intégralité du capital social étant représentée, il a pu être fait abstraction des convocations d'usage, les actionnaires présents ou représentés se reconnaissant dûment convoqués et déclarant par ailleurs avoir eu connaissance de l'ordre du jour qui leur a été communiqué au préalable.

Ensuite l'assemblée aborde l'ordre du jour et, après en avoir délibéré, prend à l'unanimité les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée générale décide d'augmenter le capital social à concurrence de cinq cent soixante-deux mille euros (562.000,- EUR) pour le porter de son montant actuel de quatre cent trente-huit mille euros (438.000,- EUR) à un million d'euros (1.000.000,- EUR) par la création et l'émission de cinquante-six mille deux cents (56.200) actions nouvelles sans désignation de valeur nominale, ayant les mêmes droits et avantages que les actions existantes.

Cette augmentation de capital sera réalisée par l'apport et la transformation en capital d'une créance certaine, liquide et exigible d'un montant de cinq cent soixante-deux mille euros (562.000,- EUR) existant à charge de la société au profit de TS FIDUCIARIA S.A., établie et ayant son siège social à Palazzo Gargantini la Riva Albertolli, CH-6900 Lugano.

Souscription et Libération

De l'accord de tous les actionnaires, les actions nouvelles sont souscrites à l'instant même par TS FIDUCIARIA S.A., prénommée, ici représentée par Monsieur Thierry Schmit, prénommé,

en vertu d'une procuration sous seing privé, donnée à Lugano, le 28 avril 2003, ci-annexée.

Les actions nouvelles ainsi souscrites sont entièrement libérées par l'apport et la transformation en capital d'une créance certaine, liquide et exigible d'un montant de cinq cent soixante-deux mille euros (562.000,- EUR) existant à charge de la société et au profit de la société TS FIDUCIARIA S.A., prénommée.

La créance prémentionnée est décrite et évaluée dans un rapport de réviseur d'entreprises établi par Monsieur Jean-Marie Boden, réviseur d'entreprises, demeurant à Luxembourg, en date du 29 avril 2003, lequel restera annexé aux présentes:

Ce rapport conclut comme suit:

«Sur base des vérifications effectuées telles que décrites ci-dessus, je n'ai pas d'observation à formuler sur la valeur de l'apport qui correspond au moins au pair comptable des actions à émettre en contrepartie.»

Deuxième résolution

En conséquence de la résolution précédente, l'article 5 des statuts est modifié et aura désormais la teneur suivante:
«Art. 5. Le capital souscrit est fixé à un million d'euros (1.000.000,- EUR), représenté par cent mille (100.000) actions sans désignation de valeur nominale.

Les actions sont nominatives ou au porteur au choix de l'actionnaire, à l'exception de celles pour lesquelles la loi prescrit la forme nominative.

La société peut, dans la mesure et aux conditions prescrites par la loi, racheter ses propres actions.»

Frais

Les frais, dépenses, rémunérations et charges quelconques qui incombent à la Société des suites de ce document sont estimés à environ sept mille cinq cents euros.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont acte, fait et passé à Senningerberg, au siège social de la Société, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.
 Et après lecture et interprétation donnée par le notaire, les comparants prémentionnés ont signé avec le notaire instrumentant le présent procès-verbal.

Signé: T. Schmit, A. Beato, G. Baue, J.-J. Wagner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 12 mai 2003, vol. 877, fol. 21, case 6. – Reçu 5.620 euros.

Le Receveur (signé): M. Ries.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 20 juin 2003.

J.-J. Wagner.

(033584.3/239/82) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 juin 2003.

WORLD INVESTMENTS HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1736 Senningerberg, 1A, Heienhaff, Aerogolf Center.

R. C. Luxembourg B 71.318.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 juin 2003.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 20 juin 2003.

J.-J. Wagner.

(033588.3/239/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 27 juin 2003.

EUROKOBUILD S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-5326 Contern, 22, rue Edmond Reuter, Zone d'Activités Weiergewan.

R. C. Luxembourg B 61.922.

*Extrait des décisions prises par l'Assemblée générale ordinaire des actionnaires
tenue à Contern le 25 avril 2003*

Les mandats d'administrateurs de:

- M. Marc Diver

- Mme Ann Vermeylen

- la société VALERES HOLDING N.V.

ainsi que le mandat de Commissaire aux Comptes confié à M. Luc de Neef

sont renouvelés pour une période de six ans, soit jusqu'à l'assemblée générale annuelle à tenir en l'an 2009.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour extrait conforme

Pour la société

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 28 mai 2003, réf. LSO-AE06337. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

Extrait des décisions prises par le Conseil d'Administration réuni à Contern en date du 25 avril 2003

Il est décidé de nommer M. Marc Diver aux fonctions d'administrateur-délégué; il dispose à cet effet d'un pouvoir de signature individuelle.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour extrait conforme

Pour la société

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 19 juin 2003, réf. LSO-AF04763. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(032873.3/607/29) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.

PARFINLUX S.A., Société Anonyme Holding.
Siège social: L-1528 Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 48.619.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra à l'adresse du siège social, le 28 juillet 2003 à 14.00 heures, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels et des rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 juillet 2002.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Nominations statutaires.
5. Divers.

I (03581/534/15)

Le Conseil d'Administration.

LEYLA S.A., Société Anonyme.
Siège social: L-1413 Luxembourg, 3, place Dargent.
R. C. Luxembourg B 67.392.

Les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 24 juillet 2003 à 17.00 heures au siège social à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2002.
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire.
4. Acceptation de la démission d'un Administrateur et nomination de son remplaçant.
5. Acceptation de la démission du Commissaire aux Comptes et nomination de son remplaçant.
6. Divers.

I (03637/696/16)

Le Conseil d'Administration.

REDALCO S.A., Société Anonyme.
Siège social: L-2420 Luxembourg, 11, avenue Emile Reuter.
R. C. Luxembourg B 78.278.

Messieurs les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 28 juillet 2003 à 15.00 heures au siège social de la société, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

- a. Rapport du Conseil d'Administration sur l'exercice 2002.
- b. Rapport du Commissaire de Surveillance.
- c. Lecture et approbation du Bilan et du Compte de Profits et Pertes arrêtés au 31 décembre 2002.
- d. Affectation du résultat.
- e. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire.
- f. Nominations statutaires.
- g. Délibération conformément à l'article 100 de la loi sur les sociétés commerciales.
- h. Divers.

I (03639/045/18)

Le Conseil d'Administration.

DEXIA QUANT, Société d'Investissement à Capital Variable.
Siège social: L-1470 Luxembourg, 69, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 87.647.

Les actionnaires sont invités à assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

des actionnaires de la société DEXIA QUANT qui se tiendra le 24 juillet 2003 à 11.00 heures au siège social de la société 69, route d'Esch, Luxembourg, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Lecture du rapport de gestion du Conseil d'Administration pour l'exercice clôturé au 31 mars 2003;
2. Lecture du rapport du Réviseur d'Entreprises pour l'exercice clôturé au 31 mars 2003;

3. Approbation de l'état des actifs nets et de l'état des variations des actifs nets pour l'exercice clôturé au 31 mars 2003; affectation des résultats;
4. Décharge aux Administrateurs pour l'exercice clôturé au 31 mars 2003;
5. Nominations des Administrateurs et du Réviseur d'Entreprises;
6. Divers.

Les actionnaires désirant assister à l'Assemblée sont priés d'en avvertir le Conseil d'Administration par lettre adressée à la Société, 69, route d'Esch, L-1470 Luxembourg, au plus tard 5 jours avant la date de l'Assemblée avec mention du nombre d'actions représentées.

Aucun quorum n'est requis pour les points à l'ordre du jour de l'Assemblée Générale Annuelle et les décisions seront prises à la majorité simple des actions présentes ou représentées à l'Assemblée.

I (03663/755/23)

Le Conseil d'Administration.

FINANCIAL OVERSEAS INVESTMENT, Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.

R. C. Luxembourg B 33.333.

Les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra au siège social 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg, le 11 août 2003 à 15.30 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

Délibération et décision sur la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales.

L'Assemblée générale ordinaire du 17 juin 2003 n'a pu délibérer valablement sur ce point de l'ordre du jour, le quorum requis par la loi n'étant pas atteint.

L'Assemblée générale extraordinaire du 11 août 2003 délibérera valablement quelle que soit la portion du capital représentée.

I (03640/000/17)

Le Conseil d'Administration.

NATIVA S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.

H. R. Luxemburg B 22.318.

Die Herren Aktieninhaber werden hierdurch eingeladen der

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

die am 24. Juli 2003 um 14.00 am Gesellschaftssitz stattfindet, beizuwohnen.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Berichte des Verwaltungsrates und des Kommissars 31. März 2003.
2. Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung per 31. März 2003, sowie Zuteilung des Resultats.
3. Entlastung an den Verwaltungsrat und den Kommissar per 31. März 2003.
4. Verschiedenes.

I (03680/1023/14)

Der Verwaltungsrat.

HOLDOR, Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.

R. C. Luxembourg B 39.815.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra extraordinairement le 13 août 2003 à 15.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

Décision à prendre en vertu de l'article 100 de la loi sur les sociétés commerciales.

L'Assemblée Générale Ordinaire du 20 mai 2003 n'a pas pu délibérer sur le point 5 de l'ordre du jour, le quorum prévu par la loi n'ayant pas été atteint. L'Assemblée Générale Ordinaire qui se tiendra extraordinairement le 13 août 2003 délibérera quelle que soit la portion du capital représentée.

I (03678/534/14)

Le Conseil d'Administration.

MARIGNY S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 28.994.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 24 juillet 2003 à 10.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 31 mars 2003, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 mars 2003.
4. Démission de deux Administrateurs et décharge à leur accorder.
5. Nomination de deux nouveaux Administrateurs.
6. Divers.

I (03679/1023/17)

Le Conseil d'Administration.

DISCOVERY S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 28.991.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 24 juillet 2003 à 11.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 31 mars 2003, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 mars 2003.
4. Démission et nomination d'un Administrateur.
5. Divers.

I (03681/1023/16)

Le Conseil d'Administration.

LARISSA S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 22.316.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 24 juillet 2003 à 10.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 31 mars 2003, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 mars 2003.
4. Démission et nomination d'un Administrateur.
5. Divers.

I (03682/1023/16)

Le Conseil d'Administration.

KBC INSTITUTIONAL CASH, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 11, rue Aldringen.
R. C. Luxembourg B 39.266.

Mesdames et Messieurs les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

de notre Société, qui aura lieu le 17 juillet 2003 à 11.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation du rapport du Conseil d'Administration et du rapport du Réviseur d'Entreprises agréé.
2. Approbation du bilan, du compte de pertes et profits et de l'affectation des résultats au 31 mars 2003.
3. Décharge à donner aux Administrateurs.

4. Ratification de la cooptation de Monsieur Rafik Fischer comme Administrateur en remplacement de Monsieur Daniel Van Hove.
5. Réélir les Administrateurs pour un nouveau mandat de 6 ans.
6. Divers.

Les décisions concernant tous les points de l'ordre du jour ne requièrent aucun quorum. Elles seront prises à la simple majorité des actions présentes ou représentées à l'Assemblée. Chaque action donne droit à un vote. Tout actionnaire peut se faire représenter à l'Assemblée.

Afin de participer à l'Assemblée, les actionnaires doivent déposer leurs actions au porteur pour le 11 juillet 2003 au plus tard au siège de KREDIETBANK S.A. LUXEMBOURGEOISE, 43, boulevard Royal, L-2955 Luxembourg. Des procurations sont disponibles au siège de la Sicav.

II (03457/755/23)

Le Conseil d'Administration.

IGMA S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 69.364.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 17 juillet 2003 à 11.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels et des rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2002
3. Décision à prendre en vertu de l'article 100 de la loi sur les sociétés commerciales
4. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes
5. Nominations statutaires
6. Divers.

II (03142/534/16)

Le Conseil d'Administration.

GRISSIN S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1142 Luxembourg, 7, rue Pierre d'Aspelt.
R. C. Luxembourg B 63.710.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 17 juillet 2003 à 11.00 heures au siège de la société.

Ordre du jour:

1. Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes,
2. Approbation des bilan et compte de profits et pertes au 31 décembre 2002,
3. Affectation du résultat,
4. Décharge aux administrateurs et commissaire aux comptes,
5. Divers.

II (03294/806/15)

Le Conseil d'Administration.

LE CARE HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1413 Luxembourg, 3, place Dargent.
R. C. Luxembourg B 54.311.

Les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 16 juillet 2003 à 10.00 heures au siège social à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2002.
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire.
4. Acceptation de la démission de deux Administrateurs et nomination de leurs remplaçants.
5. Acceptation de la démission du commissaire aux comptes et nomination de son remplaçant.
6. Divers.

II (03519/696/16)

Le Conseil d'Administration.

CASSIS HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.

R. C. Luxembourg B 47.232.

Les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra exceptionnellement le 17 juillet 2003 à 11.00 heures, au siège social, 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 30 avril 2002
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs pour l'exercice écoulé et pour la tardiveté de la tenue de l'Assemblée Générale statutaire
5. Décharge à donner au commissaire aux comptes
6. Nominations statutaires
7. Divers

II (03458/000/20)

*Le Conseil d'Administration.***CAMI HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.**

Siège social: L-1118 Luxembourg, 14, rue Aldringen.

R. C. Luxembourg B 18.672.

Les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra exceptionnellement le 17 juillet 2003 à 14.00 heures, au siège social, 14, rue Aldringen, L-1118 Luxembourg pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux comptes
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2001
3. Affectation du résultat
4. Décharge à donner aux administrateurs pour l'exercice écoulé et pour la tardiveté de la tenue de l'Assemblée Générale statutaire
5. Décharge à donner au commissaire aux comptes
6. Ratification de la cooptation d'un nouvel administrateur
7. Nominations statutaires
8. Divers

II (03459/000/21)

*Le Conseil d'Administration.***CARRIFIN S.A., Société Anonyme Holding.**

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.

R. C. Luxembourg B 75.699.

Mesdames et Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le mardi 22 juillet 2003 à 11.45 heures au siège social avec pour:

Ordre du jour:

- Modification de l'objet social de la société qui aura désormais la teneur suivante:
La société ayant pour objet social la souscription, la prise de participation, le financement et l'intérêt financier, sous quelque forme que ce soit, dans toute société, société de participation, de tout consortium ou groupement d'entreprises, luxembourgeois ou étrangers, ainsi que la gestion des fonds mis à disposition, le contrôle, la gestion et la mise en valeur de ses participations. La société peut faire toutes opérations mobilières, immobilières, commerciales et financières se rapportant directement ou indirectement à son objet social.
Modifications afférentes des articles 4 et 17 des statuts.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Mesdames et Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

II (03467/755/19)

Le Conseil d'Administration.

FINANCIERE 3000, Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 38, boulevard Joseph II.
R. C. Luxembourg B 60.145.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au siège social 38, boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg, le 17 juillet 2003 à 10.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport du conseil d'administration et du rapport du commissaire aux comptes pour l'exercice clos au 31 décembre 2002,
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2002 et affectation du résultat,
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes,
4. Nominations statutaires,
5. Décision à prendre en vertu de l'article 100 de la loi sur les sociétés commerciales,
6. Transfert du siège social,
7. Divers.

II (03478/833/19)

Le Conseil d'Administration.

LES TERRASSES, Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 38, boulevard Joseph II.
R. C. Luxembourg B 58.745.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra au siège social 38, boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg, le 17 juillet 2003 à 10.00 heures, pour délibérer sur l'ordre du jour conçu comme suit:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels, du rapport du conseil d'administration et du rapport du commissaire aux comptes pour l'exercice clos au 31 décembre 2002,
2. Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2002 et affectation du résultat,
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes,
4. Nominations statutaires,
5. Transfert du siège social,
6. Divers.

II (03479/833/18)

Le Conseil d'Administration.

DOMAINE ALICE HARTMANN S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 9B, boulevard du Prince Henri.
R. C. Luxembourg B 56.948.

Mesdames, Messieurs les actionnaires de la société sont convoqués par le présent avis à une

ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 17 juillet 2003 à 14.30 heures, L-5480 Wormeldange, 72-74, rue Principale, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. rapport du commissaire aux comptes et du conseil d'administration portant sur les exercices sociaux 2001 et 2002;
2. approbation des bilans et des comptes de pertes et profits, et affectation des résultats pour les exercices se clôturant au 31 décembre 2001 et au 31 décembre 2002;
3. décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes pour les exercices sociaux 2001 et 2002;
4. nomination de nouveaux administrateurs respectivement reconduction des mandats des administrateurs en place;
5. autorisation du conseil d'administration pour procéder à la nomination d'un administrateur-délégué;
6. nomination d'un nouveau commissaire aux comptes;
7. vote spécial conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales;
8. transfert du siège social;
9. divers.

Par ailleurs, Mesdames, Messieurs les actionnaires de la société sont également convoqués par le présent avis à une

ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra après l'assemblée générale ordinaire le 17 juillet 2003 à 15.00 heure à la même adresse, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. modification de l'article 7 des statuts pour y inclure un droit de préemption en cas de cession d'actions;

2. modification de l'article 2 des statuts au regard du transfert de siège social;
3. modification de l'article 15 des statuts concernant les endroits de tenue des assemblées générales;
4. divers.

Pour accéder aux deux assemblées générales, Mesdames, Messieurs les actionnaires ayant des actions au porteur sont priés de se présenter au bureau des deux assemblées générales avec les certificats originaux.

Les procurations doivent être produites au bureau également en original.

II (03558/000/32)

Le Conseil d'Administration.

SEVIGNE-SALTEL S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2535 Luxembourg, 16, boulevard Emmanuel Servais.

R. C. Luxembourg B 79.315.

Messieurs les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le *18 juillet 2003* à 15.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. lecture du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux Comptes portant sur l'exercice se clôturant au 31 décembre 2002;
2. approbation des comptes annuels au 31 décembre 2002;
3. affectation des résultats au 31 décembre 2002;
4. vote spécial conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales;
5. décharge aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes;
6. nomination des Administrateurs et du Commissaire aux Comptes;
7. divers.

II (03535/817/18)

Le Conseil d'Administration.

ALDEN S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2535 Luxembourg, 16, boulevard Emmanuel Servais.

R. C. Luxembourg B 80.566.

Messieurs les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le *18 juillet 2003* à 15.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. lecture du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux Comptes portant sur l'exercice se clôturant au 31 décembre 2002;
2. approbation des comptes annuels au 31 décembre 2002;
3. affectation des résultats au 31 décembre 2002;
4. vote spécial conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales;
5. décharge aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes;
6. nomination des Administrateurs et du Commissaire aux Comptes;
7. divers.

II (03536/817/18)

Le Conseil d'Administration.

EUROCLASS MULTIMEDIA HOLDING S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2086 Luxembourg, 23, avenue Monterey.

R. C. Luxembourg B 67.071.

Les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu exceptionnellement le *17 juillet 2003* à 9.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2002
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire
4. Divers.

II (03549/795/14)

Le Conseil d'Administration.

LEADING EDGE PARTICIPATIONS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2535 Luxembourg, 16, boulevard Emmanuel Servais.
R. C. Luxembourg B 82.406.

Messieurs les actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 18 juillet 2003 à 10.00 heures au siège social avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. lecture du rapport de gestion du Conseil d'Administration et du rapport du Commissaire aux Comptes portant sur l'exercice se clôturant au 31 décembre 2002;
2. approbation des comptes annuels au 31 décembre 2002;
3. affectation des résultats au 31 décembre 2002;
4. vote spécial conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915 sur les sociétés commerciales;
5. décharge aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes;
6. divers.

II (03537/817/17)

Le Conseil d'Administration.

HYSOPE INVESTMENT S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2420 Luxembourg, 11, avenue Emile Reuter.
R. C. Luxembourg B 64.429.

Extrait du procès-verbal de l'Assemblée Générale Ordinaire tenue le 7 juin 2003

Troisième résolution

En remplacement de l'administrateur démissionnaire, Monsieur Marc Lamesch, l'assemblée désigne comme nouvel administrateur Monsieur Guy Hornick, qui accepte son mandat pour une période prenant fin lors de l'assemblée générale statuant sur les comptes au 31 décembre 2003.

Quatrième résolution

En remplacement du commissaire aux comptes démissionnaire, Monsieur Maurice Hauptert, l'assemblée désigne comme nouveau commissaire de surveillance, AUDIEX S.A., qui accepte son mandat pour une période prenant fin lors de l'assemblée générale statuant sur les comptes au 31 décembre 2003.

Cinquième résolution

Après examen de la situation telle qu'elle ressort des comptes de l'exercice 2001 et du bilan au 31 décembre 2001, desquels il résulte que les pertes sont supérieures à plus de la moitié du capital, l'Assemblée Générale des Actionnaires décide du maintien de l'activité sociale de la société.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 7 juin 2002.

HYSOPE INVESTMENT S.A.

Signatures

Deux administrateurs

Enregistré à Luxembourg, le 5 juin 2003, réf. LSO-AF01505. – Reçu 14 euros.

Le Receveur (signé): D. Hartmann.

(032788.3/045/26) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 juin 2003.